

Stuttgart, Montag 13. März 1972

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Dregger, Filbinger, Griesinger, Hahn, [Harlander], von Hassel, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, Mahler, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Vogel, von Weizsäcker, Zeitel.

Bericht zur Lage. Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Radikalismus.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Barzel: Wir sind in Baden-Württemberg und heißen den Vertreter der CSU, Herrn Harlander, willkommen. Ich bitte Sie zu Beginn um eine Minute stillen Gedenkens an den verstorbenen Freund Friedensburg¹, der der letzte Bürgermeister ganz Berlins war, der die Stimme der Freiheit dort und des Rechtes getragen hat, und der einer unserer ältesten und besten Freunde war, und dem viele von uns auch im persönlichen Bereich Freundschaft und bleibenden Respekt schulden. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, darf ich zunächst, weil sich das erfahrungsgemäß als richtig erweist, die Dispositionen ungefähr sagen: Um 12.15 Uhr werden Herr Filbinger und ich zu einer Pressekonferenz gehen. Die Beratung soll aber hier weitergehen. Um 13.30 Uhr ist Ministerpräsident Filbinger so freundlich, ein Mittagessen für uns zu geben. Wir wollen uns dafür eine Stunde Zeit nehmen und um 14.30 Uhr die Beratungen mit dem Arbeitsziel 16.30, 16.45 Uhr zu Ende zu kommen, damit jeder noch seine nachmittäglichen und abendlichen Verpflichtungen erfüllen kann.

BERICHT ZUR LAGE. LANDTAGSWAHLKAMPF IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nach der Tagesordnung gibt es zuerst einen Bericht zur Lage. Ich möchte uns alle erinnern an die erste Sitzung dieses Bundesvorstands nach Saarbrücken. Ich habe Ihnen damals gesagt, das allerwichtigste für uns ist, wie wir zusammenstehen und daß wir zusammenstehen, daß man in der Öffentlichkeit merkt, daß hier ein Team arbeitet

1 Friedensburg war am 11. März 1972 verstorben. – Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Bergassessor; 1920 Deutsche Demokratische Partei, 1925–1927 Vizepräsident des Polizeipräsidiums Berlin, 1927–1933 Regierungspräsident von Kassel, 1933 Amtsenthebung, 1939–1944 Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, 1945 Mitgründer der CDU Berlin, 1945–1968 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 1946–1951 stv. Oberbürgermeister von Berlin, 1950–1952 MdA Berlin, 1952–1965 MdB, 1954–1965 MdEP. Memoiren: Lebenserinnerungen. Frankfurt/Main-Bonn 1969; Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945. Berlin 1971.

miteinander in derselben Richtung, und dies sei das wichtigste. Wenn wir jetzt, ich nehme an, zu unser aller Freude, und hoffentlich nicht zu laut und nicht zu heftig, Genugtuung darüber empfinden, daß wahrscheinlich unser Weizen etwas besser blüht als im letzten Spätherbst, dann liegt dies vor allem daran, daß immer mehr an Einzelheiten über Ostpolitik von unseren Mitbürgern verstanden wird. Sie haben verstanden, daß im Bundesrat jeder unserer Ministerpräsidenten aufstand², und sie haben verstanden, daß im Bundestag³ eine Mannschaft antrat, um zu kämpfen, dieses begreift die Öffentlichkeit. Und deshalb bedeutet natürlich dieser gute Zustand zugleich die Mahnung an uns alle, nicht der üblichen Krankheit der Union zu erliegen und im Augenblick, wo wir meinen, es ginge uns wieder besser, in diesen Fragen des Zusammenhalts etwas lässiger zu werden. Dies ist meine allererste Bitte und auch zugleich die erste Voraussetzung, um das Ziel am 23. April⁴ zu erreichen. Mindestens bis dahin sollte es uns möglich sein, so viel Disziplin zu üben, und ich glaube, daß wir das schaffen können.

Zur Lage im übrigen. Wir haben sie im Parteipräsidium der CDU vorige Woche Montag in Düsseldorf, davor die Woche in Bonn, ausführlich erörtert.⁵ Sie ist in einigen Punkten verändert gegenüber unserem letzten Treffen im Bundesvorstand. Sie ist verändert durch die Nichteinigung der Koalition in Fragen der Steuerreform⁶, durch das sichtbare Abbröckeln ihrer Mehrheit⁷ und durch die Tatsache, daß man im In- und

-
- 2 Stellungnahmen der Ministerpräsidenten und Beschluß des Bundesrats mit 22:21 Stimmen über die von den Unionsländern vorgelegte Entschließung zu den Ostverträgen vom 9. Februar 1972 in BULLETIN Nr. 20 vom 12. Februar 1972 S. 197–252; „General-Anzeiger Bonn“ vom 10. Februar 1972 „CDU/CSU-Mehrheit setzt sich im Bundesrat durch“. Zur Gegenäußerung der Bundesregierung zu den Bedenken der Bundesratsmehrheit vgl. Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. Februar 1972; „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Februar 1972 „Antwort auf 12 Fragen des Bundesrats“.
 - 3 Erste Lesung der Verträge mit der UdSSR und Polen vom 23. bis 25. Februar 1972 im Deutschen Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 171. Sitzung S. 9739–9826, 172. Sitzung S. 9833–9935, 173. Sitzung S. 9941–10003.
 - 4 Tag der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Zum Ergebnis vgl. Nr. 20 Anm. 8. – Zum Verlauf der Diskussion über die Ostverträge ab dem 23. April 1972 vgl. die 18seitige Darstellung von Kurt Birrenbach in ACDP 01–433–135/4.
 - 5 Protokolle vom 28. Februar und 6. März 1972 in ACDP 07–001–1405.
 - 6 Nach dem Rücktritt des mit der Steuerreform betrauten Staatssekretärs Heinz Haller am 28. Februar 1972 geriet diese ins Stocken. Vgl. „Die Welt“ vom 28. Februar 1972 „Staatssekretär Haller verläßt Schillers Ministerium“; Presseerklärung von Hermann Höcherl vom 28. Februar 1972 zum Rücktritt Hallers (Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages). – Dr. Heinz Haller (1914–2004), Wirtschaftswissenschaftler; 1957–1967 Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Heidelberg, 1968 Berufung durch Franz Josef Strauß in die unabhängige Expertenkommission zur Vorbereitung der Steuerreform, 1967–1970 und 1981 Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts an der Universität Zürich, 1970–1972 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.
 - 7 Am 14. Oktober 1971 verließ Klaus-Peter Schulz die SPD-Fraktion und trat am 19. Oktober der CDU/CSU-Fraktion bei; am 29. Februar 1972 war Herbert Hupka von der SPD-Fraktion zur CDU/CSU-Fraktion gewechselt; am 2. März 1972 verließ Franz Seume die SPD-Fraktion und war ab 17. März Gast der CDU/CSU-Fraktion. – Dr. Klaus-Peter Schulz (1915–2000), Arzt; 1931 SPD, 1952–1956 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesver-

Ausland zum ersten Mal ernsthaft auch dem möglichen Scheitern der Ostverträge entgegenseht. Es ist dabei wichtig zu wissen, und ich möchte dies in den Bericht ausdrücklich aufnehmen, daß der Gedanke, die Vertrauensfrage zu stellen, von Journalisten natürlich mit der Schlagzeile „Neuwahlen“ automatisch aus der Kenntnis des Grundgesetzes von sich gegeben wird. Dieser Gedanke ist nach unserem Stand der Informationen zum ersten Mal in der Nacht des ersten Tages der Bundestagsdebatte in einem kleinen Kreis beim Kanzler aufgetaucht und in der Woche darauf erklärte Staatssekretär Bahr im Presseclub: „Natürlich wird der Bundeskanzler bei der zweiten Lesung die Vertrauensfrage stellen.“⁸ Damit war die Opposition gefragt, und es ist ganz klar, daß eine Opposition, die was auf sich hält, sagen muß, „natürlich sind wir bereit, neu zu wählen“. Dieses ist auch das sympathischste. Zugleich müssen wir wissen, ob wir dahin kommen oder nicht, liegt nicht bei uns. Die Initiative in dieser Frage liegt allein beim Kanzler.

Wir haben uns darauf verständigt, daß wir nicht zu laut und nicht zu oft davon reden wollen, aber wir können auch nicht so tun, als gebe es diese Frage nicht. Zumal diese Frage auf die Koalition eine verhängnisvolle Wirkung hat, weil die Freien Demokraten fest entschlossen sind, auf keinen Fall neu zu wählen. Es gab, wie ich höre, Kontakte zwischen den beiden Koalitionspartnern mit der Frage, ob man nicht vor dem Mai Neuwahlen erzwingen sollte. Die Freien Demokraten haben gesagt: „Auf gar keinen Fall.“ Und natürlich ist dann eine solche Parole sehr wohl geeignet, das weitere Zusammenkommen der Koalition in Sachen Steuerreform und Personalpolitik eher zu behindern als zu fördern. Trotzdem sollen wir das bitte nicht zu laut betonen, sondern wir müssen immer nur bereit sein.

Ebensowenig würde ich es für richtig halten, jetzt etwa sehr laut zu sprechen von konstruktivem Mißtrauensvotum und all den anderen Möglichkeiten, die es da gibt, sondern ich möchte alle einladen, die, wie wir selber, in der Bundesrepublik Deutschland etwas in Bewegung setzen wollen, hier in dieses Land zu kommen und hier zu kämpfen, denn hier kann man etwas bewegen. Und alles andere werden zweite Schritte sein. Es ist völlig ausgeschlossen, heute sich festzulegen auf das, was nach dem 23. April sein wird. Wir müssen natürlich auf alles vorbereitet sein. Vor allem weiß man nicht, wie die gegnerische Seite sich hier einlassen wird. Es ist aber wichtig, daß wir alle sehr deutlich machen, daß in Bonn eine Krise einer Koalition ist. Es ist keine Krise des Staates, keine Krise des Parlaments, und bei uns ist keine Krise. Die Alter-

sammlung und MdL Baden-Württemberg, 1963–1965 MdA Berlin, 1965–1976 MdB, 1973–1977 MdEP. – Dr. Herbert Hupka (1915–2006), Journalist; 1954–1968 stv. und 1968–2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, 1955 SPD, 1957/58 Programmdirektor bei Radio Bremen, 1959–1964 Pressechef des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1969–1987 MdB, 1985–1991 Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle. Memoiren: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. München 1994. – Franz Seume (1903–1982), Verwaltungsangestellter; 1945–1949 Mitarbeiter von Kurt Schumacher, 1949–1954 Vizepräsident der Berliner Zentralbank, 1957–1972 MdB.

8 „Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag“ vom 9. März 1972, in der die Frage eines Rücktritts von Brandt vehement verneint wird. Zur Chronik des Mißtrauensvotums gegen Brandt vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 1229–1231.

native zu dieser Krise ist die Union, und die ist intakt. Wir haben nicht die Absicht, uns durch irgendwelche Nervositäten anstecken zu lassen. Das ist wichtig und sollte auch von hier – von Stuttgart – ausgehen, wo wir aus gutem Grund tagen.

Ich habe den Eindruck – wir haben dies eben im Präsidium besprochen⁹, das diesen Eindruck teilt –, was unsere Haltung in der Ostpolitik betrifft, wird zwar durch die beiden großen Debatten besser da stehen als vorher, aber wir würden uns etwas vor-machen, wenn wir glaubten, wir stünden anders als *pari in der öffentlichen Meinung*. Was schon eine Sensation ist. Wir sind damit noch nicht durch. Wir würden uns ebenso eine Illusion machen, wenn wir glaubten, daß die Bonner Koalition uns hier in Baden-Württemberg nahezu kampflos einen Sieg zufallen lassen würde. Sie schmeißen jetzt alles herein, nachdem sie ursprünglich die Kampagne ja hier gar nicht aufnehmen wollten, wie wir alle genau wissen. Es wäre aber ein Fehler, und ich bitte Sie sehr herzlich, in diesen Fehler nicht zu verfallen, wenn wir jetzt bei diesem Wahlkampf in Baden-Württemberg und auch sonst in Deutschland uns etwa beschränkten auf die Themen Ostpolitik, weil das für uns im Augenblick ganz gut läuft, und auf das beifalls-sichere Thema der Bekämpfung des Radikalismus. Vergessen wir nicht, daß die aller-erste Sorge der Mitbürger im wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, sozialen und finanzpolitischen Bereich liegt. Und vergessen wir nicht, dort unsere besseren Ideen zu sagen. Lassen wir uns nicht abdrängen auf die beiden anderen Punkte. Wir haben hier noch fünf Wochen zu kämpfen, und gerade, wenn es sein sollte, daß wir aus dem Stand dann in eine Bundestagswahl oder in eine Regierungsübernahme müssen, dürfen wir nicht die falschen Themen gehabt haben.

Was den Wahlkampf hier betrifft, so wird unser Freund Filbinger sicher im einzel-nen etwas dazu sagen. Ich möchte hierfür denen in ihrem Lande, die sich hier als Red-ner betätigen dürfen, unseren Dank sagen, daß bisher alles, was wir hier unternommen haben – und das sind ja viele Dutzende von Terminen schon bei jedem – geklappt hat. Die Organisation ist vorzüglich. Die Stimmung ist gut, aber täuschen Sie sich nicht, wir liegen höchstens mit der Nase vorne, noch nicht mit dem Kopf, auch noch nicht mit der Brustbreite, und schon gar nicht mit den vielen Schritten, die wir eigentlich brauchen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Und deshalb kann ich nur alle ermuntern, weiter in aller Ruhe zu kämpfen und sich nicht anstecken zu lassen von dem Aufruf zur Unfairneß des Bundeskanzlers.¹⁰ Wir bleiben die sachlichen Leute und lassen uns nicht anstecken von der emotionalen Tour.

Freilich, wenn jemand kommt und sagt, Neuwahlen über Verträge seien doch schrecklich, weil das die Emotionen schürt und zu einem Volksentscheid beitrüge, dann möchte ich fragen, was eigentlich anders in diesem Land hier passiert. Wer hat eigentlich geplant, die Ratifikationsdebatte im Parlament zugleich mit einer so wichti-gen Landtagswahl zu machen? Und wenn ich mir die nächste Anzeige hier ansehe aus diesem ganzen SPD-Katalog, mit der Großmutter, die diesmal SPD wählt, im Hinter-

⁹ Protokoll in ACDP 07–001–1405.

¹⁰ Vgl. Anm. 18.

grund ihre beiden gefallenen Söhne¹¹, dann ist ja nicht mehr zu fragen, welche Emotionen hier eigentlich bewegt werden sollen. Und wir haben allen Anlaß anzunehmen, daß an diesem Freitag die Herren Brandt und Scheel hier gemeinsam auftreten werden. Was das hinsichtlich der Selbstständigkeit der FDP bedeutet, wird die mit sich selber abmachen. Aber wir wissen zuverlässig, daß die andere Seite die Absicht hat, nun die Ostverträge in der Kampagne nicht mehr zu erläutern, sondern nur noch die Katastrophe zu schildern, die bei der Ablehnung der Verträge angeblich eintrete. „Wir gehen auf Angst“, so Ehmke als Weisung dieser Tage.

Und wenn ich sehe, daß Herr Eppler¹² erklärt, die Sowjetunion würde zu Repressalien herausgefordert für den Fall der Ablehnung, dann sehen Sie, daß hier Angst geschürt und der Sowjetunion eine Haltung unterstellt wird, die sicher nicht im Interesse der Deutschen ist. Das ist eine ganz unglaubliche Geschichte. Trotzdem nehmen wir diesen Kampf an und führen auch den über Radikalismus. Vergessen wir nicht die Preise, vergessen wir nicht die Frauen und die Rentner und all diese Probleme, weil wir sonst am Schluß nicht so gut dastehen, wie dies heute manchem von uns vielleicht erscheint.

Ich möchte noch ein Wort sagen zu der Auseinandersetzung, die wir führen – zu meiner Freude alle, jeder in seiner Temperamentslage – hinsichtlich der Fundamente, der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien. Das ist eine ganz interessante Debatte, die auch auf junge Menschen den Eindruck nicht verfehlt.

Ich möchte auch etwas sagen zur wirtschaftlichen Lage und würde Ihnen empfehlen, daß Sie folgender Erklärung vielleicht zustimmen: „Die Lage der Volkswirtschaft und der öffentlichen Finanzen der Bundesrepublik Deutschland nach mehr als zwei Jahren einer von der SPD und FDP gestellten Bundesregierung steht in krassem Widerspruch zu den regierungsamtlichen Beschönigungen und Verharmlosungen, denn das wirtschaftliche Wachstum, das seit dem 2. Halbjahr 1971 stagniert, heizt die Inflation an. Die amtierende Bundesregierung, die mit dem Anspruch angetreten ist, eine Regierung der inneren Reformen zu sein, hat die Vertrauensbasis im Lande verloren. Trotz wiederholter Ankündigungen fehlt es nach wie vor an einer konsequenten Stabilitätspolitik. Mehr denn je erscheint die Sorge begründet, daß wir inzwischen nach dem Kosten- und Preisauftrieb des vergangenen Jahres mehr und mehr in die Phase einer klassischen vom Staat gespeisten Inflation geraten. Trotz Steuer- und Gebührenerhöhung wachsen die Defizite der öffentlichen Haushalte, nehmen die Investitionen und die sonstigen Leistungen für den Bürger ab statt zu. Statt Reform sind Reformruinen, statt Fortschritt ist Rückschritt das Ergebnis. Eine Reihe spektakulärer Rücktritte

11 Anzeige in der Zeitschrift „Für Sie“ am 10. März 1972 (ACDP Dokumentation 17/1 Landtagswahl Baden-Württemberg). Die abgebildete Frau war tatsächlich CDU-Wählerin (vgl. „Die Welt“ vom 25. März 1972 „Mit ihrer Großmutter hatte die SPD Pech“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 25. März 1972 „CDU nennt SPD-Anzeige ‚unglaublichen Skandal‘“).

12 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. März 1972 „Eppler rechnet mit Mehrheit für Ostverträge“. – Dr. Erhard Eppler (geb. 1926), Gymnasiallehrer; 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1016 Anm. 35.

von Ministern und Staatssekretären¹³ haben mittlerweile die Reformunfähigkeit der schwachen Koalition aus SPD und FDP bewiesen. Die Tatsache, daß uns bisher eine Rezession erspart geblieben ist, kann nicht davon ablenken, daß breite und ständig wachsende Schichten der Bevölkerung für die Mißerfolge dieser Bundesregierung zu zahlen haben. Seit längerem wird den Rentnern eine Teilnahme an der Verbesserung des Lebensstandards vorenthalten. Die jährlichen Rentenanpassungen reichen nicht mehr aus, die Steigerung der Lebenshaltungskosten auszugleichen. Zum ersten Mal seit der Währungsreform werden in der Bundesrepublik Deutschland Sparer und Bausparer durch Substanzverluste bestraft, weil die Zinsen unter der Preissteigerungsrate liegen. Wer auf ein Haus gespart hat, dessen Sparsumme hat sich in zwei Jahren durch Bau- und Grundstückspreissteigerung 25 % und mehr vermindert.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Bundesregierung mit ihrer stabilitätswidrigen Finanzpolitik in einer nach wie vor schwierigen währungspolitischen Lage die Notenbank immer weiter in einen Konflikt zwischen währungspolitischen und binnenwirtschaftlichen Erfordernissen treibt, muß mit allem Nachdruck vor einer neuen Inflationswelle gewarnt werden. Die wachsende Nervosität und Handlungsunfähigkeit der in sich zerstrittenen Bundesregierung und der höchst beengte Handlungsspielraum der deutschen Bundesbank bedeuten ernstzunehmende Gefahren für Stabilität und Vollbeschäftigung.“

Wenn wir damit einverstanden wären, könnten wir das abziehen lassen, damit das nachher auf dem Tisch liegt. Ich bin gleich fertig, Herr Kohl. Ich habe dies gerade bekommen, weil wir hier heute morgen spürten, wir müßten zu dem Thema etwas sagen, damit wir nicht auf den beiden anderen Themen uns auch selbst festsetzen, nachdem wir gerade gemerkt haben, daß das vielleicht nicht richtig sein würde.

Letzter Punkt, den ich vorzutragen habe, in der nächsten Woche wird der Vorsitzende auf einer Einladung in Paris sein zu politischen Gesprächen.¹⁴ Die werden nicht die allerleichtesten sein, aber es ist sicherlich nötig, daß im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft der ohnehin übliche Frühjahrsbesuch des Oppositionsführers stattfindet und man dann am Schluß betonen könnte, daß, was immer auch sei, die deutsch-französische Freundschaft Vorrang hat vor allem. Daß dies eine Regierung ist, die als einzige von den drei westlichen Regierungen sich in sehr deutlicher Weise öf-

13 Am 13. Mai 1971 war Finanzminister Alex Möller und am 15. März 1972 Wissenschaftsminister Hans Leussink zurückgetreten. Philip Rosenthal, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanz- und wirtschaftsministerium hatte am 16. November 1971 seinen Rücktritt erklärt (vgl. auch Anm. 6); Hildegard Hamm-Brücher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hatte im Dezember 1971 ihren Rückzug aus dem Amt für Mai 1972 angekündigt. Vgl. dazu die Ausführungen Barzels vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand (Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1972). – Philip Rosenthal (1916–2001), Unternehmer; 1950 Eintritt in die väterliche Porzellanfabrik, 1968 SPD, 1969–1982 MdB, 1970–1971 Parlamentarischer Staatssekretär.

14 Barzel hielt sich vom 21. bis 23. März 1972 zu Gesprächen in Paris auf, vgl. AdG 1972 S. 16994; zur Presseberichterstattung vgl. die Presseschau der CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation vom 23. März 1972.

fentlich für diese Vertragspolitik erklärt hat, ist bekannt. Das wird man nicht ändern können, aber es wird ganz interessant sein, die Meinungen auszutauschen, und es wäre sicherlich ganz falsch, jetzt etwa Termenschwierigkeiten oder ähnliches vorzuschützen.

Das ist sehr schnell der Bericht, den ich zu geben hatte. Ich würde es für richtig halten, wenn zunächst Kollege Filbinger den Bericht vervollständigte und wir dann in die Debatte eintreten.

Filbinger: Herr Vorsitzender, ich darf Sie, das Präsidium und den Vorstand sehr herzlich bei uns im Lande begrüßen. Und ich möchte hier ebenso aussprechen wie vorhin im Präsidium, daß wir sehr dankbar sind, daß das Präsidium und der Vorstand heute hier tagen. Das hilft uns im Wahlkampf. Und wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, daß viele unserer Freunde über dieses Wochenende draußen im Lande waren, dort gekämpft haben, was uns sehr geholfen hat; das ist sehr herauszuheben. Ich möchte ganz besonders Herrn Dr. Schröder danken und dem Evangelischen Arbeitskreis. Das war eine Wucht, diese Arbeitstagung¹⁵, mit einem überaus positiven Echo in der gesamten Landespresse. Das war für uns eine unschätzbare Hilfe. Ich bin überzeugt, daß das weiterwirken wird in positiver Hinsicht.

Gestatten Sie mir ein kurzes Wort über den Stand des Wahlkampfes in Baden-Württemberg: Wir haben bekanntlich den Wahlkampf nicht angelegt primär auf eine landespolitische Konkurrenz mit den übrigen Parteien über die Programmatik vom Krankenhausbau über den Schulausbau bis zum Straßenbau, sondern wir haben gegenüber einem Fleißarbeitsprogramm, das die SPD in dieser Richtung ausgestellt hat, mit dem sie die Auseinandersetzung bestreiten wollte, sie unterlaufen, indem wir erklärt haben, es geht um das Grundsätzliche, um die Grundpositionen unserer Politik seit 20 Jahren und um deren Erhaltung und deren weiteren Ausbau: Soziale Marktwirtschaft, Eigentum, humane Leistungsgesellschaft, Abwehr des Radikalismus. Mit dieser Thematik sind wir draußen angekommen. Das interessiert die Leute. Und der Wahlkampf, der bisher schon recht intensiv in der Vorwahlkampfzeit geführt worden ist, belehrt uns darüber, daß wir unsere Linie nicht zu korrigieren haben, sondern daß wir gut daran tun, wenn wir diesen Kurs beharrlich, besonnen fortsetzen.

Demgegenüber, das gehört zum Tatbestand, ist die SPD aus ihrem Kurs mindestens teilweise herausgeworfen worden. Sie ist irritiert worden durch eine ganze Reihe von Dingen. Dazu gehört selbstverständlich die Bundespolitik, das, was sich aus den Rücktritten ergeben hat, das, was sich jetzt aus dem Scheitern der Reformpolitik im Bildungswesen, auch in der Steuerreform, ergibt. All das ist selbstverständlich für die SPD außerordentlich empfindlich. Es hat sich aber auch die Hoffnung und Erwartung der SPD nicht erfüllt, nämlich daß der Bundesvorsitzende hier nicht ankommen würde in diesem Lande. Das war von den Auguren mit äußerster Spannung erwartet worden. Die Enttäuschung darüber war sehr groß, hat sich niedergeschlagen, nicht nur bundesweit, sondern auch im Sinne einer starken Entmutigung der hiesigen SPD.

Symptom dafür ist beispielsweise der „Vorwärts“-Artikel, in dem der Spitzenkan-

15 17. Bundestagung des EAK vom 10. bis 12. März 1972 in Pforzheim (Materialien in ACDP 04-001-063/2, -067/1, -022/4).

didat der SPD, Herr Krause, ja radikal heruntergemacht wird.¹⁶ Die SPD hat eine entscheidende Runde verloren in der Ostpolitik, wo sie im letzten Herbst sehr stark angetreten ist. Sie hat uns herausgefordert in der Ostpolitik. Wir haben offensiv geantwortet. Regierungserklärung, Landtagsdebatte, die Runde ging an uns. Nicht in dem Sinne etwa, daß wir sagen könnten, damit haben wir die Wahl gewonnen, aber in dem Sinne, daß die Bedenken, die die CDU gegen diese Verträge zu äußern hat und gegen ihre Gefahren, auf Verständnis stoßen, während vorher demoskopisch verifiziert worden war, daß in der Bevölkerung ein größerer Teil zur Hinnahme der Verträge neigt und demgemäß auch zu einer weniger verständnisvollen Haltung gegenüber der CDU.

Daß wir hier durch die Bundestagsdebatte, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte bei der Bundestagsfraktion und bei der Partei, einen weiteren Schwung bekommen haben, ist selbstverständlich. Diese Debatte hat in unserem Lande die Positionen der CDU ganz entscheidend verstärkt. Ich möchte daraus den einfachen Schluß ziehen, daß die CDU in Baden-Württemberg so stark in Erscheinung treten kann in diesem Wahlkampf wie die Gesamtpartei der CDU bundesweit.

Wenn die CDU so initiativ ist, so kräftig führt und so überzeugend in der Öffentlichkeit argumentiert, wie es in der Bundestagsdebatte über die Verträge erfolgt ist, dann haben wir, die wir zur Zeit an der Front stehen, den allergrößten Nutzen davon. Deshalb wird der enge Schulterschuß mit der Bundespartei, der sich vor allem auch in der Versammlungswelle offenbart, von entscheidender Bedeutung sein. Auch an dieser Stelle herzlichen Dank dafür, daß unsere Freunde aus Präsidium, aus Vorstand, und aus dem Bundestag sich schon ab Januar vielfach zur Verfügung gestellt haben, daß wir im Februar schon einen sehr starken Einsatz verzeichnen konnten, der jetzt bis in den März hineingegangen ist. Das war an sich so nicht vorgeplant, aber wir haben wegen eines gewissen Leistungsvorsprungs, den die SPD im Herbst erzielt hatte, es für richtig gehalten, hier nachzuziehen. Das Ziel dieser Aktion scheint mir erreicht zu sein.

Trotzdem eine wichtige Feststellung: Wir sind hier in Baden-Württemberg nicht der Meinung, daß wir den Sieg in der Tasche hätten. Ganz im Gegenteil. Wir sind auf uns alleine angewiesen. Und Sie wissen, die CDU in Baden-Württemberg hat noch nie in einem Landtagswahlkampf die absolute Mehrheit erzielt, bei Bundestagswahlkämpfen schon mehrfach. Wir stehen also einer ganz ungewöhnlich schweren Aufgabe gegenüber. Und nur bei intensivster Arbeit bis zum Schluß und bei günstiger Konstellation kann es uns gelingen, daß jetzt, so, wie die Dinge liegen, in der SPD Unruhe entstanden ist, Nervosität, das ist für uns ein interessantes Symptom, das aber unter gar keinen Umständen bei uns eine Euphorie begründen darf. Es gibt keine größere Sorge bei uns hier als diejenige, daß unsere Parteifreunde meinen könnten, in Baden-Württemberg laufen die Dinge schon oder sind schon gelaufen.

16 Walter Krause (1912–2000), Ingenieur; 1952–1980 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 966 Anm. 56. – Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Februar 1972 „SPD-Wahlhelfer melden sich zu Wort“; „Südwestpresse“ vom 22. Februar 1972 „Die Genossen geraten ins Stolpern“.

Ich habe sogar den Eindruck gehabt eine Zeit lang, das war im Monat Februar, daß von der SPD des Bundes geflüsslich die Parole verbreitet worden ist: „Die CDU, die siegt ja sicher in Baden-Württemberg.“ Das dient der Einschläferung unserer Wahlkämpfer, und nichts ist gefährlicher, als wenn das Erfolg haben würde.

Es ist jetzt eines bei der Haltung des Gegners, der SPD, erkennbar, daß sie ihre Taktik umstellt, daß Brandt gezwungen wird, stärker sich in Baden-Württemberg zu engagieren. Nach Äußerungen, die vorher von ihm gemacht worden sind, hatte er nicht diese Absicht. Er wollte das Wahlgesehehen in Baden-Württemberg herunterspielen. Äußerungen von Ahlers gegenüber der Landespressekonferenz von Baden-Württemberg gingen ganz in dieser Richtung.¹⁷ Aber das hat die SPD offenbar nicht ertragen. Und nun kommt ein ganz neuer Komplex, der meines Erachtens uns ganz außerordentlich aufmerksam machen und uns zu Überlegungen über das weitere Verfahren nötigen muß. Es ist zu befürchten, daß die SPD den Plebiszitcharakter dieser Wahl im Blick auf die Ostverträge herauskehrt und erklärt, daß die Neuwahlen, ob sie kommen oder nicht, mehr oder weniger vom Ergebnis der baden-württembergischen Wahlen abhängen. Diese Verknüpfung ist für unseren Wahlkampf nicht günstig, sondern extrem ungünstig. Die beste Situation für diese Wahl wäre die Erklärung, daß in Baden-Württemberg ein wichtiger Wahlkampf durchgeführt wird, daß aber die Entscheidung über die Ostverträge alleine im Bundestag erfolgt, und daß das Ergebnis dieser Wahl natürlich Testcharakter haben kann in gesellschaftspolitischer Hinsicht, aber keine Vorentscheidung fällt, kein Plebiszit für die Ostverträge.

Das wird jetzt offenbar von der SPD angestrebt, und das wäre ein Zeichen für Nervosität, dafür, daß die SPD nicht mehr in Ruhe kalkuliert wie bisher, sondern ihre Taktik und Strategie über den Haufen geworfen ist. Das ist, was Freund Barzel eben sagte, daß die SPD die Angst vorkehren will, daß sie Katastrophen uns vormalt im Falle des Scheiterns der Verträge. Das ist eine Information, die wir haben. Aber ich bitte, für diese Information – wir werden ja davon Gebrauch machen müssen der Sache nach – keineswegs die Quelle zu nennen, die hier im Lande gelegen ist, sondern dies als eine Erkenntnis darzutun, die wir gewonnen haben aus der Beobachtung der Verlautbarungen und auch des Vorgehens der SPD, daß sie nicht mehr die Verträge erläutern und nicht mehr argumentieren will, sondern daß sie die Gefahr eines Scheiterns in den Vordergrund stellen will und die Schilderung der Katastrophe bei Ablehnung der Verträge, so daß das Spiel mit der Angst absoluten Vorrang genießt.

Wir sind uns völlig darüber einig, wenn wir als Richtlinie für unser weiteres Vorgehen in diesem Wahlkampf feststellen, daß wir den Wahlkampf hart zu führen haben, daß wir aber von der Linie der Fairneß, die wir bisher beibehalten haben, unter keinen Umständen abweichen sollten. Daß wir besonnen kämpfen, ohne wild um uns zu schlagen. Als die SPD sich noch in einer günstigeren Phase befand, bekamen wir eine

17 Die Äußerungen von Ahlers gegenüber südwestdeutschen Journalisten wurden von Wehner korrigiert (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. März 1972. „Wehner: Hoher Stellenwert der Wahlen in Baden-Württemberg“).

vertrauliche Mitteilung, wonach die SPD darauf hofft, daß die CDU so in die Ecke gedrängt werden könnte, daß sie in der Schlußphase des Wahlkampfes wild um sich schlägt. Diesen Gefallen werden wir ihr zweifellos nicht tun. Aber vielleicht gibt es jetzt Anzeichen dafür, daß bei der SPD die Neigung, wild um sich zu schlagen oder hart draufzuschlagen, doch wächst. Das, was der Kanzler über das Holzen an diesem Wochenende von sich gegeben hat¹⁸, ist schon ein Ausdruck von kräftiger Nervosität. Er hat damit ja, wie der Pressespiegel von heute Vormittag zeigt – Freund Stoltenberg hat vorhin im Präsidium davon berichtet – ein ganz ungünstiges Echo bekommen.

Zu Ihrer Information vielleicht noch zwei Dinge. Erstens: Die Demoskopie, die wir vom Konrad-Adenauer-Institut haben, weist uns keineswegs als Gewinner aus. Sie war extrem schlecht für das ganze Bundesgebiet im letzten Dezember.¹⁹ Sie hat sich in der Zwischenzeit nicht sehr wesentlich gebessert. Wenn SPD und FDP zusammengehen, können nach dem Wahlergebnis, dann ist es wohl nur ein geringer Bruchteil eines einzigen Prozentes, um den wir zur Zeit vorne liegen, also Kopf an Kopf und gar nicht anders. Das ist uns verifiziert worden noch in der letzten Woche durch Professor Kalftefleiter. Wir können von nichts anderem ausgehen. Ich möchte deshalb noch einmal warnen vor einer Euphorie, die in den letzten Wochen wegen einiger Fehlleistungen der FDP, der SPD, ausgebrochen ist.

Zweitens. Es ist so, daß wir keine CDU-Familienveranstaltungen machen in diesem Wahlkampf, sondern daß wir gesonnen sind, mit einem neuen Stil zu kämpfen und daß wir vor allem uns bemühen, Zuzug von Wählerinitiativen zu bekommen. Es ist eine große, sehr erfolgversprechende Kampagne der Freien Wähler in Baden-Württemberg im Gange, die ja bekanntlich in unseren Rathäusern und in den Kreistagen stärker sind als jede politische Partei. Zugunsten der CDU heißt hier der Slogan bei der FWV. Wichtige Sache! Zweite Initiative bei den Freien Demokraten. Dritte Initiative bei den Vertriebenen. Vierte Initiative bei Universitätsprofessoren. 70, 80, möglicherweise 100 Prominente, usw. Wir wollen also möglichst viele Stimmen von außen sammeln, die dann den Wähler in den Kessel hineintreiben sollen, wo er uns dann zugute kommt.

Nochmals vielen Dank für das, was wir an Zusagen bekommen haben! Wir werden von seiten der CDU in Baden-Württemberg bestrebt sein, jeden Wahlkämpfer, der von draußen kommt und uns hilft, so zu unterstützen durch viele Maßnahmen, daß er nicht das Gefühl hat, alleine zu kämpfen, sondern daß er an einer breiten Front eines sehr aktiven Wahlkampfes steht.

Barzel: Vielen Dank, Herr Kollege Filbinger. Wir werden also (*Beifall.*) dies alles beherzigen. Der Wahlkampf ist zu Ende am Sonntag, 23. April, 18.00 Uhr. Und vorher das Fell des Bären nicht zu verteilen.

18 Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 12. März 1972 „Scharfe Kontroverse mit Brandt“; „Münchener Merkur“ vom 13. März 1972 „Der Friedenskanzler will holzen“; „Rheinische Post“ vom 13. März 1972 „Holzer“; dpa vom 14. März 1972 „Kraske: ‚Wer holzt, wird vom Platz gestellt‘“.

19 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 26. November 1971 „CDU auch 1973 Opposition?“.

*Mahler*²⁰: Ich darf ganz kurz unseren Landesvorsitzenden ergänzen als Wahlkampfleiter. Unsere Hauptzielgruppe sind jetzt ganz eindeutig die Wechselwähler, die zwischen SPD und CDU hin- und herpilgern, weil diese Wähler, die im Sommer 1969 leider Schiller gewählt haben, jetzt weniger SPD wählen. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß die Mehrzahl von der FDP, die ja hier früher bis zu 30 % stark war und bei den letzten Landtagswahlen noch 14,6 hatte, bereits im Frühjahr letzten Jahres zu uns gestoßen ist. Was ihre führenden nationalliberalen Mitglieder jetzt vorführen, die zu uns übertreten, ihre Mandate niederlegen, vollzieht nur nach, was in der Wählerschaft bereits begonnen hat. Also ich bitte Sie, besonders auf diese Zielgruppe abzustellen. Sie wissen ja, daß in dieser Zielgruppe vor allem auch Wirtschaftspolitiker auf unserer Seite stehen und der Ostpolitik sehr skeptisch gegenüberstehen. Und dann bitte ich Sie doch, das ist immer auch meine Bitte an die Freunde hier im Landesverband, auch zukunftsorientiert zu sprechen. Die Wähler erwarten, daß wir nicht nur auf dem Gegner herumtrommeln. (*Beifall.*) Sie erwarten von uns, wie wir die Probleme von heute und von morgen anpacken werden. Weniger von übermorgen. Das ist also nur eine ganz kurze Ergänzung. Wir werden hart zuschlagen, aber nicht unter der Gürtellinie, es erscheinen jetzt in dieser Woche unsere ersten Anzeigen, in der nächsten Woche: „Illustrierte“, „Hör Zu“, „Brigitte“, „Konradsblatt“ mit der Schlagzeile: „Die Preise klettern, daß es allen schwindelig wird.“²¹ Also, Sie sehen hier schon den Tenor.

Barzel: Die Preise klettern, daß uns allen schwindelig wird? Sehr schön. Dann danke ich für die Vervollständigung des Berichts. – Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Was ich anmerken wollte, ist im wesentlichen eine Bestätigung von all dem, was bisher gesagt worden ist, vielleicht noch mit einer Konkretisierung. Ich bin auch der Meinung, daß der wesentliche Stimmungsumschwung, den wir bei Kommentaren, gerade auch bei kritischen Pressevertretern, antreffen, nicht nur, sondern vor allem in der Sachlichkeit der Auseinandersetzungen über die Ostverträge sowohl im Bundesrat wie im Bundestag seine Ursache hat. Es war eine Auseinandersetzung, die (*Unruhe.*) doch in weiten Teilen der Publizistik und der Bevölkerung eindeutig den Schluß nahelegte, erstens, die Bedenken gegen die Verträge liegen in der Sache selbst und liegen nicht in erster Linie in dem Jagdfieber nach der Macht, und zweitens, die Bedenken sind ihrerseits wirklich ernst zu nehmen, auch von den Leuten, die die Linie der CDU deswegen noch nicht unbedingt teilen. Und diese Bedenken liegen, soweit man in einem Wahlkampf über die Ostpolitik sprechen kann, in der Sache selbst und nicht in der generellen Regierungsunfähigkeit der heutigen Regierung. Die Bedenken sind aus den und den Gründen ernst zu nehmen, so daß auch jemand, der die generelle Linie der Regierung Brandt durchaus bisher für richtig gehalten hat, diese Bedenken ernst nehmen muß. Das scheint mir für die Darstellung auch im Wahlkampf wesentlich zu sein, das ist das eine.

Das zweite, Herr Vorsitzender, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie, der Sie diese

20 Dr. Gerhard Mahler (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1970–1985 Vorsitzender des CDU-BV Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1060 Anm. 16.

21 Anzeigen in ACDP Dokumentation 17/1 Landtagswahl Baden-Württemberg.

Linie der Sachlichkeit ausdrücklich als Maxime für die Beratung immer ausgegeben haben und dafür eingetreten sind, daß Sie zum Schluß noch Ihre Reise nach Paris erwähnten. Es ist ja eine bekannte Erfahrung, daß man in Wahlkämpfen nicht nur mit Wahlargumenten Eindruck macht, sondern auch mit der Politik, die man während der Wahlkämpfe macht. Ich finde es in diesem Zusammenhang wesentlich, daß wir nicht nur in Wahlversammlungen abwehren das Argument „Ein Scheitern der Verträge ist gleichbedeutend mit einer völligen Isolierung der Bundesrepublik“, sondern daß wir auch unsererseits ganz ernsthafte Schritte ergreifen, uns dazu äußern, was diese Schritte bedeuten. Denn erstmals – es ist nicht unsere Schuld, daß das jetzt erstmals geschieht – stellen sich Regierungen in Ost und West ernsthaft auf die Frage ein, wie man denn Politik weiterzumachen habe, falls es nicht zu einer Annahme der Verträge kommt.

Wir werden jetzt hier nicht zu lange über die Einzelheiten dieser Aufgabe sprechen, wir wissen, daß die Zustimmung im Ausland insbesondere bei den Verbündeten nicht etwa eine unqualifizierte Zustimmung zu der Ostpolitik und der Regierung Brandt als solche ist. Wohl aber wissen wir, daß die Regierung Brandt das gesamte Ausland darauf eingespielt hat zu sagen: „Wir haben eine Mehrheit, es hilft Euch gar nichts, Ihr müßt Euch auf diese Politik einstellen“, so daß sie sich auf diese Politik eingestellt haben. Mit anderen Worten, Zustimmung hin oder her im inneren, wir haben eine Lage, in der sich Franzosen, Amerikaner und andere je auf ihre Weise darauf eingerichtet haben, es stimmt, was die Regierung Brandt uns vorhergesagt hat, nämlich daß es die sichere und feste Mehrheit für diese Vertragspolitik gebe.

Und von daher ist es natürlich unsere Aufgabe, vor allem darüber zu reden mit den Verbündeten wie auch in der Öffentlichkeit, wie es denn mit dem Berlin-Abkommen steht, inwiefern das Berlin-Abkommen nach seinem eigenen Wortlaut verletzt wird, wenn die Sowjetunion das Schlußprotokoll nicht unterschreibt, inwiefern es gerade langfristig das Interesse der Sowjetunion ist, daß die Sicherheitskonferenz in Gang kommt und infolgedessen die Bedingung erfüllt wird, die das Atlantische Bündnis dafür gesetzt hat. Die Einzelheiten alle will ich nicht erwähnen. Ich will nur sagen, daß nach meiner Überzeugung für den Wahlkampf nicht nur der persönliche und sachliche Einsatz in der Veranstaltung selbst wichtig ist, sondern auch, daß wir dafür aufzuwarten haben mit einem Nachweis unserer eigenen politischen Aktivität gegenüber Regierungen, die sich nunmehr erstmals einstellen auf einen Ausgang der Wahlen im Bundestag, der anders lautet, als die Regierung das vorhergesagt hat. Und deswegen finde ich, was auch immer der Inhalt und das Ergebnis solcher Reisen ist, es ist sehr wesentlich, daß Sie eine solche Aktivität jetzt in den kommenden sechs Wochen vor der Wahl in Baden-Württemberg und vor der Abstimmung im Bundestag dokumentieren und diese Aktivitäten eröffnen mit der Fahrt nach Paris, die ich in jedem Fall für sehr wichtig halte, Herr Vorsitzender.

Adorno: Ich möchte anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker eben sagte und noch einmal auf die Situation hinweisen, in der wir uns augenblicklich im Lande befinden. Es ist zweifellos wichtig, daß der deutliche Umschwung im Laufe des Januar hier in Baden-Württemberg einsetzte, daß unser Parteitag nach den Parteitagen von FDP

und SPD²² eine sehr deutliche Markierung im Lande setzte. Und daß dieser Umschwung anhielt und mit der ersten Lesung der Ostverträge im Bundestag einen ersten Höhepunkt erreicht hat. Aber nun dürfen wir nicht übersehen, daß wir erstens noch sechs Wochen bis zur Wahl haben, daß es sehr schwierig ist, einen Höhepunkt zu halten bzw. einen zweiten Kulminationspunkt zu setzen, der möglichst nahe am Wahltermin selbst liegen sollte. Denn nichts wäre für uns gefährlicher, wenn auch nur ein leichtes Abrücken von diesem Höhepunkt eintreten würde, weil wir ja die absolute Mehrheit benötigen.

Nun kann ich aus den Versammlungen im Lande, die wir selbst bestreiten und beobachten, folgendes noch sagen: Nach der Ratifizierung ist die Diskussion in den Versammlungen weitgehend von der Wirtschaftspolitik übergewechselt auf die Ostpolitik. Der größte Teil der Diskussionen nach den Versammlungen beschäftigt sich mit dem Thema Ostpolitik. Natürlich werden auch andere Fragen angesprochen: Kulturpolitik, Radikalismus, Wirtschaftspolitik. Aber der überwiegende Teil der Diskussion betrifft in den Versammlungen die Ostpolitik. Seit acht Tagen stellen wir aber fest, daß zunehmend jetzt wieder kritische Fragen, die aus einer gewissen Sorge, aus einer gewissen Angst resultieren, gestellt werden: Was passiert denn nun wirklich, wenn die Ostverträge nicht ratifiziert würden? Und deshalb meine ich, man müßte sich auch in der Vorbereitung der letzten, heißen Phase auf diese Argumentation sehr sorgfältig vorbereiten, damit wir nicht in den letzten Wochen eine gewisse Abflachung dieses aufsteigenden Trends erfahren, den wir in den letzten Wochen zu verzeichnen hatten. Das wollte ich nochmal mit allem Nachdruck unterstreichen.

Barzel: Wir sind alle einig mit der Beurteilung unserer Freunde in Baden-Württemberg. Sie deckt sich mit unserer Einschätzung. Aber es ist wichtig, diese Mahnung noch einmal zu hören.

Brauksiepe: Ich hätte eine Frage an den Herrn Wahlkampfleiter. Vielleicht können Sie mir das bestätigen oder genauer erläutern. Unter dem 7. März erschien ein kurzer Artikel darüber, daß es festgeschrieben sei, daß die Frauen unter 45 und über 60 grundverschieden reagierten. Wenn das so ist, ist es auch für uns wichtig zurückzugehen in die Nachbarbundesländer und zu sagen, wie wichtig es wiederum ist, die Frauen politisch stärker anzusprechen.

Mahler: Frau Brauksiepe, das ist eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg.²³ (Unruhe.) Tatsache ist, daß sehr viel mehr Frauen unter 45 als Männer, wovor Herr Kohl schon seit Jahren warnt, in der Tat nicht mehr so sicher für die Union sind wie in den letzten 20 Jahren. Und die Untersuchung hat auch deutlich gezeigt, daß die Einbußen weniger bei Männern erfolgt sind als bei den Frauen. Auch das wiederum zeigt, daß wir die Preise in den Vordergrund rücken müssen, die

22 Das Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1972 statt, am 8. Januar der Landesparteitag der SPD und am 22. Januar der Landesparteitag der baden-württembergischen CDU.

23 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. März 1972 „Werden die älteren Frauen die Landtagswahl entscheiden?“.

Landespolitik und Vorschulerziehung, um die Frauen anzusprechen. Also tendenziell sind einige Dinge schon richtig.

Griesinger: Dr. Barzel, gerade deshalb, was Frau Brauksiepe völlig richtig hier angesprochen hat, ist es doppelt und dreifach wichtig, daß wir ganz klar zum Ausdruck bringen, daß nach dem Scheitern dieser Verträge nicht das Desaster da ist, denn gerade bei den älteren Frauen ist diese Sorge sehr stark, das erlebe ich in allen Versammlungen, daß nun auch gerade von ihnen die Fragen kommen. Nachdem sie oft in ihren eigenen Haushalten leben, würde ich herzlich darum bitten, daß wir uns Gedanken machen, wie weit wir eine Briefkastensendung machen könnten mit einem Blatt, um hier Information zu geben. Die Frauen kommen nicht alle in die Versammlungen. Über die Zeitungen und das Fernsehen wird nicht genügend informiert, und wir müßten hier unbedingt uns etwas überlegen, daß wir vielleicht sogar zweimal hier eine Hauswurfsendung vorbereiten könnten.

Lemke: Darf ich einige Bemerkungen dazu machen? Ich habe den Eindruck, daß gerade in Frankreich die größte Enttäuschung hervorgerufen werden wird. Ich habe aber auch den Eindruck, daß es zu einem Bruch nicht kommen wird. Und deswegen ist Ihre Reise so außerordentlich wichtig, damit wir damit argumentieren können. Denn die Gegenseite wird auf jeden Fall mit der Angst operieren. Nun habe ich gestern – das war mir selbst gar nicht so bekannt, obgleich ich mir immer einbilde, alles im Ausland zu verfolgen – von Herrn Kraske in der Rundfunksendung gehört – wirklich ausgezeichnet, sehr klar –, daß auch die NATO gesagt habe, das Berlin-Abkommen sei überhaupt die Voraussetzung für eine Sicherheitskonferenz.²⁴ Das muß viel deutlicher herausgestellt werden, weil nämlich dauernd mit dem Berlin-Abkommen operiert und auch Angst gemacht wird. Ich meine, man sollte diese beiden Dinge, die Reise nach Frankreich mit dem hoffentlich klaren Ergebnis, daß kein Bruch und keine Angst zu befürchten ist, und mit dieser Tatsache, daß das Berlin-Abkommen ein Bestandteil der NATO-Forderung für die eventuelle europäische Sicherheitskonferenz ist, in der nächsten Zeit noch viel mehr und immer wieder argumentieren.

RADIKALISMUS

Barzel: Dann kommen wir zum Punkt 2 der Tagesordnung. Landtagswahlkampf haben wir mit einbezogen zum Punkt 3, das Wort hat Herr Kollege Dregger. Ich bitte um Entschuldigung, wenn wir beide in den nächsten fünf Minuten während des Vortrags Sie verlassen, weil wir eine Pressekonferenz haben. Wir kommen dann wieder hierher.

Dregger: Ich werde in meinem Bericht²⁵ folgende Fragen behandeln: Begriff und Stärke des Radikalismus, die Strategie der Linksradiكالen, die geistige und politische

24 Interview Kraskes am 12. März 1972 mit dem „Deutschlandfunk“, vgl. BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4.

25 Niederschrift des Berichts von Dregger in ACDP 07–001–921. Die Niederschrift wurde mit dem Transkript abgeglichen.

Auseinandersetzung mit den Radikalen, die Auseinandersetzung mit staatlichen Mitteln, um dann mit einigen Schlußfolgerungen zusammenzufassen.

Unter politischem Radikalismus sind Aktivitäten zu verstehen, die verfassungswidrig sind. Art. 21 Abs. 2 GG bezeichnet Parteien und Organisationen als verfassungswidrig, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden. Was unter freiheitlich-demokratischer Grundordnung zu verstehen ist, hat das Bundesverfassungsgericht Bd. 2 S. 1 definiert.²⁶ Es ist in dem Bericht der Bundesgeschäftsstelle auf Seite 6 wiedergegeben. Kern des organisierten Linksradikalismus ist die DKP mit SDAJ und Spartakusbund. Daneben gibt es zahlreiche revolutionäre bzw. anarchistische Gruppen der „Neuen Linken“, unter denen die „Roten Zellen“ eine besondere Rolle an den Universitäten spielen. Die DKP hat 1971 ihren Mitgliederbestand von 30.000 auf 34.000 erhöhen können. Der Spartakusbund hat im offenen Bündnis mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund und anderen Links-Gruppen in der Studentenschaft und über sie in vielen Hochschul-Organen bestimmenden Einfluß gewonnen.

Kern des organisierten Rechtsradikalismus ist die NPD. Während die DKP 1971 4.000 Mitglieder gewann, hat die NPD 1970 rund 7.000 Mitglieder verloren. Erstmals seit 1965 ist der Mitgliederbestand aller rechtsradikalen Parteien und Vereinigungen auf unter 30.000 zurückgegangen. Der Rückgang der NPD dürfte sich 1971 fortgesetzt haben, zumal der Rücktritt von Thaddens als Parteivorsitzender²⁷ sie weiter geschwächt hat. Die „Aktion Widerstand“ ist eine Gründung der NPD, allerdings später mehr und mehr ihrem Einfluß entglitten. Verantwortlich für die Ausschreitungen beim Widerstandskongreß in Würzburg²⁸ war die sogenannte „Deutsch-soziale Aktion“.

26 Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei (BverfGE 2,1): „Freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volks nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

27 Adolf von Thadden trat am 20. November 1971 auf dem 5. Bundesparteitag der NPD in Holzminden zurück, zum Nachfolger wurde Martin Mußgnug gewählt. Vgl. FAZ vom 19. November 1971 „Streit um den Führer und den rechten Kurs“; „Frankfurter Rundschau“ vom 22. November 1971 „Als erster verließ Thadden das sinkende Schiff“.

28 Die „Aktion Widerstand“ wurde am 31. Oktober 1970 in Würzburg von Angehörigen verschiedener rechtsextremer Organisationen unter Federführung der NPD gegründet, vgl. „Handelsblatt“ vom 22. Oktober 1970 „NPD will wieder ins Geschäft kommen“; dpa vom 31. Oktober 1970 „Aktion Widerstand gegründet“; „Die Zeit“ vom 13. November 1970 „Der Aufstand des letzten Aufgebots“.

Die Zahl der politisch motivierten Gewaltverbrechen wächst an, von 275 in 1969 auf 483 in 1970. Davon waren 1970 (1969) 117 (48) linksradikal, 1984 (182) rechtsradikal motiviert. 182 (65) zeigten auf radikale Ausländergruppen hin.²⁹ Diesbezügliche Zahlen für 1971 liegen mir nicht vor. Ein weiteres Anzeichen ist anzunehmen. Kennzeichnend für die geistige Verfassung weiter Kreise unserer Gesellschaft ist die Tatsache, daß die Baader-Meinhof-Bande von Schriftstellern wie Böll³⁰ verbalen Beistand und bei intellektuellen und bürgerlichen Kreisen immer wieder Unterschlupf gefunden hat.

Zur Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen liegen keine veröffentlichten Angaben vor. Nach einer dpa-Meldung vom 26. Mai 1971 sollen 1970 etwa 1.000 öffentliche Bedienstete in der KPD/DKP und anderen kommunistischen Organisationen gewesen sein. Diese Zahl dürfte sich 1971 erhöht haben. Ein gewisser Schwerpunkt kommunistischer Präsenz ist nach Feststellung des Bundesverfassungsschutzes im gehobenen und höheren Schuldienst festzustellen. Nach Angaben des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Müller³¹ in der „Quick“ vom 8. Dezember 1971 rechnet der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Rau³² mit demnächst 2.000 Volksschullehrern in Nordrhein-Westfalen, die der DKP angehören. Nach den Berichten einzelner Bundesländer war 1970 die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der NPD noch geringfügig höher als die Zahl der DKP-Mitglieder. Die Dunkelziffer ist in dieser Hinsicht sicherlich groß.

Die Zahl der Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien und ihre Präsenz im öffentlichen Dienst ist im Vergleich z. B. zu Italien und Frankreich in der Bundesrepublik nicht groß. Das ist aber kein Grund zur Verniedlichung. Erstens kann die Situation in diesen Ländern, insbesondere in Italien, nicht gerade als beispielgebend bezeichnet werden. Zweitens sind deutsche Kommunisten ernster zu nehmen als z. B. die zahlreichen Italiener, die die KPI lediglich unterstützen, um gegen die z. T. schlech-

29 Zahlen aus dem Bericht von Werner Smoydzin vom 4. März 1971 vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages. – Werner Smoydzin (geb. 1925), Jurist; 1952 Referent in der Bundesgeschäftsstelle des BdV, 1956 Eintritt in das Bundesamt für Verfassungsschutz, September 1970 bis April 1972 dessen Vizepräsident, 1972–1982 Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern.

30 Heinrich Böll (1917–1985), Schriftsteller; am 10. Dezember 1972 Auszeichnung mit dem Literaturnobelpreis. – Für Aufregung sorgte der Beitrag Bölls „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“ im „Spiegel“ Nr. 3 vom 10. Januar 1972 S. 54–57.

31 Dr. Günther Müller (1934–1997), Dozent; 1955 SPD, 1963–1967 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1965–1994 MdB (ab 17. Mai 1972 fraktionslos, ab 19. September 1972 Mitglied der CSU), 1988/89 und 1992/93 MdEP.

32 Johannes Rau (1931–2006), Verlagsbuchhändler; 1952 GVP, 1957 SPD, 1958–1999 MdB Nordrhein-Westfalen, 1964–1978 Mitglied im Wuppertaler Stadtrat, 1969/70 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1970–1978 Minister für Wissenschaft und Forschung 1977–1998 Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD, 1978–1998 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1999–2004 Bundespräsident. Vgl. Jürgen MITTAG/Klaus TENFELDE (Hg.): Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte. Oberhausen 2007.

ten wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse ihres Landes zu protestieren. Drittens ist im Gegensatz zu Italien und Frankreich Deutschland geteilt und einer der beiden Teile unter kommunistischer Herrschaft. Viertens macht die DKP schnelle Fortschritte, nachdem sie erst 1968 wieder gegründet wurde. 1978 wird sie sicherlich wesentlich stärker sein als heute. Schließlich sind Wähler- und Mitgliederzahlen allein kein geeignetes Indiz zur Beurteilung radikaler Minderheiten. Die linksradikale Strategie zielt nicht auf die direkte Eroberung der Macht, sie will – in richtiger Einschätzung der Lage – die Macht auf anderem Wege erreichen.

Die Neigung, insbesondere vieler Sozialdemokraten, die Gefahr des Linksradikalismus gering zu schätzen, entspricht in keiner Weise der geschichtlichen Situation. Die Entwicklung im geistigen Bereich sowie die innen- und außenpolitische Lage unseres Landes zwingen dazu, den Linksradikalismus sehr ernst zu nehmen. Dabei ist zu beachten, daß hinter der DKP eine bereits auf deutschem Boden präsenste Weltmacht mit expansiven Zielen und einer offensiven Staats- und Parteidoctrin steht, die – militärisch hoch gerüstet – sich auch aller Mittel des subversiven Kampfes bedient. Hinter dem Rechtsradikalismus steht demgegenüber heute nichts. Er könnte nur virulent werden, wenn die demokratischen Parteien eklatant versagen.

Nun zur Strategie der Linksradikalen. Sie ist meines Erachtens besonders treffend von Schelsky³³ in seinem Aufsatz in der FAZ vom 10. Dezember 1971 unter der Überschrift „Die Strategie der Systemüberwindung“ analysiert worden. Nach Schelsky zielt die Strategie der Linksradikalen im Bildungs- und Informationswesen auf die Übernahme der direkten Herrschaft, in den staatlichen Organen auf die Verbreitung allgemeiner Unsicherheit und Schwäche, in den Sozialkonflikten auf eine Steigerung der Ansprüche weit über das Erfüllbare hinaus, um so trotz aller Fortschritte und Erfolge die freiheitliche und die marktwirtschaftliche Ordnung zu diskreditieren. Es ist eine schleichende Revolution, die sich als Marsch durch die Institutionen verwirklichte. Ihre Erfolge sind durch manche neuen Hochschulgesetze sicherlich in geradezu fataler Weise begünstigt worden.

Aufsehen hat in der Öffentlichkeit auch der Briefwechsel von Professor Steinbuch³⁴

33 Dr. Helmut Schelsky (1912–1984), Soziologe; 1935 Promotion, 1939 Habilitation, 1945–1948 Leiter des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, 1949–1953 Direktor der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, 1953–1960 o. Professor für Soziologie an der Universität Hamburg, 1960–1965 an der Universität Münster, 1965–1967 Planungsbeauftragter des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen für die Universitäten in Ostwestfalen, 1967–1969 Vorsitzender der Planungsbeirates Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung des Hochschulwesens, 1969–1984 o. Professor für Soziologie an der Universität Münster, 1978–1984 Honorarprofessor für Rechtssoziologie an der Universität Graz. Vgl. Friedrich KAULBACH (Hg.): Recht und Gesellschaft. Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag. Berlin 1978.

34 Dr. Karl Steinbuch (1917–2005), Informatiker; 1944 Promotion zum Dr. Ing., Tätigkeit als freiberuflicher Physiker, 1948–1958 Entwicklungsingenieur bei Standard Elektrik Lorenz (SEL), 1958–1980 o. Professor an der Universität Karlsruhe (damals Technische Hochschule) und Direktor des Instituts für Nachrichtenverarbeitung und -übertragung. – Abdruck des Briefwechsels von Steinbuch mit Brandt in Klaus LUBKOLL/Kurt NAUMANN (Hg.): Die humane Gesellschaft. Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Stuttgart ²1974 S. 12–30;

mit dem Bundeskanzler erregt. Steinbuch war 1969 noch als Wahlwerber der SPD aufgetreten. Vielleicht darf ich noch einige Zitate bringen, obwohl Sie den Bericht gelesen haben werden. Steinbuch schreibt: „Meine Sorge ist: Unser politisches System – so wie es vom Grundgesetz bestimmt ist – hat zwar vordergründig eine sichere parlamentarische Mehrheit, es wird aber hintergründig ideologisch so ausgehöhlt, daß es wahrscheinlich in einer Krisensituation wie ein Kartenhaus zusammenbricht ... Die Gruppen, welche dieses System zerstören wollen, sind zwar zahlenmäßig schwach, sie beherrschen aber weitgehend Schlüsselpositionen unserer Gesellschaft: Universitäts-gremien und manche Redaktionsstuben.“ Das deckt sich mit der Analyse von Schelsky. Weiter: „Selbst bei denen, deren Amt es ist, die Grundsätze rechtsstaatlicher Ordnung zu verteidigen, wird diese Verteidigung immer zaghafter, halbherziger und weniger überzeugend. Man fühlt sich in der Rolle der Angeklagten, wenn man die Grundsätze demokratisch beschlossener Gesetze befolgt ...“ Und schließlich: „Wenn dieses politische System zugrunde geht, dann sicher nicht an unüberwindlichen, objektiven Widersprüchen, sondern an unserer mangelnden Intelligenz und Moral – und vor allem an unserem mangelnden Mut, nämlich den Zerstörern entschlossen zu widersprechen ... Ich fürchte vor allem, daß die SPD ideologisch leichtgläubig würde. Die ersten 100 Jahre führte die SPD einen erfolgreichen Kampf gegen politischen Radikalismus. Hat die SPD jetzt nicht mehr die Kraft zu einer ernsthaften Auseinandersetzung?“

Wenn die Analysen von Schelsky und Steinbuch im wesentlichen zutreffen, dann ist festzustellen, daß a) zur Zeit kein Anlaß besteht, die Frage des Radikalismus, insbesondere die Gefahr des Linksradikalismus gering einzuschätzen, und daß b) seine Abwehr nicht nur eine Frage staatlicher Machtanwendung ist. Noch wichtiger als diese ist die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Radikalismus. Die geistige Auseinandersetzung wird zu führen sein im Bereich der Kirchen, der Universitäten, der Schulen, der Publizistik, überall dort, wo die Sinnggebung des Lebens und der Politik in Frage steht. Was hier geschieht bzw. zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung nicht geschieht, ist allerdings zutiefst erschreckend. Der gegenwärtige Linkstrend im geistigen Bereich kann wohl ohne Übertreibung nach Ausmaß und Gefahr nur mit dem Rechtstrend am Ende der Weimarer Republik verglichen werden. Inwieweit wir von der Politik her auf diese Entwicklung nicht nur restriktiv durch Verbot und sonstiges, sondern auch positiv, d. h. geistig offensiv, Einfluß nehmen können, ist eine Frage, die vielleicht in der von Herrn von Weizsäcker geleiteten Grundsatzkommission geprüft werden kann oder ohnehin schon geprüft wird.

Die politische Auseinandersetzung mit dem Radikalismus ist Sache vor allem der demokratischen Parteien. Wenn wir radikale Parteien und Organisationen ohne Verbot allein politisch bekämpfen wollen, dann ist dreierlei unentbehrlich: die Solidarität der Demokraten, die kompromißlose Abgrenzung der Demokraten von den Radikalen und entschlossenes Handeln der Demokraten bei der Auseinandersetzung mit den Radikalen. Diese drei Voraussetzungen waren gegeben, als es darum ging, die NPD

hier Auszüge aus dem Brief Steinbuchs an Brandt vom 31. Januar 1972 S. 12–17. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 7. März 1972 „Kanzler warnt vor Übertreibung“.

wieder aus den Parlamenten herauszubringen. Das führte zum Erfolg. Bei der Abwehr des Linksradikalismus sind sie nicht mehr gegeben. Dafür gibt es zahlreiche Symptome. Aus meinem Erfahrungsbereich nur zwei Beispiele: Bei der Wahl des Präsidenten der Marburger Universität³⁵ kam es zu einer offenen Volksfront-Koalition von Sozialdemokraten und Linksradikalen einschließlich des Spartakusbundes. Bemerkenswert war auch die Reaktion der SPD-Landtagsfraktion auf die kürzlichen Vorfälle an der Frankfurter Universität. Die SPD richtete ihre Vorwürfe weniger gegen die linksradikalen Schläger als gegen ihre Kollegen von der CDU-Landtagsfraktion. Insbesondere mir hat sie vorgeworfen, ich hätte bewußt die Konfrontation mit den Radikalen gesucht und hätte sie provoziert, um als Märtyrer in die Schlagzeilen einzugehen. Dabei habe ich mit meinen Kollegen nichts anderes getan, als das Recht in Anspruch zu nehmen, die Universität aufzusuchen und dabei auch den Haupteingang zu benutzen. Als wir angeschrien wurden, haben wir nicht den Rückzug angetreten, sondern sind friedlich und unbewaffnet auf die Schreier zugegangen, die uns zunächst eine Gasse bahnten, dann aber, als wir ihnen den Rücken zeigten, mit Steinen, Farbbeuteln, Nebelkerzen usw. bewarfen. Wenn die Polizei uns nicht zur Hilfe geeilt wäre, wären wir wahrscheinlich übel zugerichtet worden.

Ich habe im Landtag dazu folgenden Standpunkt vertreten: Politiker gehören an den Ort des Geschehens. Wer Rechts- oder Linksradikale verharmlost, kennt sie nicht oder begünstigt sie. Wer die krisenhaften Erscheinungen an den Universitäten nicht beobachtet, kann sie nicht beurteilen. Demokraten müssen die Flagge zeigen. Nicht mit feiger Anpassung, sondern nur mit Entschlossenheit können wir unsere Ordnung verteidigen.

Daß der SPD die Abgrenzung von den Linksradikalen außerordentlich schwer fällt, dafür gibt es weitere Beispiele: Jochen Steffen³⁶ bezeichnet als Landesvorsitzender unsere rechtsstaatliche Ordnung als „modernen Faschismus“, ohne auf den Protest der Bonner Parteispitze zu stoßen. Demgegenüber finden Sozialdemokraten, die sich von den Linksradikalen in ihrer Partei scharf abgrenzen, kaum Unterstützung bei der Bonner SPD-Führung. Nicht selten verlieren sie in ihren Parteibezirken die Auseinandersetzung mit den Linksradikalen. Ich nenne zwei Beispiele: Herrn Vogel in München und Herrn Koschnick jetzt in Bremen.³⁷

35 Am 2. Februar 1971 wurde der bisherige Universitätskanzler Rudolf Zingel mit den Stimmen des MSB Spartakus zum ersten Präsidenten der Philipps-Universität gewählt, was für Aufregung sorgte. Vgl. FAZ vom 8. März 1971 „Die neuen Herren der Universität Marburg“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. März 1971 „Vom Dompteur zum Gefangenen der Linken“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. März 1971 „In Marburg geht das Gespenst der Volksfront um“. – Rudolf Zingel (geb. 1920), Jurist; 1949–1952 Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, Eintritt als Assessor in das Innenministerium Nordrhein-Westfalen, 1957–1962 Oberregierungsrat im Bundesministerium für Atomenergie, 1962–1971 Verwaltungsdirektor bzw. Kanzler der Universität Marburg, 1971–1979 Rektor.

36 Äußerung von Jochen Steffen im Verlauf des Landtagswahlkampfes 1971 in Schleswig-Holstein, vgl. „Die Welt“ vom 30. April 1971 „Steffen spricht von Feudalismus in der Bundesrepublik“ sowie Interview Steffens mit „konkret“ (Nr. 10 vom 6. Mai 1971).

37 Bei der Wahl zum Nachfolger Vogels zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks München

Die SPD setzt das von ihrem Vorstand ausgesprochene Verbot der Kooperation mit den Kommunisten nicht durch. Ein Beispiel dafür ist die enge Zusammenarbeit von SHB und DKP an den Hochschulen. Herr Langguth wird sicherlich dazu etwas sagen. Unter allen nur denkbaren Vorwänden suchen die Jusos eine enge Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen im In- und Ausland. Peter Corterier³⁸, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jusos und jetzt Vorstandsmitglied der SPD, schreibt dazu in „Christ und Welt“ am 26. Februar 1971 folgendes: „An die Stelle des für die SPD seit Godesberg verbindlichen Prinzips der Volkspartei, d. h., einer für alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen offenen und für die wählbaren Parteien möchten die Jungsozialisten die Klassenpartei und das Prinzip des Klassenkampfes setzen.“

Schließlich erhielt auf dem Godesberger Parteitag der SPD im Dezember 1971 der von Brandt selbst befürwortete Vorschlag, satzungsgemäß die Unterstützung einer anderen Partei als Ausschlußgrund festzulegen, nicht die erforderliche Mehrheit. Nach den Worten Brandts ging es darum, daß „jemand, der für die DKP einen Wahlvorschlag unterschreibt und unterstützt, nicht nach der alten, wohl aber nach der neuen Fassung der Satzung ausgeschlossen werden kann.“³⁹ Die alte Fassung ist in Kraft geblieben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die radikale Linke in der SPD im Vormarsch ist und schon heute die Politik dieser Partei wesentlich bestimmt. Daß viele Sozialdemokraten heute uns näher stehen als ihren linken Genossen, sei nur am Rande erwähnt.

Nun die Abwehr des Radikalismus durch staatliche Mittel, hier Parteiverbot. Wenn die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus überzeugender in unserem Lande geführt würde als es geschieht, dann könnte man möglicherweise darauf verzichten, den Radikalismus auch mit staatlichen Mitteln zu bekämpfen. Nach Lage der Dinge wäre jedoch ein Treibenlassen nicht Ausdruck von Toleranz, sondern die Bereitschaft zum Selbstmord der Republik. Als staatliche Mittel zur Radikalismusabwehr kommen vor allem das Verbot verfassungswidriger Parteien und Organisationen und die Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsfeinden

setzte sich nicht der Favorit Vogels, Georg Kronawitter, sondern der ehemalige Vorsitzende der Jungsozialisten, Rudolf Schöfberger, durch, vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 15. März 1972 „Vogel hat eine Schlacht verloren“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. März 1972 „Schöfberger soll Parteichef werden“. – In Bremen wurde Hans Koschnick nach Verabschiedung eines Beschlusses, der die Trennung von Regierungs- und Parteiamt vorsah, gezwungen, seine Kandidatur für den SPD-Landesvorsitz zurückzuziehen. Zum Landesvorsitzenden wurde Hennig Scherf gewählt. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 7. März 1972 „Versteinert zog Koschnick die Konsequenz“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. März 1972 „Durchbruch der Jusos in Bremen“.

38 Dr. Peter Corterier (geb. 1936), Jurist; 1963–1967 stv. und 1967–1969 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1969–1983 und 1984–1987 MdB, 1973–1977 MdEP, 1978–1981 Vizepräsident und 1982/83 Präsident der Nordatlantischen Versammlung, 1983/84 Leiter des Washingtoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. – Vgl. „Christ und Welt“ vom 26. Februar 1971 „Die Jusos nützen der Opposition“.

39 Der außerordentliche Parteitag der SPD am 17./18. Dezember 1971 lehnte die vorgeschlagene Reform des § 6 des Parteistatuts ab für die Brandt plädierte (SPD, PARTEITAG 1971 S. 52, S. 60f.).

in Betracht. Das Grundgesetz stellt dafür Mittel zur Verfügung, welche die Weimarer Verfassung nicht kannte. Die Verfassungsväter aller demokratischen Parteien, von Paul Löbe⁴⁰ über Theodor Heuss zu Konrad Adenauer, haben bei der Formulierung des Grundgesetzes die Konsequenzen aus ihren Weimarer Erfahrungen gezogen. Sie wollten verhindert wissen, daß die zweite deutsche Republik das Schicksal der ersten erleidet. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Zielsetzung des Grundgesetzes in seiner berühmten Entscheidung vom 15. Dezember 1970 wie folgt formuliert: „Im vorliegenden Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß die Verfassung sich für die ‚streitbare Demokratie‘ entschieden hat. Sie nimmt einen Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche Ordnung nicht hin. Verfassungsfeinde sollen nicht unter Berufung auf Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt und unter ihrem Schutz die Verfassungsordnung oder den Bestand des Staates gefährden, beeinträchtigen oder zerstören dürfen.“⁴¹ Mit anderen Worten: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

In den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens hat die zweite deutsche Republik eine im Sinne ihrer Verfassung konsequente Haltung eingenommen. Rechts- und linksradikale Parteien und Organisationen wurden energisch bekämpft. Auch Verbote wurden ausgesprochen, u. a. für die KPD mit all ihren Untergliederungen. Das geschah 1956. 1968 änderte sich diese Linie. 12 Jahre nach dem Verbot der KPD wurde eine kommunistische Partei unter der Bezeichnung DKP erneut offiziell gegründet.⁴² Zwei Gründungsmitglieder dieser DKP hatten zuvor den Bundesjustizminister und seinen Staatssekretär – das waren damals die Herren Heinemann und Ehmke – konsultiert. Seit diesem Zeitpunkt macht der Ausbau der DKP als disziplinierter und zugleich fanatisierter Kaderpartei mit ihrer Jugendorganisation SDAJ und mit ihrer Studentenorganisation Spartakus bemerkenswerte Fortschritte.

Am 4. März 1971 erklärte der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Smoydzin, Mitglied der FDP, bei der DKP handele es sich um eine Nachfolgeorganisation der KPD. Er leitete diese Beurteilung vor dem Innenausschuß des Bundestages aus einer weitgehenden Identität der Führungskader von KPD und DKP und einer Übereinstimmung ihres Programms ab. Der Innenausschuß des Bundestages hat damals den Bundesminister des Innern aufgefordert, zu dieser Feststellung des Bundesverfassungsschutzes Stellung zu nehmen. Herr Genscher hat das in eindeutiger Weise bis heute nicht getan, wobei ich offen lasse, inwieweit er sich der Kabinettsdisziplin zu fügen hatte. Das Nebeneinander von verbotener KPD und nicht verbotener DKP hatte wohl von vornherein nur Tarnungscharakter. Nachdem inzwischen sogar der Vorsitzende der KPD, Max Reimann⁴³, zum Ehrenvorsitzenden der DKP

40 Paul Löbe (1875–1967), Journalist; 1895 SPD, 1949–1953 MdB (Alterspräsident). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 781 Anm. 96.

41 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1970 (2 BvF 1/69, 2 BvR 629/68 und 308/69) betr. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs, Nachprüfung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

42 Vgl. dazu Roik.

43 Max Reimann (1898–1977), Werftarbeiter; 1913 SAJ, 1919 KPD, ab 1920 hauptamtlicher

ernannt worden ist, hat auch äußerlich das Zusammenwachsen von KPD und DKP seinen Abschluß gefunden. Offenbar sind die Kommunisten der Auffassung, daß es ihnen die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik erlaubt, die Tarnkappe fallenzulassen. Die Erklärung des Bundeskanzlers gegenüber dem Chef der sowjetischen KP auf der Krim, die DKP sei legal⁴⁴, mag dazu beitragen. Sie kommt ja für die Zeit der Existenz dieser Regierung einer internationalen Bestandsgarantie der DKP ziemlich nahe. Alles in allem, es kann kein Zweifel daran bestehen, daß KPD und DKP sich nur durch die Reihenfolge der Anfangsbuchstaben voneinander unterscheiden und daß sie heute eine politische Einheit darstellen. Zusammen mit der SED sind damit die Kommunisten die einzigen, die in beiden Teilen Deutschlands über eine zugelassene gesamtdeutsche Partei verfügen.

Wenn die DKP die Nachfolgeorganisation der KPD ist, dann hat das die rechtliche Konsequenz, daß über ein etwaiges Verbot der DKP nicht das Bundesverfassungsgericht, sondern der Bundesminister des Innern zu entscheiden hat. Ob der Bundesinnenminister hier einen Ermessensspielraum hat, den das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich der Bundesregierung bei der Frage eines Verbotsantrages gegen eine noch nicht verbotene radikale Partei eingeräumt hat, ist zumindest sehr zweifelhaft. Ich möchte das heute nicht abschließend beurteilen.

Unabhängig von dieser Rechtsverfahrensfrage ist es eine Frage des politischen Ermessens, ob auf das Verbot der DKP auch weiterhin verzichtet werden kann. Ich glaube, hier unter uns sollte man die Dinge ganz offen ansprechen. Ich möchte einige Gründe nennen, die für ein Verbot der DKP sprechen. Erstens, die Achtung vor dem Grundgesetz und vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Beratung einer von dem Bundesverfassungsgericht verbotenen verfassungswidrigen Partei zum Zwecke der Verbotsumgehung ausgerechnet durch den Bundesjustizminister und seinen Staatssekretär könnte sich einmal als ein Akt der Selbstverstümmelung dieser Republik erweisen. Zweitens, der Verzicht auf ein Verbot radikaler Parteien erschwert es zumindest erheblich, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Ich komme darauf zurück. Drittens, selbst wenn es gelänge, wären damit die Probleme einer Wehrpflichtarmee nicht gelöst. Radikale würden als Wehrpflichtige trotzdem in sie eindringen, ohne daß sich die Truppe gegen ihre Aktivitäten angemessen zur Wehr setzen könnte. Die Wehrgesetzgebung stammt aus einer Zeit, in der die Republik noch fest entschlossen war, verfassungsfeindliche Parteien zu unterdrücken, was im Grunde

Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, 1933–1939 Emigration, 1940 Verhaftung und Inhaftierung im KZ, 1945 Beteiligung im Ruhrgebiet am Wiederaufbau der KPD, 1948–1956 (bis zum Verbot) Vorsitzender der KPD, 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1953 MdB, 1950/51 und 1954–1969 Übersiedlung in die DDR, 1969 Rückkehr, 1971 Eintritt in die DKP. – Auf dem 2. Parteitag der DKP vom 25. bis 28. November 1971 in Düsseldorf wurde Max Reimann mit einer Gegenstimme zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

44 Vgl. „Die Welt“ vom 23. September 1971 „Watte-Packung für die Kommunisten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 23. September 1971 „Thema DKP-Verbot ist für Bonn tabu“. – Zum Treffen Brandts mit Breschnew in Oreanda vgl. Nr. 19 Anm. 13.

die Voraussetzung dafür ist, die Bundeswehr zu absoluter parteipolitischer Neutralität allen bestehenden Parteien gegenüber zu verpflichten. Das Nebeneinander von liberaler Wehrgesetzgebung und der Duldung verfassungsfeindlicher Parteien stellt die Vorgesetzten in der Truppe vor Aufgaben, die für sie nicht lösbar sind. Das bedeutet, daß der Kampf der Kommunisten gegen die Bundeswehr in der Bundeswehr bereits begonnen hat. Wir haben die Meldung über den letzten Bericht des Wehrbeauftragten gelesen, der dafür erhebliche Erkenntnisse gibt.

Ob ein Verbot der DKP es den Gewerkschaften erleichtern würde, dem Einfluß der Kommunisten in ihren Reihen entgegenzutreten und ob ihnen das ohne Verbot überhaupt gelingen kann, ist eine Frage, zu der sicherlich Herr Kollege Blüm nachher Stellung nehmen wird. Daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte durch das Auftreten von Linksradikalen vor neue Probleme gestellt worden sind, ist seit den ersten wilden Streiks in Nordrhein-Westfalen auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden⁴⁵. Die Tatsache, daß diese wilden Streiks von den Kommunisten nicht initiiert, sondern nur ausgenutzt worden sind, ändert daran nichts. Gesamtpolitisch, ich hatte es schon erwähnt, ich wiederhole es in diesem Zusammenhang, bedeutet die Zulassung der DKP, daß wir eine einzige gesamtdeutsche Partei haben, DKP/KPD/SED, die angetreten ist mit dem politischen Ziel, die deutschen Teilstaaten zu vereinigen auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus, wie es in Art. 8 der Verfassung der DDR heißt, die 1968 eingeführt worden ist.⁴⁶

Schließlich ist es die Frage, ob ein Verbot der DKP beliebig lange aufgeschoben und später ohne weiteres nachgeholt werden kann. Ein lange geduldeter Zustand wird als rechtmäßig empfunden, was es politisch erschweren, ja möglicherweise sogar ausschließen könnte, später einmal das nachzuholen, was jetzt versäumt wird. Hinzu kommt die Frage, ob dieser Staat überhaupt die Kraft besitzt, gegen eine wesentlich stärker gewordene DKP einmal mit den Mitteln des Verbots einzuschreiten. Zu beachten ist auch der Schatten der Sowjetunion, der auf diese Frage hier in unserem Lande seine Wirkung tut.

Daß es auch Gründe gibt, die gegen ein Verbot der DKP sprechen, ist klar. Ins Feld geführt wird die leichtere öffentliche Kontrolle, mancher mag auch an Stimmenverluste für die SPD denken. Im übrigen ist der Zeitpunkt eines Verbots auch außenpolitisch zu beurteilen. Unabhängig davon ist die Frage zu beantworten, ob jetzt aus der Opposition heraus die Forderung nach einem Verbot der DKP wahltaktisch zweck-

45 Flugblatt der DKP Bezirk Ruhr-Westfalen vom 22. Januar 1972 „Die völlig unzureichende Lohnerhöhung für die Stahlarbeiter stieß auf Protest“.

46 Art. 8 Abs. 2 der DDR-Verfassung vom 9. April 1968 lautete: „Die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“ Text im Internet: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr68-i.htm>.

mäßig ist. Denn daß eine solche Forderung von uns von der Linkskoalition nicht erfüllt wird, ist klar. Um das beurteilen zu können, wäre es notwendig, einmal Meinungstests anzustellen. Ich bin da nicht ganz sicher und neige im Augenblick mehr zu der Auffassung, daß jetzt nicht der richtige Zeitpunkt wäre, eine solche Forderung zu stellen. Ich halte es aber für notwendig, daß wir diese Frage sehr ernsthaft durchdenken und meines Erachtens zu einem nicht zu späten Zeitpunkt entscheiden.

Nun zur Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Radikalen. Geht man davon aus, daß das Verbot der DKP weder rechtlich geboten noch politisch opportun ist, dann ist es aber sicherlich um so notwendiger, das Eindringen von Verfassungsfeinden in den Staatsdienst zu verhindern. Auch hier fehlt es heute an der Konsequenz, die in den Anfangsjahren unserer Republik bestand. In einem Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950 hieß es, „daß derjenige Beamte, Angestellte oder Arbeiter im Bundesdienst, der an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sonst unterstützt, sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig macht und unnachsichtig sofort aus dem Bundesdienst zu entfernen ist.“⁴⁷

Dieser Kabinettsbeschluß enthielt einen Katalog von 13 links- oder rechtsradikalen Organisationen, deren Unterstützung als mit den Dienstpflichten unvereinbar erklärt wurde. An erster Stelle wurde die damals noch nicht verbotene KPD mit all ihren Unterorganisationen genannt. Auch die Länder, einschließlich sogar des Landes Hessen – mir ist ein solcher Erlaß aus dieser Zeit in die Hände gefallen – verfuhrten entsprechend. In der von der hessischen Landesregierung herausgegebenen Richtlinie vom 19. Oktober 1950 heißt es wie folgt: „Beamte, Angestellte und Arbeiter, die an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Staatsordnung teilnehmen, sich für sie betätigen oder sie sonst wie unterstützen, sind auf Grund des § 10 Abs. 3 Hessisches Beamtengesetz bzw. § 87 Abs. 1 b des Manteltarifvertrages für die Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen zu entlassen. Eine Teilnahme liegt insbesondere vor, wenn der Bedienstete der KPD oder einer totalitären rechtsradikalen Organisation oder einer ihrer Tarnorganisationen angehört.“⁴⁸ Es folgt dann eine umfangreiche Liste rechts- und linksradikaler Organisationen.

Die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler vom 29. Januar 1972 ist demgegenüber weit zurückhaltender formuliert. Sie lautet in Ziffer 2.1.2 wie folgt: „Gehört ein Beamter einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird.“⁴⁹ Die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation soll danach nur Zweifel an der Verfassungstreue des Einstellungsbewerbers begründen, sie aber noch nicht beweisen. Das ist einigermä-

47 Das Kabinett sprach am 19. September 1950 als 5. Tagesordnungspunkt über „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Staatsordnung“. Vgl. Ulrich ENDERS/Konrad REISER (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2 1950. Boppard am Rhein 1984 S. 702 f.

48 Vgl. „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ Nr. 42 vom 21. Oktober 1950 S. 425.

49 Vgl. Nr. 21 Anm. 7.

ben, unter uns gesagt, erstaunlich, da ein Beitritt zu einer verfassungsfeindlichen Partei und die Zahlung von Beiträgen eine Förderung dieser Partei bedeutet, selbst wenn dieser Beitritt nur aus Gründen des Opportunismus erfolgt, wobei dazu ja im allgemeinen heute noch keine Veranlassung besteht, man tritt eher aus Opportunismus der SPD oder vielleicht auch der CDU bei als einer radikalen Partei. Immerhin gibt es vielleicht einige Hochschulbereiche, wo es sich heute schon personell günstig auswirkt, wenn man das Mitgliedsbuch der DKP oder des Spartakusbundes besitzt. Aber daß eine Unterstützung vorliegt, auch wenn man nur aus Opportunismus beitrifft, ist doch wohl im Grunde nicht zu bestreiten.

Führende Sozialdemokraten möchten die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen verfassungsfeindlichen Partei nicht als Ausschlußgrund anerkennen. Heute im Gegensatz zu früher. So schreibt Bundesjustizminister Jahn am 25. Januar 1972 im SPD-Pressedienst folgendes, ich zitiere: „Solange das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei nicht festgestellt hat, kann in der bloßen Mitgliedschaft nicht mehr als ein besonders intensiver Ausdruck der politischen Gesinnung gesehen werden. Die bloße Parteimitgliedschaft allein kann keine Disziplinarmaßnahme rechtfertigen. Erst wenn sich das Mitglied einer radikalen Organisation, die nicht verboten ist, aktiv gegen verfassungsmäßige Ordnung betätigt, ist Raum für eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst. Auch bei der Frage der Neueinstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ist es mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar, allein schon die Tatsache der bloßen Mitgliedschaft in einer radikalen Partei für die Ablehnung ausreichen zu lassen. Auch hier kommt es auf den konkreten Nachweis tatsächlicher verfassungsfeindlicher Aktivität an.“

In ähnlicher Weise hat sich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen in einer Presseerklärung vom 8. Februar 1972 geäußert. Herbert Wehner selbst formuliert politischer. Er schreibt in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 21. Januar 1972⁵⁰ unter anderem folgendes: „Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen.“ So wurde auch in Weimar formuliert. „Die Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates bedarf der festen Grundlage der Grundrechte und der Gleichheit aller Bürger vor dem Recht.“ Meine Bemerkung dazu: Er wünscht das also auch für die Feinde der Freiheit und der Verfassung. Das stimmt nicht mit unserer Verfassung überein, und auch nicht mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ich vorhin zitiert habe. Wehner sagt weiter: „Das gehört zum positiven Verfassungsschutz. Kampf gegen Kommunismus darf nicht als Schablone für die Schmähung und Verdächtigung von allem, was nicht konservativ ist, geformt werden.“

Damit werden die Erfahrungen der Weimarer Republik, die Praxis von Bund und Ländern in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik sowie die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte und die Rechtslehre vom Tisch gewischt. Das geschieht offenbar aus parteitaktischen Gründen im Hinblick auf die innerparteiliche

50 Rubrik: Forum der Parteien. Für die SPD: Fraktionsvorsitzender Wehner „Spiel mit dem Grundgesetz“.

Situation der SPD, übrigens auch der FDP, in der die radikale Linke bereits so stark geworden ist, daß die Parteiführung so etwas nicht durchsetzen könnte. Insbesondere die Jungdemokraten wollen die Kooperation – wie die Jungsozialisten – mit den Kommunisten. Eine Rolle wird auch der Wunsch spielen, der Sowjetunion gefällig zu sein.

Herr Vogel wird auf die rechtliche Seite dieser Frage näher eingehen. Außerdem kann ich auf die ausgezeichnete Vorlage der Bundesgeschäftsstelle verweisen, die Ihnen zugegangen ist.⁵¹ Ich bin nur nicht sicher, ob sie gelesen wurde, weil sie lang ist. Aber ich kann es Ihnen empfehlen. Ich möchte nur auf folgendes Bezug nehmen. Die Verwaltungsgerichte haben die Mitgliedschaft eines Beamten in der KPD, zu der Zeit, als sie noch nicht verboten war, immer als eine Verletzung der Dienstpflichten bezeichnet, die die Entlassung rechtfertigt. Die Arbeitsgerichte haben allerdings weitgehend die Auffassung vertreten, daß die Mitgliedschaft zur KPD, solange sie nicht verboten und damit verfassungsrechtlich geschützt ist, eine fristlose Entlassung nicht zu begründen vermöge.

Ob diese unterschiedliche Rechtsprechung von Verwaltungs- und Arbeitsgerichten sich aus einer unterschiedlichen Rechtslage für Beamte oder Angestellte ergibt, müßte geprüft werden. Wie dem aber auch sei, für die Beamten jedenfalls hat die Rechtsprechung die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation immer als Ablehnungs- und Entlassungsgrund angesehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich zu dieser Frage noch nicht geäußert. In einer Entscheidung vom 21. März 1961 (2 BvR 27/60) ging es um die Frage, ob § 90 a, Abs. 1 und 3 StGB in der damals geltenden Fassung gegen Art. 21 GG verstieß und deshalb nichtig war. Dabei ging das Bundesverfassungsgericht von folgenden Rechtsgedanken aus: a) Wegen des sogenannten Parteienprivilegs des Art. 21 Abs. 2 GG kann niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen, bevor diese Partei vom Bundesverfassungsgericht verboten ist. b) Das Verbot ist konstitutiv, d. h. ohne Rückwirkung. c) Das in erster Linie die Parteioorganisation schützende Privileg des Art. 21 Abs. 2 GG erstreckt sich auch auf die mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger einer Partei. Ihre Tätigkeit ist durch das Parteienprivileg auch dann geschützt, wenn ihre Partei durch eine spätere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für verfassungswidrig erklärt wird.

Meines Erachtens kann diese Entscheidung, die die Anwendung von Strafrechtsbestimmungen auf Mitglieder einer nicht verbotenen Partei betraf, nicht analog angewandt werden auf die ganz andere Frage, ob Mitglieder einer verfassungsfeindlichen Organisation von der Einstellung in den Staatsdienst ausgeschlossen werden können. Es ist sicherlich sehr zu billigen, wenn das Bundesverfassungsgericht es ablehnt, jemanden strafrechtlich verfolgen zu lassen wegen einer Tätigkeit in einer noch nicht

51 Vgl. die Ausarbeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle Abt. III Politik – Gruppe II Innenpolitik zum Thema „Radikale im öffentlichen Dienst? Beurteilung der rechtlichen Situation und ihrer Konsequenzen“ (ACDP 07–001 AO Bilke Bundesvorstandssitzung von 1970 bis Sept. 1972 unverzeichnet).

verbotenen verfassungsfeindlichen Partei. Damit hat das Bundesverfassungsgericht aber nicht gesagt, daß ein Mitglied verfassungsfeindlicher Organisationen in den Staatsdienst eingestellt werden müsse, solange ein Verbot nicht ausgesprochen ist; der Beamte steht in einem besonderen Gewalt- und Treueverhältnis zum Staat. Seine Treuepflicht findet ihren Ausdruck in den beamtenrechtlichen Bestimmungen, die das aktive Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung verlangen.

Wichtig scheint mir schließlich der Hinweis zu sein, daß Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz insbesondere die Lehrfreiheit, meine Herren Bundesminister, unter die Pflicht der Treue zur Verfassung stellt. Ich glaube, das geschieht nicht ohne Grund, und das müssen wir sehr ernst nehmen.

Ob die Vereinbarung der Ministerpräsidenten geeignet ist, den öffentlichen Dienst von Radikalen freizuhalten, ist schon deshalb zweifelhaft, weil diese Vereinbarung unterschiedlich interpretiert werden kann und offensichtlich nicht alle sozialdemokratischen Landesregierungen bereit oder in der Lage sind, sie konsequent anzuwenden. Die hessische Landesregierung, sie hat es am letzten Freitag zum Gegenstand einer Landtagsdebatte gemacht, ist sogar so weit gegangen, die Vereinbarung der Ministerpräsidenten in einem Kabinettsbeschluß umzuformulieren. Mit der Begründung, das sei inhaltlich dasselbe, aber sie drücke das damit besser aus, was die Ministerpräsidenten gewollt hätten. Dabei geht es um die Frage, welche Konsequenz die Zweifel an der Verfassungstreue eines Beamten hat, der einer verfassungsfeindlichen Partei angehört. Die Vereinbarung der Ministerpräsidenten besagt, daß das in der Regel den Ausschluß bedeutet. Die Beweislast soll dabei bei dem Einstellungsbewerber liegen. Und wenn die Zweifel nicht ausgeräumt werden können, dann soll der Ausschluß die zwingende Folge sein. Die hessische Landesregierung sagt, daß ein Ausschluß nur eine der verschiedenen Möglichkeiten ist, keineswegs zwingende Konsequenz und daß die Beweislast dafür auch nicht bei den Einstellungsbewerbern liegt, sondern bei der Einstellungsbehörde. Dieser hessische Alleingang verhindert ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern, das mit der Vereinbarung angestrebt wurde in einer Sache, die einheitlich behandelt werden muß. Der von mir in der Landtagsdebatte zur Rede gestellte Ministerpräsident bestritt das allerdings.⁵² Er erklärte, der Beschluß der Landesregierung weiche natürlich nicht von dem ab, was die Ministerpräsidenten gewollt hätten. Er bringe dafür nur eine bessere Formulierung. Alle seien der Meinung gewesen, daß über die Mitgliedschaft hinaus eine aktive verfassungsfeindliche Tätigkeit vorliegen und nachgewiesen werden müsse. Ich nehme an, daß die Herren Kohl und Stoltenberg das nicht bestätigen werden.

Ich komme zu folgenden Schlußfolgerungen: Erstens, der Radikalismus, insbesondere der Linksradikalismus, ist eine akute Gefahr für die Bundesrepublik und ihre demokratische Ordnung. Bei seinem Marsch durch die Institutionen hat er insbeson-

52 Debatte am 9. März 1971 im Landtag von Hessen über den „Antrag der Fraktion der CDU betreffend Radikale im öffentlichen Dienst (BT-Drs. 7/1379)“. Zum Redebeitrag Dreggers und der Antwort von Ministerpräsident Osswald vgl. Sten.Ber. Landtag von Hessen 7. WP 35. Sitzung S. 1913–1919.

dere im Bildungs- und Informationswesen erhebliche Fortschritte gemacht. Zweitens, die Bekämpfung des Radikalismus ist nicht nur eine Sache staatlicher Machtausübung, sondern vor allem eine geistige und politische Aufgabe. Auf keinem dieser drei Felder geschieht zur Zeit das, was für die Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung notwendig ist. Drittens, zur Auseinandersetzung im geistigen Bereich kann die Partei nicht mehr als Anstöße geben, die von denen aufgenommen werden müssen, die auf diesen Feldern tätig sind. Viertens, die politische Auseinandersetzung ist Sache der demokratischen Parteien. Hier sollte die CDU/CSU sich weiterhin nach rechts und links in gleicher Weise scharf abgrenzen und SPD wie FDP zur Solidarität der Demokraten aufrufen. Sie sollte gleichzeitig die innere Entwicklung dieser beiden Parteien scharf beobachten und das Vordringen ihrer linken Flügel politisch bekämpfen. Fünftens, im Augenblick dürfte es politisch nicht opportun sein, daß die CDU/CSU aus der Opposition heraus das Verbot der DKP fordert. Sie muß allerdings für die Zukunft eine solche Möglichkeit in Erwägung ziehen, insbesondere dann, wenn sich die sozialdemokratischen Regierungen einer konsequenten Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsgegnern versagen. Die CDU sollte auch prüfen, wie eine solche Forderung wie etwa nach einem DKP-Verbot wahltaktisch zu beurteilen wäre. Da sollten Umfragen stattfinden. Sechstens, die CDU soll die Bundes- und Landesregierungen auffordern, die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler konsequent und einheitlich anzuwenden. Sie sollte die Umformulierung einzelner Sätze dieser Vereinbarung kritisieren, sie sollte schließlich die gemeinsame Erarbeitung von Richtlinien zur Verwirklichung dieser Vereinbarung fordern, da sie interpretationsfähig und -bedürftig ist. Sie sollte fordern, daß in diesen Richtlinien auch die rechts- und linksradikalen Organisationen genannt werden, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Siebtens, das elementare Bedürfnis der Menschen nach Recht und Ordnung wird vielfach als spießbürgerlich abgewertet oder gar als undemokratisch kritisiert. Ich möchte dem Begriff Recht und Ordnung den Begriff Freiheit hinzufügen, da es in links- oder rechtsfaschistischen Staaten einen Grad an Ordnung gibt, der unerträglich, ja unmenschlich ist. Freiheit, Recht und Ordnung allerdings gehören zusammen. Ohne Recht und Ordnung gibt es keine Freiheit. In der staatlichen Aktivität wird der Schwerpunkt auf der Wahrung des Rechts zu liegen haben, das gegenüber jedermann ohne Unterschied anzuwenden ist. Nur so kann Willkür vermieden werden. Nur so kann ein Mindestmaß an Ordnung gewährleistet werden, ohne das keine Gesellschaft und kein Staat existieren kann und zugleich das Höchstmaß an Freiheit für den einzelnen und die Gruppe ermöglicht werden, das der Würde des Menschen entspricht. (*Beifall.*)

Kraske: Herzlichen Dank, Herr Dregger, für diesen Bericht. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die anderen Berichte, die in der Tagesordnung vorgesehen sind, im Anschluß entgegennehmen und dann eine gemeinsame Diskussion führen.

Vogel: Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen. Ich muß aber die Ausführung zur Lage in einigen Punkten noch ein bißchen ergänzen. Wir haben zu unterscheiden zwischen dem Radikalismus, betrieben von Inländern und dem von Ausländern. Wir werden uns mit der Ausländerproblematik in diesem Zusammenhang sicherlich auch zu

beschäftigen haben. Zur tatsächlichen Situation, was durch radikale Betätigung von Inländern ausgeht, hat Herr Dregger hingewiesen auf die unterschiedliche Entwicklung, quantitative Entwicklung, im Bereich des Rechtsradikalismus und dem Bereich des Linksradikalismus. Wir dürfen uns im Bereich des Rechtsradikalismus über einige Dinge keine falschen Vorstellungen machen. Wir haben zur Zeit zu verzeichnen einen Mitgliederschwund bei der NPD, was nicht bedeutet Herausfallen aus dem rechtsradikalen Bereich oder Nicht-Tätig-Bleiben im rechtsradikalen Bereich. Zum Teil ist ja eine Auswanderung aus der NPD die Formierung einer neuen Organisation, die sich „Aktion Neue Rechte“ nennt unter der Führung von Dr. Pöhlmann⁵³, dem früheren Vorsitzenden der NPD in Bayern. Hier ist im Aufbau begriffen – jedenfalls das ist das Ziel –, eine neue Wahlpartei zu schaffen, die dann sicherlich dem rechtsradikalen Bereich Schwierigkeiten machen müßte. Dies wiederum hat zur Folge, daß die NPD selbst einen gewissen Selbstreinigungsprozeß sieht und daß sie organisatorisch intakt geblieben ist und daß sie eine Konsolidierung erwartete, die sie gleichzeitig vom Odi-um des Rechtsradikalismus befreit. Ich möchte darauf nur hinweisen, weil die NPD zur Zeit in einer gewissen Frustration lebt, weil sie Bereiche, in denen sie tätig werden könnte, abgedeckt sieht durch die Unionsparteien, daß es aber Anhaltspunkte dafür gibt, daß sie Erwartungen hegt für eine Renaissance für den Fall, daß die Unionsparteien wieder in der Regierungsverantwortung stehen. Ich glaube, daß wir das sehr nüchtern sehen müssen, ohne daß wir für die aktuelle Situation sehr viel anderes gewinnen, Herr Dr. Dregger, als das, was Sie ausgeführt haben. Für den Bereich der DKP möchte ich nur hinzufügen, daß die in den Anfangszeiten seit ihrer Gründung vorhandene Vorsicht und Zurückhaltung in den Zielformulierungen zurückgegangen ist, je stärker die Erwartung sich verdichtet hat, daß das Verbot der DKP nicht kommt. Wir werden hier mit einer sehr viel stärkeren, sehr viel deutlicheren Zielformulierung der DKP in der Zukunft zu rechnen haben.

Zur Frage der Ausländer möchte ich nur anmerken, daß zwar sehr spektakulär auch in der Publizistik herausgestellt worden sind die Gründungen der beiden KPI-Außenstellen⁵⁴, daß es aber über den Bereich der Italiener, sowohl im links- als auch im rechtsradikalen Bereich sehr rührige und z. T. sehr aktiv tätige Gruppen gibt von Spaniern, Griechen, Türken, Palästinensern, Persern, Kroaten, um die wichtigsten zu nennen, die es in dem Zusammenhang gibt. Und das ist eine gewisse Problematik auch in

53 Dr. Siegfried Pöhlmann (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1966–1970 MdL Bayern (NPD, Fraktionsvorsitzender), 1970–1972 Landesvorsitzender der NPD Bayern, im Januar 1972 Mitgründer der Sammlungsbewegung „Aktion Neue Rechte“.

54 Nach jahrelanger Tätigkeit gründete die KPI am 30. Januar 1972 in Stuttgart und am 6. Februar 1972 in Köln die Gebietsföderationen Nord und Süd. Vgl. die Ausführungen von Bundesinnenminister Genscher auf Anfragen von Oscar Schneider und Lorenz Niegel zu den Aktivitäten der KPI am 24. Februar 1972 im Deutschen Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 172. Sitzung S. 9877–9881). Vgl. auch „Der Tagesspiegel“ vom 9. Februar 1972 „Aus dem Untergrund in die Öffentlichkeit“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 12. Februar 1972 „Geburtsgrüße von der DKP“; FAZ vom 25. Februar 1972 „Ausländische Parteibüros in der Bundesrepublik“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 15. März 1972 „Ärger mit den roten Zellen aus dem Süden“.

der Einstellung, was machen wir mit den KPI-Außenstellen? Die politische Behandlung des Radikalismus erfordert eine Beantwortung natürlich der ganzen Verbandsproblematik. Und dazu möchte ich nur hinweisen auf die Situation, die sich derzeit im italienischen Wahlkampf ergibt, wo legal tätige radikale Parteien auf der Rechten und der Linken sich Straßenschlachten liefern. Sicherlich ist das etwas, was wir bei der ganzen Frage, Verbot oder nicht Verbot, mit zu berücksichtigen haben. Wie ist es, wenn wir künftige Entwicklungen mit einer weniger konsolidierten, sondern in einer labileren innenpolitischen Situation ins Auge fassen?

Was die Frage der Ersatzorganisationen angeht, kann es von der tatsächlichen Seite her bei der DKP keine Zweifel mehr geben. Es gibt ein Gutachten, das von einer Bund-Länder-Gruppe erarbeitet worden ist und vom Bundesinnenminister unter Geheimverschluß gehalten wird⁵⁵, was diese Frage sehr eindeutig beantwortet. Wir sollten bei allen Erörterungen davon ausgehen, daß die tatsächliche und vorauseilende Feststellung, daß es sich um eine Ersatzorganisation der verbotenen KPD handelt, gegeben ist.

Es ergibt sich eine Problematik bei Nichtverbot, die wir nicht übersehen dürfen, daß das Weiterbestehen der DKP, ihre weiteren legalen Tätigkeiten – insoweit ist die Aussage des Bundeskanzlers in Oreanda rechtlich nicht einmal falsch – zu einer de facto Aushöhlung des Art. 21 führt, und daß sie in der Wirklichkeit eine Befristung des Parteiverbotes schafft, die Art. 21 nicht vorsieht. Ich glaube, daß wir das sehen müssen. Die Gründe, die gegen das Verbot sprechen, sind z. T. von Herrn Dr. Dreger genannt worden. Einmal das Argument, daß man Kommunismus nicht administrativ bekämpfen kann, sondern daß er primär politisch zu bekämpfen ist, ganz gleich, in welchen Erscheinungsformen er auftritt, und das zweite Argument, daß die offene Tätigkeit der DKP sehr viel besser zu beobachten ist als eine konspirative Tätigkeit nach einem Verbot, wobei wir die Relativität dieses Argumentes auch sehen müssen, denn selbstverständlich gibt es neben der offenen Tätigkeit weiterhin auch eine konspirative Tätigkeit, und wir wissen nicht, welcher Bereich der größere ist.

Es gibt einige Argumente, die gegen das Verbot ins Feld geführt werden, über die wir nüchtern nachdenken müssen. Es gibt einmal das Argument, daß inzwischen in der Bundesrepublik bei allen Liberalisierungstendenzen der Entwicklung in der veröffentlichten Meinung eine politische Atmosphäre entstanden sei, in der der Verbotsvollzug auf erbitterten Widerstand in der Öffentlichkeit bei linken Gruppen, in der Publizistik und so weiter stoßen würde, also die Frage, ob eine öffentliche Meinung überhaupt vorhanden ist, die den Verbotsvollzug begleiten könnte, oder ob wir nicht hier in der Schärfe, Härte, Auseinandersetzungen bekommen können, was natürlich etwas aussagen würde, wenn das richtig ist, über die inzwischen vorhandene innere Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Und das zweite Argument ist, daß es Zweifel gibt, ob Bundesregierung und Länderregierung in ihrer Gesamtheit bereit und in der Lage wären, ein Verbot der DKP mit allen Konsequenzen zu vollziehen, ob die staatliche Macht schon heute noch ausreicht,

⁵⁵ Vgl. dazu RoIK S. 115–138.

ein DKP-Verbot tatsächlich zu vollziehen, wobei davon ausgegangen werden muß, daß gegen eine Verbotsfeststellung des Bundesinnenministers die Rechtsmittel von der DKP bis zum Schluß, d. h. bis zum Bundesverfassungsgericht, voll ausgeschöpft werden würden. Da haben Sie über Jahre hinweg eine unklare Situation in dem Bereich.

Wir haben im Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion eine sehr ausführliche Diskussion über diese Frage gehabt.⁵⁶ Ich darf nicht verschweigen, daß das Meinungsbild dort einheitlich war, daß man sich der Frage des Verbots nicht entziehen kann und daß man im letzten auf die Verbotslösung hinzielen müßte. Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt. Ich habe darauf hingewiesen, daß in der Frage überhaupt nur prozediert werden kann, wenn Einigkeit besteht zwischen den Führungsgremien der CDU/CSU und unseren Ministerpräsidenten in den Ländern. Wenn hier in unserem Bereich nicht eine völlig einheitliche Meinung vorhanden ist, wäre es völlig falsch, wenn an einer Stelle die Forderung nach dem Verbot erhoben würde. Wir haben solche Forderungen gehabt. Es gibt auch in der CSU – das sollten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen – einen sehr starken Grund in den Führungsgremien der CSU, diese Frage zu behandeln.

Wir haben uns bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Verantwortung zunächst bei der Bundesregierung liegt, daß zunächst die Bundesregierung die Antwort auf die Frage schuldig ist, wie sie die DKP beurteilt. Sie hat bisher die Antwort verweigert und hat sich darauf zurückgezogen, daß sie sagt, aus Gründen der Staatssicherheit sei es nicht opportun, diese Frage in der Öffentlichkeit zu erörtern. Wir werden uns darauf vorbereiten, hier noch einmal in einer Kleinen Anfrage nachzustoßen⁵⁷, um die Verantwortung der Bundesregierung bzw. des Bundesinnenministers für diese Frage, für diesen Bereich zu betonen. Neben der Verbotsfrage möchte ich vielleicht noch ganz kurz etwas zur Frage der KPI-Außenstelle sagen, weil das mit in den Verbotsbereich gehört. Hier gibt es einmal die Überlegungen im Rahmen der Innenministerkonferenz, die im April fortgesetzt werden. Hier gibt es gewisse Entwicklungen, das darf ich nur andeuten, im Bereich der Zusammenarbeit der KPI und DKP, deren Entwicklung noch abgewartet werden muß, ehe hier endgültige Aussagen möglich sind.

Wir haben einen Fraktionsbeschluß gehabt, in dem der Bundesinnenminister bzw. die Bundesregierung aufgefordert worden ist, die KPI-Außenstellen zu verbieten. Dieser Beschluß hat primär das Ziel gehabt, den Bundesinnenminister zu zwingen, sowohl zur tatsächlichen als auch zur rechtlichen Seite hin Farbe zu bekennen und sich nicht zurückzuziehen auf die Innenministerkonferenz und sich hinter der mit seiner eigenen Auffassung zu verstecken, weil ihn allein die Zuständigkeit in diesem Bereich trifft. Er ist prompt in eine Sitzung des Innenausschusses gekommen und hat berichtet, so daß wir insoweit jedenfalls für unseren Bereich Klarheit haben. Gegen das KPI-Verbot oder gegen das Verbot der KPI-Außenstellen gibt es ein sehr gravierendes Argument,

⁵⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des AK I vom 29. Februar 1972 in der über die Vorbereitung von drei Kleinen Anfragen beraten wurde (ACDP 08-001-042/2).

⁵⁷ Vgl. Anm. 59 und 60. Eine weitere Anfrage wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr gestellt.

das auch von italienischer Seite vorgetragen worden ist, daß ein einseitiges Vorgehen gegen die KPI-Außenstellen als eine Diskriminierung gesehen würde. Das heißt also, hier muß schon eine Gesamtkonzeption kommen, die auch radikale Ausländergruppierungen politischer Art aus anderen Wirkungsländern mit erfaßt, wenn hier tatsächlich außenpolitischer Schaden verhütet werden soll. Ich glaube, daß man das mit sehen muß.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß hier notwendig ist eine Konzeption zur Frage der politischen Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik, und zwar nicht nur für den radikalen Bereich, sondern auch für den übrigen Bereich. Hier gibt es sehr interessante Überlegungen, die der Innenminister von Rheinland-Pfalz⁵⁸ vorgetragen hat, mit denen man sich, wie ich meine, auseinandersetzen müßte, ehe man zu einem eigenen Meinungsbild kommt. Ohne eine Änderung im Bereich des Vereinsrechts und möglicherweise im Bereich des Ausländerrechts, wird man eine Konzeption für den Bereich wahrscheinlich nicht verwirklichen können. Das heißt, unsere Bemühungen müssen darauf gerichtet sein zu sehen, was die Regel verändert und in Zukunft in diesem Bereich getan werden kann.

Die Frage, die uns aktuell sehr viel intensiver beschäftigt, ist, welche Maßnahmen unterhalb der Verbotsschwelle zur Bekämpfung des Radikalismus möglich sind. Hier würde ich in allererster Linie auf die präventiven Maßnahmen verweisen. Ein ganz wichtiger Punkt ist, daß die Öffentlichkeit so vollständig und so instruktiv wie möglich über den Radikalismus informiert wird, daß hier nicht, wie das zur Zeit der Fall ist, verdünnte Berichte des Verfassungsschutzes vorgelegt werden, sondern daß wir mit den Berichten über die Tätigkeit des Radikalismus, die der Verfassungsschutz liefert, soweit es mit Geheimhaltung aus Gründen der Geheimhaltung überhaupt möglich ist, in die Öffentlichkeit gehen. Hier darf es also keine Tendenz in Richtung Verhandlungen geben. Erst in voller Kenntnis der Tätigkeit des Radikalismus wird es überhaupt möglich, in der Bevölkerung die notwendige Abwehrbereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Radikalismus zu schaffen.

Wir haben vorige Woche eine Kleine Anfrage eingebracht⁵⁹, die die Verfassungsschutzberichte für das Jahr 1971 betrifft, und die Bundesregierung danach gefragt, wie sie hier vorzugehen gedenkt. Die Berichte liegen inzwischen vor. Eine zweite Kleine Anfrage⁶⁰ haben wir eingereicht, die nach der Zahl der Mitglieder radikaler Parteien

58 Heinz Schwarz hatte vorgeschlagen, CDU-Arbeitskreise für die Probleme ausländischer Arbeitnehmer zu gründen, vgl. „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 25. Februar 1972 „CDU soll Gastarbeitern helfen“; „Trierische Landeszeitung“ vom 25. Februar 1972 „Gastarbeiterprobleme in CDU-Arbeitskreisen“. – Heinz Schwarz (geb. 1928), leitender Angestellter; 1947 CDU, 1952–1954 Landessekretär der JU Rheinland-Pfalz, 1955–1961 Bundessekretär der JU, 1961–1971 Vorsitzender des KV Neuwied, 1969–1980 Vorsitzender des BV Koblenz-Montabaur, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1971–1976 Innenminister, 1976–1990 MdB.

59 „Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogel und der Fraktion der CDU/CSU betr. Veröffentlichung der Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ vom 1. März 1972 (BT-Drs. VI/3228) sowie Antwort des Bundesministers des Innern vom 27. März 1972 (BT-Drs. VI/3299).

60 „Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogel und der Fraktion der CDU/CSU betr. Angehörig-

oder der politisch Radikalen im öffentlichen Dienst in den Ländern fragt. Die Zahlen für den Bund haben wir. Die haben wir im vorigen Jahr vorgelegt bekommen. Es ist damals in Aussicht gestellt worden, sie für die Länder nachzuliefern. Sie liegen bisher nicht vor. Wir wissen aus einzelnen Ländern, weil sie dort bekanntgegeben worden sind, wie die Zahl ist. Eine Gesamtübersicht aber fehlt, danach haben wir gefragt und ich hoffe, daß wir auch darauf eine Antwort bekommen.

Zur Frage der Radikalen im öffentlichen Dienst werden wir notgedrungen differenzieren müssen sowohl in der Frage „Zugang zum öffentlichen Dienst“ als auch „Verbleib im öffentlichen Dienst“, wenn bereits jemand drin ist, als auch in der Frage der Mitgliedschaft in einer radikalen Partei. (*Dregger*: Soweit wir differenzieren wollen.) Von der Rechtslage her müssen wir auch differenzieren, ich glaube, das sollten wir also gar nicht übersehen. Für den Zugang zum öffentlichen Dienst ist die Frage relativ einfach zu beantworten. In den öffentlichen Dienst kann nur jemand kommen, der die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Gewähr bietet derjenige nicht, Herr Dr. Dregger, bei dem Zweifel bestehen. Beim Eintreten begründet in der Tat die Mitgliedschaft etwa in der DKP oder auch in der NPD derartige Zweifel, ob dieser Bewerber für den öffentlichen Dienst jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Das heißt, er muß die Zweifel ausräumen, was ihm kaum je gelingen wird. (*Amrehn*: Wenn der Vorgesetzte auf Ihrem Standpunkt noch steht.) Herr Amrehn, ich komme zu der Frage gleich zurück, weil ich das für einen ganz wichtigen Punkt halte. Für die Frage „Verbleib im öffentlichen Dienst“ gibt es einmal die Frage, was passiert mit denjenigen, die verschwiegen haben, daß sie Mitglieder sind und so in den öffentlichen Dienst hineingekommen sind? Hier kann man unter dem Gesichtspunkt sich das einfach machen und wegen des Anstellungsbetruges durchaus disziplinarrechtlich vorgehen. Das ist nicht das Problem. (*Zwischenruf*: Was ist mit denen, die austreten, und im öffentlichen Dienst bleiben?) Auf die Frage komme ich. Es gibt diejenigen, die unter Mitwissen des Dienstherren Mitglieder radikaler Parteien, die sogenannten Altfälle, sind. Drauf darf man auch hinweisen, und das darf man nicht übersehen. Auch aus der Zeit unmittelbar nach dem Erlaß des Jahres 1950⁶¹ war dieser Erlaß zwar kämpferisch, in der Wirklichkeit aber nicht so befolgt worden, wie er nach seinem Willen hätte befolgt werden sollen. Das ist einfach eine tatsächliche Situation, die wir mit sehen müssen. Diese Altfälle können Sie auch disziplinarrechtlich heute nicht mehr greifen.

Und die dritte Fallgruppe, das sind diejenigen, die, nachdem sie Mitglieder im öffentlichen Dienst geworden waren, einer radikalen Partei beitreten. Wobei wir bei der DKP nicht übersehen dürfen, daß hier eine Sonderproblematik besteht. Es ging ja um die Frage, ob diese Partei nach Art. 21 verboten wird, sondern hier steht die Verfassungsfeindlichkeit fest. Der Bundesinnenminister hat ja selbst auch in der Öffentlich-

ge radikaler Organisationen im öffentlichen Dienst“ vom 7. März 1972 (BT-Drs. VI/3231).

Die Antwort des Bundesministers des Innern erfolgte am 7. April 1972 (BT-Drs. VI/3314).

61 Gesetz zur Regelung der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (BGBl. 1951 I S. 307). Vgl. auch Nr. 34 Anm. 22.

keit gesagt, aus Gründen der politischen Opportunität – ob da ein Wissensspielraum besteht oder nicht, will ich mal dahingestellt sein lassen – wird das Verbot nicht vorgenommen. Daß der Innenminister zuständig ist, ist klar. Hier kann also die Frage des Charakters der DKP und damit der Mitgliedschaft in der DKP überhaupt keine Frage unterschiedlicher Auffassung sein. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Mitgliedschaft allein nicht sehr viel löst, weil sie erstens austreten können, zweitens getarnt im öffentlichen Dienst auftreten können, und dann natürlich die Frage der Enttarnung sehr viel schwerer ist. (*Unruhe.*) Das darf man bei der ganzen Diskussion nicht übersehen. Nun hat sich der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz ergeben, und genau wie bei den Ostverträgen hat nunmehr der Kampf um die Interpretation dieses Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzt. Ich glaube auch, daß wir hier fordern sollten, daß wir hier bestmögliche Koordination zwischen den von uns regierten Ländern in dieser Frage anstreben, damit dieser Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz nicht nur einheitlich ausgelegt, sondern auch einheitlich angewandt wird. Hier sollte eine Feinabstimmung stattfinden auch mit den Führungsgremien der Partei und auch mit der Bundestagsfraktion, weil wir sonst unter Umständen die Situation – wir haben sie z. T. schon – bekommen, daß der eine gegen den anderen ausgespielt werden kann.

Im Bereich der Hochschulen und Schulen wird sicherlich von dem Gesamtbild berichtet werden. Herr Blüm wird sicherlich den Bereich der Betriebe ansprechen. Ich möchte auf den Bereich Bundeswehr nur ganz kurz hinweisen. Hier gibt es den Jahresbericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 1971.⁶² Es lohnt sich, diesen Jahresbericht durchzulesen und etwas über die interne Situation der Bundeswehr zu erfahren.

Darf ich ganz kurz ein Problem ansprechen, das in der Auseinandersetzung mit der SPD eine Rolle gespielt hat? Das ist der Hinweis von Herbert Wehner, daß der Art. 18 GG die einzige und die ausreichende Handhabung zum Vorgehen gegen einzelne Radikale biete.⁶³ Erstens ist es nicht richtig, und die ganze Entwicklungsgeschichte zeigt, wenn es richtig wäre – ich will das nur ganz kurz andeuten –, würde das bedeuten, daß die Bundesrepublik Deutschland weniger Bekämpfungsmittel gegen den Radikalismus hätte als die Weimarer Republik. Von der ganzen Anlage und Konzeption unserer Verfassung her kann das nicht das richtige Ergebnis sein. Das zweite ist, daß dieses

62 Jahresbericht des Wehrbeauftragten Fritz-Rudolf Schultz vom 29. Februar 1972 (BT-Drs. VI/3232). Vgl. „Die Welt“ vom 11. März 1972 „Die Bundeswehr ist im vergangenen Jahr zum Kampffeld extremer politischer Anschauungen geworden“; „Bonner Rundschau“ vom 11. März 1972 „Die Disziplin läßt nach“. Die Debatte im Bundestag erfolgte am 14. April 1972 (Sten.Ber. 6. WP 181. Sitzung S. 10522–10538).

63 Art. 18 GG lautet: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), das Eigentum (Art. 14) oder das Asylrecht (Art. 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“ – Zur Stellungnahme Wehners in „Augsburger Allgemeine“ vom 21. Januar 1972, vgl. Nr. 21 Anm. 6.

Verfahren nach Art. 18 sich als ein völlig unpraktikables herausgestellt hat. Zuständig ist das Bundesverfassungsgericht. Es hat bisher zwei Verfahren gegeben. Ein Verfahren ist im Sande verlaufen, von dem berichtet Friesenhahn.⁶⁴ Das hat über Jahre dort geschlummert und ist dann im Sande verlaufen. Das zweite ist das zur Zeit anhängige gegen Dr. Frey⁶⁵, und hier sehe ich auch noch nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Also diese Argumentation mit Art. 18 ist der Versuch, den linken Kräften innerhalb der SPD, mit denen man hier in dieser Frage in Kollision gerät, beizustehen mit einer schein-verfassungsrechtlichen Argumentation. Das geht nicht. Ich habe mich dazu geäußert in einem DUD-Artikel.⁶⁶ Ich möchte das nicht vertiefen und möchte eigentlich an dieser Stelle auch meine ergänzenden Ausführungen, die doch etwas länger geraten sind, abbrechen. (*Beifall*)

Blüm: Mein Bericht beschränkt sich auf die Situation in Betrieben und Gewerkschaften. In einer Vereinfachung des Kräfteverhältnisses in diesen beiden Bereichen kann von einem Dreiecksverhältnis gesprochen werden. Von einem Dreiecksverhältnis zwischen Extremisten, Sozialdemokraten und uns selber. Über unsere Position brauche ich in dem Zusammenhang nichts zu sagen. Die dürfte bekannt sein.

Die Position der Sozialdemokraten stellt sich aus dem Blickwinkel des Betriebes als gespalten dar. Einerseits zeigen sich Sozialdemokraten doch für die Leute im Betrieb sehr etabliert, sehr satt, wenn nicht sogar verfettet. So stellt sich der rechte Flügel der Sozialdemokraten dar, von dem hier schon mal gesprochen wurde, aus dem Blickwinkel des Betriebes. Der zweite Teil, zu dessen Spitzen gehört der andere Teil der Sozialdemokraten. Die Jusos haben im Betrieb etwa Zugangssperren, da sie nicht die Sprache des Betriebes sprechen, jedenfalls in ihrer offiziellen politischen Verlautbarung. Man muß sehen, daß es in Betrieben und Gewerkschaften so gut wie keinen Rechtsextremismus gibt, Ausnahme – davon hat Herr Vogel schon gesprochen, das würde ich nicht übersehen – bei den Ausländern. Die Ausländer sind die Arbeitnehmergruppen, die von beiden Extrempositionen her gefährdet sind. Ich spreche jetzt nur von den Arbeitnehmern. Für die inländischen Arbeitnehmer gibt es sicherlich eine Gefährdung durch Linksextremismus, aber für die Ausländer von beiden Seiten. (*Kohl:* Im

64 Dr. Ernst Friesenhahn (1901–1984), Jurist; 1939–1946 Rechtsanwalt, 1946–1970 o. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bonn, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht. – Am 28. April 1952 stellte Bundesinnenminister Robert Lehr vor dem Bundesverfassungsgericht einen Antrag gegen Otto Ernst Remer auf Verwirkung der Grundrechte nach Art. 18 GG. Vgl. FAZ vom 3. August 2004 „Remers Nachkrieg“.

65 Dr. Gerhard Frey (geb. 1933), Verleger; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1956 Promotion, 1958 Gründung des Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH, 1959 Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen Soldaten-Zeitung (später Deutsche National-Zeitung), 1975–1979 Mitglied der NPD, 1987 Gründer und Vorsitzender der Deutschen Volkunion (DVU). – 1969 beantragte der damalige Bundesinnenminister Benda vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren gegen Frey nach Art. 18 GG wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit. 1972 war das Verfahren noch nicht eröffnet worden, 1974 wies das Bundesverfassungsgericht den fünf Jahre alten Antrag ab. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 25. Januar 1972 „Beratung über Verfahren gegen Frey“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Juli 1974 „Nicht mehr gefährlich“.

66 Vgl. DUD Nr. 17 vom 25. Januar 1972 S. 1–4 „Auf dem linken Auge blind“.

öffentlichen Dienst auch nach rechts. Man sieht es bei den amerikanischen Streitkräften, deutsche Arbeitnehmer.) Diese Anfälligkeit der Gastarbeiter im Unterschied zu ihren deutschen Kollegen scheint mir ein Ergebnis mangelnder Integration zu sein. Hier wiederum sehe ich eine Aufgabe auch für die CDU.

Nun, wenn man über diesen Linksextremismus spricht, tut man gut daran, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Ich bin auch nicht in der Lage, Ihnen nun den ganzen Katalog möglicher Spielarten des Linksextremismus vorzuführen. Ich würde allerdings davor warnen, diese Spielarten alle nur als Variation eines Themas zu betrachten. Es gibt höchst bedeutsame inhaltliche Unterschiede, die man auch in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus beachten muß, wenn man nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg schießen soll. Ich will zunächst mal von den Gemeinsamkeiten sprechen, die so etwas wie einen Hauptnenner bilden. Alle Schattierungen zeichnen sich aus durch eine ungeheuere Basisnähe, jedenfalls gemessen an der Arbeit der Gruppen. Basisnähe, d.h. Engagement am Arbeitsplatz auch für die kleinen Sorgen und Nöte des Arbeitnehmers. Das ist neu, insofern es von Gruppen betrieben wird, die von außen kommen. Ich glaube, wir sehen die Gefahr zu gering, wenn wir noch annehmen, die studentischen Gruppen, ein Teil der studentischen Gruppen, die auf den Betrieb Einfluß nehmen, würden ihre Fehler von vorgestern wiederholen. Die Fehler bestanden nämlich darin, daß sie sozusagen als Lehrer aufgetreten sind, als Wegweiser. Dieser faktische Fehler ist inzwischen korrigiert. Sie haben sehr viel mehr Anpassung. Dieses Engagement am Arbeitsplatz wird verstärkt durch eine Fülle von Betriebszeitungen, man schätzt ihre Zahl in der Bundesrepublik auf 800, mit einer Auflage bis z. T. 150.000. Auch diese Betriebszeitungen zeichnen sich aus durch eine geschickte Mischung zwischen großer Politik und Problemen des Betriebes. Sie sind in einer z. T. primitiven Sprache gesprochen, was nicht der Denkweise der Erfinder entspricht, sondern was ich auch als ein Beispiel geschickter Anpassung bezeichne, z. T. – das haben wir jedenfalls festgestellt – von Autoren, die bewußt Druckfehler und Schreibfehler und grammatische Fehler verwandt haben, um ihre Identifikation mit den Proleten gesteigert zum Ausdruck zu bringen.

Wenn ich Hauptnenner finden soll, dann auch dafür in der Sprache derjenigen, die diese Betriebszeitungen und das Propagandamaterial verfassen. Der Hauptangriffspunkt ließe sich zusammenfassen: Gegen die Bonzen im Unternehmen, in den Parteien, im Staat. Und damit verbunden ist die Mobilisation von Gefühlen und Emotionen. Zielgruppen – auch das immer noch unter der Überschrift „Gemeinsamkeiten“ – sind die aktiven Gewerkschafter, also nicht diejenigen, die sich nicht organisiert haben, sondern der politisch bewußte Teil der Arbeitnehmerschaft. Zielgruppen sind die Ausländer. Als Zielgruppe Nummer 3 würde ich die Jugend bezeichnen. Ich lege es allerdings noch mal drauf an zu spezifizieren, unter dem Vorbehalt, daß es uns nicht gelingt, jeden Fall zu treffen, und diese ganze differenzierte Landschaft hier zu schildern. (*Unruhe*)

Offensichtlich unterschiedliche Strategien hat, was das Erreichen der Arbeitnehmerschaft angeht, einmal die DKP. Ihre Strategie ließe sich umschreiben als Umarumtastaktik der SPD, besonders an die Adressaten Jusos gerichtet, die diese Strategie

ja sehr beherrschen, die ein Musterbeispiel für den Marsch durch die Institutionen betreiben, auch bei den Gewerkschaften. Die zweite Gruppe steht auch nur stellvertretend für mehrere Möglichkeiten. Das wäre die Gruppe KPD/ML. Hier scheint mir die Taktik und Strategie nicht mit Umarmung zu beschreiben zu sein, sondern mit Konfrontation. Konfrontation mit den Gewerkschaften, mit den Parteien. Ihnen geht es nicht darum, eine Massenbasis zu erobern, Masseninstitutionen zu erobern, sondern ihnen geht es darum, im Sinne von Kadern die strategisch wichtigen Positionen in den Griff zu bekommen.

Die politische Auseinandersetzung, die von dieser Seite geführt wird, geht zunächst einmal direkt um die Probleme des Betriebes, zum zweiten um Lohndiktat – Schiller scheint mir Adressat der Angriffe zu sein – und gegen die Ostverträge. Das ist keine Überraschung, weil die Ostverträge als eine Politik der Unterdrückung und der Ausplünderung anderer Völker angesehen werden. Das war ein Zitat. Die Anpassung dieser Gruppe geht so weit, daß wir feststellen konnten, wenn es auch keine Massenbewegung ist, daß immerhin studentische Gruppen, als Arbeiter getarnt, im Betrieb arbeiten, am Fließband antreten. Ich würde also das Engagement dieser Gruppe als Idealismus, ich verwende das Wort Idealismus nicht zufällig, bezeichnen. Ich glaube, die SPD wird nur überleben in dieser Auseinandersetzung und sich sowohl der Umarmung nur entziehen können wie auch der Konfrontation widerstehen, wenn sie begreift, daß es so etwas geben muß wie eine Solidarität der Demokraten, von der auch Herr Dregger heute morgen schon einmal gesprochen hat.

Die finale Probe für die Gewerkschaften sind die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Ich vermag nicht abzusehen, und ich wage keine Prognose zu stellen, wie das im einzelnen ausgehen wird. Die Gewerkschaften werden sich von ihrer parteipolitischen Fixierung auf die SPD lösen müssen, wenn sie den Kampf mit den Extremisten bestehen wollen. Sie werden sich nicht lösen müssen uns zuliebe, sondern sie werden sich lösen müssen, wenn sie diesen Kampf bestehen wollen. Ich halte das für einen Anknüpfungspunkt möglicher Solidarität zwischen christlichen Demokraten und Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Diesen Gedanken will ich sehr stark herausstellen. Hier muß geradezu an den Egoismus deutscher sozialdemokratischer Gewerkschaft appelliert werden. Hier geht es nicht darum, nur eine gute Tat zu vollbringen, uns gegenüber eine Wohltat an den Tag zu bringen, sondern hier geht es darum, ob die Gewerkschaften in der Tat ihre Rolle erfüllen können.

Zweitens, ich sehe eine Schwächung der Gewerkschaften an der Basis. Auch hier werden sie einiges aufholen müssen, wenn sie der Auseinandersetzung gewachsen sein wollen. Ich erinnere an solche Phänomene wie Hoesch⁶⁷, die ja sicherlich nicht darauf zurückzuführen sind – wie Herr Dregger schon sehr richtig gesagt hat – daß die Kommunisten sehr aktiv waren, sondern daß da eine Stelle leer gelassen wurde von den Gewerkschaften selber. (*Starke Unruhe.*) Ich halte das für sehr wichtig im Zusammen-

67 Am 14. Januar 1972 hatten 8.000 Arbeiter von Hoesch bei einer Protestdemonstration in Dortmund eine Lohnerhöhung von 10 % gefordert, während die Große Tarifkommission nur 6 % verlangte (vgl. DKP bezirk ruhr-westfalen vom 22. Januar 1972).

hang mit unserer Vorlage zur Betriebsverfassung, in der wir sehr stark den Gedanken der Einzelrechte der Arbeitnehmer herausgestellt haben, daß wir sehr stark die Arbeit der Arbeitsjugendsprecher in die Auseinandersetzung gebracht haben. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Es wäre schrecklich, wenn nur die Extremisten ein radikales Engagement an den Tag legen würden, und wenn die gemäßigten Kräfte ein gemäßigtes Engagement im Betrieb und in den Gewerkschaften zeigten. Unter dieser Vorstellung haben wir den Kampf verloren, bevor er überhaupt begonnen hat. Ich verwende deshalb mit Vorliebe im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung die Bezeichnung Extremisten, die gewöhnlich als Radikale bezeichnet werden. Was das Engagement für Demokratie anbelangt, was das Engagement auch in Betrieben im Interesse der Arbeitnehmer anbetrifft, ist diese Auseinandersetzung nicht mit Schlagworten zu führen. Diese Auseinandersetzung muß differenziert, muß inhaltlich geführt werden. Es muß die Frage gestellt werden: „Wie hältst Du es mit dem Parlamentarismus?“, „Wie hältst Du es mit der Institution des Betriebsrates?“, „Wie hältst Du es mit der Institution des Streikrechtes?“, „Wie hältst Du es mit der Gewalt?“ Ich glaube, das sind Punkte, die in der Arbeitnehmerschaft diskutiert werden, während doch der Schlagabtausch in den höheren Rängen der Schlagworte über die Köpfe hinweg führt, zumal sich an diese Schlagworte mehr anschließt als ein Theoretisieren, was sehr abstrakt ist. Daß dieses Engagement nicht aussichtslos ist, würde ich an unseren eigenen Erfolgen messen. Wir stellen in einer Reihe von Betrieben, in denen wir noch nicht einmal die Mehrheit haben, die Betriebsratsvorsitzenden. Wir stellen den Betriebsratsvorsitzenden in mehreren Großbetrieben. Und wir stellen den nicht, weil der besonders fromm war. (*Kohl: Das schließen wir aber nicht aus! – Unruhe und Diskussion.*). Ich erwähne beispielsweise hierfür das Saba-Werk in Villingen mit einem Betriebsratsvorsitzenden⁶⁸, der der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft angehört, und der sich dadurch ausgezeichnet hat, daß er sich engagiert hat. Selbst im Kohlen-Pott haben wir in Zechen Betriebsratsvorsitzende, die Betriebsräten vorsitzen, die keineswegs eine christlich-demokratische Mehrheit haben. Kaiserslautern, um ein weiteres Werk zu nennen, ich könnte noch die Reihe vervollständigen, aber das ist sicherlich nicht so interessant.

Zu den Betriebsratswahlen selber. Ich sagte schon, daß die Auseinandersetzung nicht abgeschlossen ist, nur der Stand der Entwicklungen. Ich sehe an keiner Stelle, daß wir unsere Position verschlechtert hätten. An einigen Stellen wird noch gekämpft, aber der Kampf, der für uns im Moment interessant ist, ist der Kampf innerhalb der Sozialdemokraten selber. Nämlich der Kampf, ob sich ein linker Flügel der Sozialdemokraten mit den Extremisten verbindet oder ob es im Sinne auch der Gewerkschaften – und an deren Selbstinteresse müßte appelliert werden – gemeinsame Listen der Demokraten gibt. Ich kenne einige Großbetriebe, wo sich schon jetzt absehen läßt, daß unsere Position sich verstärken wird, beispielsweise bei den Farbwerken in Hoechst, bei Mannesmann, bei Ford sehr schwach, aber immerhin auch dort eine Verbesserung, Thyssen. Wir haben also allen Grund, nicht pessimistisch zu sein für die

68 Nicht ermittelt.

Betriebsratswahlen, und da habe ich zu danken der Partei, daß es so etwas gibt wie eine Rückenstärkung. Diese Rückenstärkung hat sich gezeigt auf der Betriebsrätekonferenz in Offenburg. Ich würde schon meinen, daß das als eine Geste verstanden wurde, daß sehr viele Präsidiumsmitglieder in Offenburg waren.⁶⁹

Dazu zählen auch die verschiedenen Regional-Konferenzen der Parteien, dazu zählt auch, daß in den Publikationen der CDU das Thema Betriebsratswahlen zu einem Thema geworden ist, wobei es eine Gefahr für uns gibt. Wir dürfen bei all unseren Anstrengungen nicht den Eindruck erwecken, als würden wir unser eigenes Verlangen Lügen strafen, nämlich das Verlangen nach parteipolitischer Neutralität. Aber es dreht sich dabei um die parteipolitische Neutralität des Betriebsrates, die wir verlangt haben. Wir waren nie Träumer, die glauben, im Betrieb wird keine politische Sprache gesprochen, und im Betrieb würde diese Auseinandersetzung nicht geübt. Dafür haben wir einige Hilfen zur Verfügung gestellt: einen Betriebsinformationsdienst⁷⁰, der die aktuelle Auseinandersetzung begleitet, ein Stichwortverzeichnis für die Mund-Propaganda.

Es dreht sich nicht nur um diese gezielte parteipolitische Hilfe, sondern es dreht sich auch darum, daß unsere Leute im Betrieb auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb habe ich es für gut befunden, daß gerade wir auch mit in die Arena gegangen sind, mit Hilfen zur Stellung der Betriebsratswahl. Wir sollten appellieren, daß sich möglichst viele Arbeitnehmer für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, und der Appell sollte schon aus paritätischen Gründen auch an die Arbeitgeber gerichtet werden, die der CDU angehören, daß sie überall dort, wo sie Verantwortung tragen, sich der Einrichtung von Betriebsräten nicht sperrend in den Weg stellen. Auch das wäre ein Angebot für die Praxis. (*Beifall.*)

Barzel: Ich danke dem Kollegen Blüm wie dem Kollegen Dregger. Herr Langguth, ich beschränke mich jetzt darauf, Ihnen erstmal Glückwunsch zu sagen zur Wiederwahl in Paderborn⁷¹ (*Beifall.*) und werde Ihren Bericht nachmittags als ersten auf die Tagesordnung setzen. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Vorstand bis zu der vorgesehenen Zeit zusammen wäre. Wir haben eine Entscheidung zu treffen in der Frage der DKP. Und wenn alles auf dem Tisch liegt, wollen wir dann mal uns an die Entscheidung herantasten. Eine Entscheidung, die wichtig ist, auch für den Zusammenhalt mit unserer Schwester- oder Bruderpartei, wie immer man diese bezeichnen möchte.

Filbinger: Darf ich eine Frage stellen an den Kollegen Blüm, vielleicht auch an die anderen Herren und Damen Kollegen? Die Betriebsratswahlen standen ja – besonders von der CDU aus gesehen – unter dem Aspekt des Betriebsverfassungsgesetzes und

69 Anwesend waren u. a. Helmut Kohl, Walther Leisler Kiep, Kai-Uwe von Hassel, Helga Wex und Konrad Kraske, vgl. „Soziale Ordnung“ Nr. 3 vom 30. März 1972. Hans Filbinger sprach ein Grußwort. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 24.

70 Im Januar 1972 veröffentlichte die Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der CDA einen Leitfaden zur „Betriebsratswahl '72“ (ACDP Dokumentation 2/201/36–0). Außerdem erschienen von 1972 bis 1977 die „Betriebs-Informationen“ der CDA.

71 Auf der 22. Delegiertenversammlung des RCDS vom 2. bis 5. März 1972 in Paderborn wurde Langguth in seinem Amt als RCDS-Vorsitzender bestätigt.

dem Kampf darum. Und jetzt wurde uns hier Himmel und Hölle heiß gemacht hier in Baden-Württemberg. Die Einstellung der CDU zum Betriebsverfassungsgesetz habe auf unsere Landtagswahl, und schon auch auf die Betriebsratswahl negative Folgen. Nun sind wir ja der Meinung, das haben wir auch offen dort ausgesprochen, daß die CDU wesentliches getan hat zur Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes, und daß es legitim war, daß wir auch in der letzten Phase gekämpft haben, auch im Bundesrat noch um diese sieben Punkte Verbesserungen, die die Bundestagsaktion zunächst aufgenommen hatte, dann aber damit nicht durchkommen konnte.⁷² Ich wäre sehr dankbar einmal für die Mitteilung von Ergebnissen auch zur Nachbereitung oder über die Stimmungslage, die insoweit besteht. Konkret droht eine Gefahr. Deshalb wäre es geboten, daß wir in diesem Wahlkampf uns an die Arbeitnehmer wenden, mit einer ganz besonderen Vertiefung unserer Aktivität in bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz.

Barzel: Meine Damen und Herren, kommen wir zum Bericht von Herrn Langguth.

Langguth: Der doktrinäre Kommunismus ist eindeutig auf dem Vormarsch. Das kann man überall sehen, daß der Spartakus fast überall – auch in Betrieben – sehr gut funktionierende Gruppen hat, mit einer teilweise erstaunlichen Mitglie­derzahl. Das kann man auch nachweisen ... (*Barzel:* Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, ich bitte Sie um die Liebenswürdigkeit Ihres Gehörs für den Kollegen Langguth!). Es fand am zurückliegenden Wochenende eine Mitgliederversammlung des VDS statt, wo sich eine völlige Arbeitsunfähigkeit dieses studentischen Dachverbandes herausgestellt hat⁷³. Es hat sich herausgestellt, daß infolge der ideologischen Zerstrittenheit und auch kleinbürgerlicher Machtkämpfe und auch einer politischen Degeneration innerhalb der Linken das Ganze nicht mehr war als eine Schmierkomödie völliger Unfähigkeit, um es ganz klar auszudrücken. Zur Sozial- oder Hochschulpolitik wurden praktisch keine Ausführungen gemacht. Es ging da letztlich nur um die Macht, welche politische Gruppe den Einfluß innerhalb der Studentenschaft innehat. Ich möchte berichten, daß allerdings innerhalb des VDS die doktrinärkommunistischen Gruppen zur Zeit in der Minderheit sind. Das ist eine andere Entwicklung, wie sie noch vor einem Jahr gewesen ist. Das hängt mit der Situation des sogenannten Sozialdemokratischen Hochschulbundes zusammen, daß sich nämlich im Sozialdemokratischen Hochschulbund zwei Fraktionen gebildet haben. Eine Mehrheitsfraktion, die klar als DKP-Fraktion zu bezeichnen ist, eine Minderheitenfraktion, die sich versteht als eine sozialistische Fraktion, die teilweise maoistisch, trotzkistisch und was weiß ich nicht noch alles ist. Diese Minderheitenfraktion hat sich innerhalb des VDS wiederum auf

72 2. und 3. Beratung der Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. VI/1806) und der Regierung/(BT-Drs. VI/1786) zum Betriebsverfassungsgesetz am 10. November 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 150. Sitzung S. 8586–8673. Zur 7-Punkte-Grundsatz­erklärung der Union vgl. UiD Nr. 44 vom 10. November 1971 „Koalition vermindert Recht des Arbeitnehmers“.

73 Die 24. VDS-Mitgliederversammlung vom 9. bis 13. März 1972 in Bonn wurde am 13. März 1972 wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 11. März 1972 „Politische Spannungen rütteln am VDS-Gebälk“; „Welt am Sonntag“ vom 12. März 1972 „VDS-Streit um linke Ideologien“.

die Seite der Marxisten gestellt. Aber zum Ergebnis des VDS nur in aller Kürze das: Es konnten nicht einmal Neuwahlen durchgeführt werden, weil der Spartakus und die SHB-Mehrheitsfraktion ausgezogen sind. Dadurch wurde es unmöglich, daß ein neuer Vorstand zustandekommen konnte, und jetzt ist der alte sozusagen DKP-Vorstand weiterhin im Amt.

Zum Sozialdemokratischen Hochschulbund noch eine Anmerkung: Wir hatten einen Prozeß mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund.⁷⁴ Das Ergebnis war ein Vergleich, der dem RCDS nach wie vor gestattet zu behaupten, der SHB wäre fortschreitend kommunistisch unterwandert und leiste aktive Wahlkampfunterstützung für die DKP. Wir konnten ferner nachweisen, daß zumindest bis März 1971 Doppelmitgliedschaften für die DKP und Spartakus bestanden haben (*Barzel*: Hörst, hörst!), daß es eine ganze Reihe von gemeinsamen Terminen der DDR mit Spartakus und SHB waren, nämlich Schulungsseminare. Ich nenne diesen Punkt bewußt, weil von der Seite der Sozialdemokratischen Partei zwar die Finanzmittel gesperrt wurden, auch wenn ich höre, daß z.B. in Münster aus anderen Kanälen wieder Geld für den SHB kommt, z.B. über Gewerkschaften. Vielleicht sollten wir Herr Katzer und Herrn Dr. Blüm bitten, bei den Gewerkschaften vorzufühlen, um eben zu verhindern, daß eben diese Gruppe über die Gewerkschaften finanziert wird. Aber der Sozialdemokratische Hochschulbund kann nach wie vor mit dem Namen Sozialdemokratisch an den Hochschulen hausieren gehen, obwohl er im weitesten Sinne des Wortes keine sozialdemokratische Politik mehr betreibt. Es wäre sehr wichtig, daß man in Diskussionen von seiten der CDU die SPD auffordert, sich klar zu äußern zum Sozialdemokratischen Hochschulbund, denn der Normalstudent ist total identifiziert mit der SPD. Wir müssen ganz klar sagen, die SPD hat ein nicht nur intellektuellenfreundliches, sondern vor allem auch ein sehr studentenfreundliches Image, ob berechtigt oder unberechtigt, das sei in diesem Zusammenhang dahingestellt. Das heißt, von seiten der CDU muß die SPD gezwungen werden, sich vom SHB zu distanzieren und, wenn möglich, dem SHB den Namen „Sozialdemokratisch“ zu entziehen. Aber auch das spricht für die interne Situation der SPD, die, soweit mir bekannt ist, bereits schon seit zwei Jahren ernsthaft sich bemüht, diesem Verband den Namen „Sozialdemokratisch“ zu entziehen. Aber der gemäßigte Flügel innerhalb der SPD wird in diesem Bemühen immer schwächer; bestimmte linke Kräfte innerhalb der SPD leisten eben dem SHB zu viel Hilfe.

74 Der SHB hatte eine einstweilige Verfügung gegen den RCDS wegen des am 14. Januar 1971 veröffentlichten Flugblatts „Der SHB – nützlicher Idiot (Lenin) der DKP“ eingereicht. Die einstweilige Verfügung des Bonner Landgerichts gegen die Wiederholung der Anschuldigungen wurde in der mündlichen Verhandlung nicht bestätigt. Vgl. das Flugblatt des RDCS-Bundesvorstands „SHB unterstützt DKP“; Prozeßunterlagen in ACDP 01-365-K035. – Der Sozialdemokratische Hochschulbund wurde 1960 in Bonn gegründet und existierte bis 1992. 1973 erfolgte die Umbenennung in Sozialistischer Hochschulbund, nachdem die SPD sich von der Organisation distanzierte und ihr das Tragen des Titels „sozialdemokratisch“ gerichtlich untersagen ließ. Vgl. Willy ALBRECHT: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund. Bonn 1994.

Ich möchte vielleicht noch zur Gesamtsituation sagen, den Hochschulverband der FDP gibt es praktisch nicht mehr, so daß man momentan davon ausgehen kann, daß der einzige politisch nennenswerte Verband der RCDS ist. Das ist interessant für die gesamte politische Entwicklung innerhalb der Studentenschaft. Zum Image des RCDS darf ich aus einer neuesten Veröffentlichung des VDS⁷⁵ drei Sätze vorlesen, nur damit Sie den Stil der Agitation sehen. Dort heißt es: „Neben dem RCDS weist sich schließlich der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ immer häufiger als organisatorischer Kern auf den rechten studentischen Gruppen aus. Diese haben besonders durch den RCDS, der seit dem CDU-Parteitag mit voller Unterstützung der Barzel und Co. arbeitet, ganz offen ihre antidemokratische Politik der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, der Beitragsverweigerungskampagne, ihre Gerichtskampagne gegen den VDS mit besonderer Heftigkeit fortgesetzt. Dabei kollaborieren sie immer offener mit den reaktionärsten Kreisen der CDU und CSU und der Monopole, haben ihr scheinfortschrittliches Mäntelchen fallengelassen und hoffen auf diese Weise den großen Rechtsputsch an den Hochschulen zustande zu bringen.“

Man arbeitet mit Parolen, die demokratischen Kräfte, die an Hochschulen sind, in das Rechtskartell zu überführen, indem man sagt, der RCDS ist Handlanger der Monopole, Kampfstier der herrschenden Klasse, oder zumindest doch sehr retrofaschistoid. (*Zwischenruf: Das ist neu! Das geht so schnell, ja. – Starke Unruhe und Gelächter.*)

Diese ganzen Formulierungen haben offensichtlich in der Studentenschaft durchaus eine gewisse Resonanz gefunden. Wir sollten uns bitte nichts vormachen. Wenn man zehn, fünf Jahre studiert, tagtäglich eine Propaganda erlebt, die aufzeigt, die CDU ist die Partei der Superreichen, hinterläßt das eine klare Wirkung. Wir werden total mit der CDU identifiziert. Das ist eine nüchterne Erkenntnis, das ist Schicksal, aber auch Vorteil. Es hat den Nachteil, wenn man so will, daß wir höchstens 25 bis 30 % der Stimmen in Universitäten bekommen können, weil die CDU kein studentfreundliches Image besitzt, aus Gründen, über die man vielleicht später diskutieren müßte. Das zurückliegende Semester hat für demokratische Gruppen insgesamt an Hochschulen aber auch erfreuliche Tendenzen gezeigt. Ich will auf München verweisen, wo der RCDS von sechs auf 17 Sitze hochgekommen ist, oder auf Göttingen, von zwei auf 14, wo wir knapp 30 % der Stimmen bekommen haben. Ich könnte auch eine Reihe weiterer Hochschulen nennen.

Aber das Miserable unserer Situation ist, daß es praktisch keine Koalitionspartner für den RCDS gibt. Das Miserable besteht z. B. darin, daß es eine Deutsche Studentunion gibt, die vor einigen Jahren mit Hilfe der CDU aus der Taufe gehoben wurde, und die z. B. in Köln mehr oder weniger in Form einer Aktionseinheit mit dem Spartakus agiert und in Kiel jedenfalls sehr starke linke Tendenzen aufweist und in Mainz, die ebenfalls ähnliches zeigt.

Das heißt, man versucht den RCDS, den man eben identifiziert mit der CDU, klar in das rechtsradikale, rechtskonservative Fahrwasser abzudrängen. Ich will hier nur

75 Nicht ermittelt.

mal eine Überschrift eines Flugblattes aufzeigen: „Strauß, Barzel, Dregger, Verfassungsschutz und der RCDS“. Das war die einzige Überschrift. Das nur zu der Art und Weise, wie man vorgeht, und wie man auch Politiker der CDU denunziert und dann das Ganze überträgt auf den RCDS.

Innerhalb der Studentenschaft ist ein erstaunlicher Rückgang des Antikommunismus vorhanden. An dessen Stelle ist ein modischer und unreflektierter Pro-Sozialismus getreten. Wir müssen sehen, daß gerade die DKP im Bereich der Jungwähler jetzt daher eine ganze Reihe von Erfolgen hatte, wenn man die Wahlergebnisse anschaut.

Wir können feststellen, daß an Universitäten im zurückliegenden Semester auch ein paar Akte der Gewalt gewesen sind, eben die Auseinandersetzung gegen die sogenannte Staatsgewalt, und wir können von einer ganzen Reihe von Beispielen berichten, wie man gegen eigene Kommilitonen vorgegangen ist. (*Unruhe*.) Aber was noch vielleicht sehr viel schlimmer ist: der Informationsvorsprung, den die linksradikale Seite dadurch hat, daß sie den Apparat in der Hand hat, Informationen hat und telefonisch permanent erreicht werden kann. Aufgrund dessen wird innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Veränderung der politischen Situation an den Hochschulen nicht erreichbar sein. Dazu kommt, daß im Bereich der Politikwissenschaften oder Soziologie eine Indoktrination von vornherein in Form von Tutorien erfolgt. Es ist für politische Gruppierungen wie den RCDS ungeheuer schwierig, hier aufzutreten, weil wir eben keine emotionalisierende Ideologie haben und haben wollen wie die linksradikale Seite.

Ein paar Anmerkungen noch dazu, welche Möglichkeiten der Abhilfe eventuell bestehen können. Von einem Ordnungsrecht erwarte ich mir nicht allzu viel. Denn wir müssen davon ausgehen, daß eine erstaunliche Rechtsunsicherheit an Universitäten bereits vorhanden ist. Normalerweise sind Tutoren nicht mehr bereit, ihre Verpflichtung zur Rechtsaufsicht nachzukommen. Wenn man sich den verspäteten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz ansieht, dann stellt man fest, daß die Aufklärung über radikale Organisationen insgesamt praktisch nicht geschieht, auch dort nicht, wo die CDU in den Ländern sitzt und eine entsprechende Aufklärungsarbeit machen könnte durch ihre Landesämter für Verfassungsschutz. Aber vielleicht stimmt das nicht, was ich sage.

Zur Frage des Verbots der DKP. Ich glaube, daß wir langfristig um ein Verbot der DKP nicht herumkommen können. Denn es ist einfach so, daß innerhalb der jüngeren Generation klar argumentiert wird, wir müssen eine Partei voll respektieren, auch was die Frage des öffentlichen Dienstes angeht, solange sie nicht verboten ist. Was ferner machbar wäre, wäre, daß die CDU in den Ländern ein Wahlrecht für die Wahlen im Studentenparlament schafft, das es uns – gerade den demokratischen Gruppen – besser als bisher ermöglicht, ihr Stimmenpotential auszuschöpfen.

Wichtig wäre, daß von seiten der CDU stärker auf das Problem SHB hingewiesen wird, und daß man eben die SPD hier in die Defensive zwingt, da könnte für uns zur Zeit nicht sehr viel Besseres passieren. Ferner wäre wichtig, das ist mit ungeheuren Finanzmitteln verbunden, einmal eine detaillierte Meinungsumfrage innerhalb der Studentenschaft herzustellen. So lange keine genauen Untersuchungen existieren, z. B.

auch über das Image der CDU, über Möglichkeiten, wie die CDU im Bereich der späteren Intellektuellen sich besser darstellen kann, so lange wird die CDU auch nicht sehr viel erreichen können. Was das Verhältnis der CDU insgesamt zu den Intellektuellen und derzeit den Studenten angeht, hat Ministerpräsident Kohl vorhin angeboten, die Angelegenheit zu forcieren. Ganz wichtig wäre mir, daß man eine Aktivierung der Professoren und auch der Assistentenschaft vornimmt. Die ganze linksradikale Bewegung hätte niemals in diesem Ausmaß vorkommen können, wenn von seiten der Professorenschaft ein Engagement vorhanden wäre. Ich finde, es sollten Vorstellungen von seiten der Bundesgeschäftsstelle der CDU kommen, z.B. Hochschulbeauftragte der CDU einzurichten. Der RCDS wird von seiten der CDU, und zwar nicht auf Bundesebene, um das gleich zu sagen, sondern was die lokale Ebene angeht, ziemlich im Stich gelassen. Und zwar auch finanziell, ich könnte Ihnen Trauerbeispiele nennen, mit wie wenig Geld Einzelgruppen auskommen müssen, ohne Hilfe, teilweise ohne Raum. Das heißt, wir müßten auch versuchen, mehr Junge Union- und CDU-Leute in den RCDS hineinzubekommen und dort zu engagieren.

Ich hatte ja auf der letzten Vorstandssitzung schon berichtet von unserer Aktion, daß wir über 6.000 Studenten angeschrieben haben, die Mitglieder der CDU sind. Inzwischen sind es ca. 205 Antworten, die gekommen sind, von ca. 6000. Ein Großteil derjenigen ist bereits nicht mehr Student. Ein Großteil der Antworten sind auch RCDS-Leute, so daß also das Ergebnis dieser 6.000 Briefe unbefriedigend ist.

Und zum Schluß will ich noch ein letztes sagen: Ich glaube, wir müssen sowohl als CDU und, in Sonderheit für den Hochschulbereich, als RCDS stärker in die politische Offensive gehen, als das bisher der Fall war. Es ist gut, wenn man z. B. von Ihnen, Herr Dr. Barzel, immer wieder in letzter Zeit hören kann, die Reaktionäre sind rechts wie links, daß das, was von linksradikaler Seite kommt, als reaktionär zu sehen ist, weil es an Klassenkampf vor einem Jahrhundert appelliert. Und wenn man diesen Standort deutlicher als bisher vorträgt, und wenn man auch deutlicher als bisher die geistigen Grundlagen aufzeigt, dann wird man, wenn ich das richtig sehe, innerhalb der jungen Generation, mindestens im Bereich der Studentenschaft, Erfolge vorweisen können. Ich glaube, daß das Fazit aber ist, daß wir momentan von einer bestimmten Düsterei ausgehen müssen. Ich glaube aber, daß man, wenn man sehr viel offensiver als bisher argumentiert, durchaus Chancen auch im Bereich der Hochschulen hat. Zur Zeit sieht es aber so aus, daß praktisch die Radikalen an den Hochschulen das Sagen haben.

Barzel: Vielen Dank, lieber Herr Langguth, für diesen Bericht. Damit sind alle Berichte erstellt. Ich eröffne die Diskussion.

Kohl: Ich will hier vom Radikalismus sprechen, hier ist immer so fortlaufend von Links- und Rechtsradikalismus die Rede. Wobei ich aus optischen Gründen auch sogar umgekehrt formulieren möchte, daß es um Linksradikalismus geht, weil die Partei, die alle rechtsradikalen Gruppen nach dem Zweiten Weltkrieg umfaßt, im deutlichen Zerfall begriffen ist. Ein Großteil der Landesverbände ist jetzt auf unter 1.000 Mitglieder herabgesunken. Die einfachsten wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Partei und Fraktion sind nicht mehr gegeben. Darüber muß man sich im klaren sein, das ist der Zustand der Organisation. Das ist der Zustand einer Partei, die untergehen und zer-

brechen muß. Das ist aber nicht der Zustand der Gesellschaft der Bundesrepublik für die nächsten Jahre. Wir müssen uns schon im klaren sein, daß es diese Grundstimmung gibt. Dazu zwei Beispiele: Es ist unbestreitbar, daß es in weiten Teilen der deutschen Polizeiorganisation in allen Bundesländern eine Affinität zu rechtsradikalen Tendenzen gibt, die zeichnen sich überhaupt nicht organisationspolitisch aus, selbst in von Sozialdemokraten geführten Gewerkschaftsorganisationen. Es gibt keinen größeren Gewerkschaftswirrwarr als innerhalb der Polizei der Bundesrepublik. Es ist unbestreitbar, daß diese Tendenz drin ist. Es ist unbestreitbar, daß bei den Bundesländern solche Probleme gut zu beobachten sind. Ich selbst konnte dies in Rheinland-Pfalz sehr gut beobachten bei den deutschen Bediensteten der stationierten Streitkräfte. Das ist eine Gruppe, die nahezu immun ist gegen die linksradikalen Tendenzen, aber weniger gegen rechtsradikale Tendenzen. Die haben im Augenblick kein Auffangbecken, und das Ganze schwimmt, aber das kann sich bei nächster Gelegenheit ändern.

Und dann gibt es noch einen Grund, den man hier ganz offen aussprechen muß. Das ist auch ein Teil des Ergebnisses der Polarisierung der deutschen Politik in Sachen deutscher Ostpolitik. Es ist gar keine Frage, wir können das nicht als Argument für uns verwenden. Das Nein der CDU zu den Verträgen hat natürlich eine klare Bindung des ganzen rechten Spektrums in dieser Frage an die CDU gebracht. Die, die überhaupt denken können, sagen, sie sind dann für die Gruppe, die was durchsetzen kann, und nicht für irgendeine Gruppe, die zwar laut schreit, aber in der Sache keine Meinung und keinen Einfluß hat. Dies kann sich morgen ändern, und darüber müssen wir uns hier sehr wohl im klaren sein. Das sind keine dauerhaften Lösungen, die wir hier im Augenblick beobachten können, und deswegen meine ich, wir müssen mit unseren guten Argumenten in die Diskussion hinein. Und die Diskussion brauchen unsere Leute an der Front. Wir sind gegen den Radikalismus, sei er von rechts, sei er von links.

Damit ist das zweite Stichwort gegeben. Ich glaube, wir können die ganze Diskussion nur führen mit dem Stichwort, das unsere Verfassungskonformität deutlich macht, der streitbaren Demokratie. Streitbare Demokratie setzt auch, und das sage ich gleich ganz deutlich, voraus, daß der Staat, und die, die im Staat Macht und Verantwortung haben, die volle Härte der streitbaren Demokratie dort üben, wo es sein muß. Bloß rate ich dringend dazu, weniger über Verkehrtes zu reden und vor allem weniger darüber zu reden, was man alles tun muß, sondern es stillschweigend zu tun. Ich habe diese ganze Diskussion mit den Ministerpräsidenten erlebt. Herr Dregger hat völlig recht: Es ist sinnlos, in Mainz das durchsetzen zu wollen und in Wiesbaden eine völlig andere Taktik zu haben. Zumal die Kommunisten genau an diesen Landesgrenzen die Nahtstellen entdeckt haben. Wir haben viele Beispiele, etwa im Verhältnis Saarland, Baden-Württemberg, bei uns und in Hessen, daß Leute in einem Lande im Staatsdienst sind, aber an der Grenze wohnen, und im anderen Bundesland politisch aktiv sind. Das sind zwei durchaus verschiedene Dinge. Hier ist eine enge Koordination und Kooperation ganz wichtig.

Klassisches Beispiel für dieses Durcheinander ist eine kommunistische Gruppe bei Opel Rüsselsheim und eine Gruppe der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Mainz. Die gehen dann über die Landesgrenze und über den Rhein und

treiben es dort in Rüsselsheim. Ohne Kooperation, es ist alles richtig, was hier gesagt wurde, werden wir nicht auskommen.

Nun, das will ich ebenso klar als meine Meinung sagen: Ich verstehe natürlich streitbare Demokratie erst in zweiter Linie überall dort, wo es nicht anders geht, dann aber unverdrossen in aller Härte in der Abwicklung der staatlichen Gewalt. Das heißt, daß wir uns dieser Herausforderung stellen, nicht primär mit Verbot, sondern primär im Politischen und von der Idee und der intellektuellen Auseinandersetzung die Frage angehen.

Es steht außer Frage, daß wir uns nicht nur auf die Organisationen, die hier genannt wurden, beschränken, sondern einmal den gesellschaftspolitischen Hintergrund beobachten. Die Diskussion um ein Verbot der DKP wird heute in weiten Teilen der Evangelischen Kirche, darüber müssen Sie sich im klaren sein, von der jüngeren Pastorenschaft mit den schlimmsten Argumenten geführt. Wer die Lage der evangelisch-theologischen Fakultäten an deutschen Fakultäten kennt, weiß, daß wir hier das genaue Gegenteil von dem erreichen, was wir wünschen. Die Tatsache, daß an vielen Universitäten die theologischen Fakultäten heute ein Hort von Spartakus sind, müßte uns sehr nachdenklich stimmen, denn das sind ja die jungen Pastoren, die in fünf Jahren unterrichten als Vikare oder sogar als junge Pfarrer und in irgendeiner Funktion ihren Dienst tun. Wenn sie die Praxis der Genossen beobachten, dann wage ich jedenfalls aus meiner Amtserfahrung zu sagen, daß in der Regel, wenn ein Gymnasium anfängt umzukippen nach links, das meistens durch bestimmte Indikatoren und Lehrkörper geht. Daß der Ausgangspunkt Religionslehrer sind, kann man als Faustregel sagen.

Es sind überwiegend Religionslehrer, und genauso gilt das, was ich eben sagte, für die Berufsschulen. Ich habe umfassende Untersuchungen vorliegen, die das deutlich machen. Das sind in der Regel wiederum keine Kommunisten, also im Sinne der Parteipolitik Kommunisten. Das sind Leute, die ein bestimmtes Engagement haben, die z. T. ganz weltfremd sind. Die etwa in einem bestimmten theologischen Bereich, auch im katholisch-theologischen Bereich, sich ansiedeln und sagen, jetzt ist das radikale Bild des friedlichen Wolfs in der Gesellschaft durchzusetzen. Wir müssen auch sehen, daß weite Bereiche der verfaßten Jugendorganisationen der Bundesrepublik, auch der professionellen, heute in diesem Trend liegen.

Die christliche Arbeiterschaft hat in vielen Jahren der letzten zwanzig Jahre eine weite Distanz zu uns aufgebaut. Die dort tätig waren, Gruppenführer oder so was, die dann zu irgendeinem Zeitpunkt sich politisch aktiviert haben, sind früher überwiegend bei uns gelandet. Es muß uns nachdenklich stimmen, daß die heute mit einer äußersten Reserve der CDU, ich nehme das exemplarisch heran für andere Beispiele, gegenüber treten. Da kann man nichts mit Verbot und mit Law and Order und so etwas machen. Da kann man nur etwas machen, und wir haben darüber gesprochen, Herr Barzel, daß die CDU hier die geistige Auseinandersetzung sucht, und wenn es sein muß, erzwingt. Wir müssen die Leute zu uns bitten und einfach Stück für Stück jenes Bild abbauen, die CDU sei nicht arbeitnehmerfreundlich – das ist ja der geringste Vorwurf – sondern stockreaktionär und alles, was dazu gehört.

Was sich hier jetzt ergibt, zeigt sich im gleichen Umfang natürlich bei den Univer-

sitäten. Hamburg kann noch so viele Aktionen starten. Wenn wir die Tatsache einmal untersuchen, inwieweit die CDU heute an deutschen Universitäten präsent ist, wie viele der Repräsentanten der CDU/CSU sich bereit finden, dort in die Diskussion zu gehen und sich zu stellen, der weiß, daß dieser Vorwurf unserer Freunde vom RCDS mehr als berechtigt ist.

Ich muß auch ein zweites noch sehen: An der Universität geht es gar nicht im Augenblick darum, daß wir wiederum davon reden, wie stark wir sind, sondern daß wir es üben. Viele der Professoren, die uns heute die Schwierigkeiten machen, sind von CDU-Ministerpräsidenten und von CDU-Kultusministern berufen worden. Das ist ganz einfach die Tatsache. Und Tatsache ist ganz einfach, daß wir im Bereich der nationalen Politik an der Universität viel zu wenig beachtet haben, daß hier eine Reihe der Gedanken, die vorhin schon vorgetragen wurden, überhaupt nicht beachtet wurden. Daß wir CDU-Professoren berufen, ist absoluter Unsinn. Wenn das ein CDU-Parteimitglied ist, der ansonsten feige ist und sich an keinerlei Diskussion beteiligt, der sich nirgendwo stellt, dann wäre es sehr viel besser, wir würden einen Sozialdemokraten, der Mut und Zivilcourage hat und für den Rechtsstaat eintritt, berufen.

Ich bin also der Auffassung, daß, wenn wir eine konzertierte Aktion machen, an der Universität präsent sind, und Mut und Zivilcourage auch dort, wo es Blessuren gibt, zeigen. Da kann man eine ganze Menge tun, in den Berufungsbereichen, und wenn wir bereit sind, was ich für noch wichtiger halte, diesen absoluten Terror, der heute an Universitäten in den studentischen Bereichen herrscht, zu brechen. Denn die Studenten können Sie am leichtesten dort treffen, wo Sie ihnen den Geldhahn abstellen. Im Ausschuß der Vergabe der Stipendien kann man eine viel größere Macht ausüben als über den Herrn Langguth oder sonst wen. Wenn eben in einer bestimmten Fachdisziplin nur noch harte, treue Leute den Ruf bekommen, dann überlegen Sie, was für Studenten getan werden kann. Bei der jetzigen Vergabe von Promotionsstipendien sehen Sie die ganze Dimension der Gefahr. Das ist viel wichtiger per Sicht als etwa die jeweilige AStA-Mehrheit. Die ist ärgerlich, und die macht uns politisch Verdruß, doch auf die Dauer können Sie hier ganz langfristig Weichen stellen. Ich rate dringend, das zu tun.

Kommen wir noch ganz kurz zurück auf die Frage der Konfessionen. Die ganze innerkirchliche Diskussion bei meiner Kirche, der katholischen Kirche, muß hier einfach in einem Satz angesprochen werden. Wir haben jetzt die Entwicklung bei vielen Kaplänen, die, Gott sei Dank, in unserem Sinne wieder positiv ist. Es war mein deutlicher Eindruck, daß ein Umschlag gegenüber 1969 im Gange ist. Sie kommen wieder. Es sind nicht die gleichen Leute, die wiederkommen. Diese Art, die Kirchen intellektuell abzuspalten, reicht natürlich hinten und vorne hier nicht aus. Eine Angelegenheit wie die neue Priestergewerkschaft, die heute in vielen Diözesen bis zu 40 % des Klerus unter 50 Jahren umfaßt, wo viele Schwärmer sind, aber die Mehrheit im Gros wohlmeinend ist, muß natürlich von uns als Partei angegangen werden, damit wir hier deutlich machen, das hat etwas mit der ganzen Einstellung zu den Intellektuellen zur CDU zu tun, damit wir in Deutschland uns wieder dieser Diskussion stellen. Ich bin in dieser Frage recht optimistisch aufgrund der Beobachtungen, die ich in diesem Zusammenhang machen kann.

Dann ein letztes. Ich rate in Sachen Parteiverbot dazu, daß wir uns nicht auf das Schiff begeben, jetzt das Verbot der DKP zu verlangen. Ich rate Ihnen das aus der Sicht eines Regierungschefs eines Bundeslandes, der genau weiß, daß die DKP im Augenblick keinen größeren Gefallen bekommen könnte, als verboten zu werden, um sozusagen aus der öffentlichen Lage entlassen zu werden. Wenn ich die Organisationsführer der Partei betrachte, kann ich darin keine entscheidende Gefahr für die Verfassung erkennen. Ich würde sagen, die demokratischen Rechte sind zu diesem Zeitpunkt aufgegeben. Ich würde aber ebenso dazu raten zu sagen, wir sind gegen ein Parteienverbot. Ich würde das Thema, wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, einfach hängen lassen. Auch aus dem Grunde, daß wir in der Lage sind, daß wir vielleicht sehr kurzfristig an die Regierung kommen und uns dann in einer Lage sehen, daß wir dann anders reden, als wir heute reden.

Ich spreche aus diesem Grunde dafür, diese Auseinandersetzung jetzt zu suchen und bin sehr damit einverstanden, daß wir im Bereich des öffentlichen Dienstes in jeglicher Form den langen Marsch durch die Institutionen abstellen, wobei wir, und das ist natürlich der Hintergrund dieser Ministerpräsidentenentschließung gewesen, einfach von der Sache her gezwungen sind, zu differenzieren. Der Kabinettsbeschluß von 1950 ist von der damaligen Regierung Adenauer später nie vollzogen worden. Es ist einfach nicht zutreffend, daß ein Beschluß, der auf dem Papier stand, für den Unterschied Beamte, Angestellte und Arbeiter, elementar ist. Ich muß Ihnen ganz klar sagen, wenn Sie das einmal übertragen auf die öffentliche Hand, werden Sie die Grundversorgung einer jeden deutschen Großstadt komplett schließen. Das sind traditionell Dienstleistungsbetriebe mit starkem Arbeiteranteil mit starkem KP-Besatz. Wir sind uns darüber im klaren, daß in den meisten Fällen die öffentlichen Versorgungswerke, Gas, Wasser und Elektrizität, sehr starke kommunistische Zellen aufweisen und eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit des Staates durch kommunistische Kader besteht, so daß man das unter diesem Gesichtspunkt betrachten muß.

Und dann: Wir haben die Entwicklung bei der Bundeswehr zu beobachten. Wir haben uns vom Verfassungsschutz Unterlagen geben lassen über Erkenntnisse bei Bediensteten im Bereich der Bundeswehr, vor allem bei Soldaten und bei Beamten, etwa bei zivilen Beamten. Dann hat der militärische Abschiedsdienst die Leute verhört, und das Ergebnis war, daß die alle ausgetreten sind. Wir sind also nach der Aktion viel schlechter dran als vor der Aktion, denn kein Mensch wird behaupten, daß die nach dem Verhör durch den militärischen Abschiedsdienst nicht mehr kommunistisch sind, sondern sie sind ausgetreten, und damit aus unserer Einflußmöglichkeit herausgekommen. Ich halte das für die allerschlechteste Lösung. (*Zwischenruf.*) Sie müssen natürlich bei allem beweisen, daß einer Kommunist ist, wenn er nicht einmal Mitglied ist. Wir leben in einem Rechtsstaat, und das ist natürlich unter den Rechtsstaatsprinzipien eine ungeheuer schwierige Sache.

Zusammenfassend meine ich, wir sollten die Frage des DKP-Verbots sozusagen hängen lassen. Wir sollten im Sinne dieser Resolution, die ich im wesentlichen unterstützen möchte, vorgehen. Ich habe nur einen Wunsch, Herr Vorsitzender, daß vielleicht nach dem ersten Abschnitt – wenn das kommt, was die CDU von sich selbst sagt

– deutlich gemacht wird als Obersatz, daß wir zunächst die geistige Auseinandersetzung gegen den Radikalismus jeglicher Art suchen. Dann bin ich mit allem einverstanden. Ich würde also wünschen, daß wir hier einen Satz zur geistigen Auseinandersetzung einbringen.

Von Hassel: Herr Vorsitzender, ich habe eine Maschine, weil ich um 16.00 Uhr fahren muß. Ich kann sie, um nach Hause zu kommen aus meinen Termingründen noch verzögern. Wir müßten aber, wenn andere mitfahren wollen, gegen 16.00 Uhr hier wegkommen. (*Barzel:* Das ist ganz klar.) Das müßte ich, Herr Vorsitzender, wissen, weil wir Autos beschaffen müßten.

Barzel: Ich danke Herrn von Hassel, ich glaube, daß wir sein Angebot um eine halbe Stunde Verlängerung annehmen sollten. Wir sind sicher um 16.00 Uhr fertig.

Kraske: Ich habe nur eine Frage an Herrn Langguth. Punkt eins, Meinungsumfrage unter Studenten ist allein schon von der Systematik her eine sehr schwierige Sache, weil es ungeheuer schwierig ist, den richtigen Sample zu finden. Wir sollten uns mal über diese Frage mit Herrn Kaltefleiter unterhalten, ob das bezahlbar ist, wann man es machen kann. Zweiter Punkt, Herr Langguth, wie würden Sie an den Universitäten beurteilen, was man so gelegentlich als schweigende Mehrheit bezeichnet, nämlich die 60 %, die nicht zu den Wahlen gehen, und was versprechen Sie sich von Maßnahmen, wie über Briefwahl bis hin in die Gegend von Wahlpflicht, die darauf hinwirken sollen, mehr als diese kleinen Minderheiten von 25 bis 30, 32 % an die studentischen Wahlurnen zu bringen.

Langguth: Zunächst zur Meinungsumfrage. Ich habe mit Herrn Kaltefleiter gesprochen. Ich weiß jetzt nicht mehr, welche Summe das ausmachen würde, es wäre aber eine ungeheure Geldmasse. Zweitens zur Frage der schweigenden Mehrheit: Es ist keineswegs unbedingt eine, die man als potentielle Akzidenz bezeichnen kann, weil gerade schweigende Mehrheiten diejenigen sind, die am ehesten auf bestimmten politischen logischen Einsichten aufsitzen. Deswegen, solange z. B. ein bestimmter politisch-geistiger Trend in eine linke Richtung geht, werden wir da also nur bedingt was machen können. Das heißt, ich würde also auch vor allzu starkem Optimismus warnen hinsichtlich Briefwahl. Ich glaube aber insgesamt, daß bei Briefwahl, wo sie praktiziert wurde, beispielsweise in Bonn, zurückliegendes Sommersemester, meines Wissens die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch war. Da haben wir also bei Briefwahl eine Wahlbeteiligung von 70 % bekommen, das ist immerhin bei einer Universität, die 17.000 Studenten hat, enorm. Briefwahl, aber auch Listenwahl und andere Kombinationen, das wurde schon herausgestellt. Die Wahlpflicht würde ich ablehnen, weil sich die Frage ergibt, wenn man die Briefwahl einführt, welches Quorum. Das ist ein Problem. Ein Quorum halte ich persönlich nicht für die Lösung. Ich würde als Lösung eigentlich die Briefwahl nennen.

Stoltenberg: Wir haben natürlich jetzt ein sehr breites Spektrum. Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen. Innere Sicherheit und Radikalismus war das erste Stichwort. Eine politische Frage, eine staatliche Frage und eine administrative Frage mit rechtspolitischer Bedeutung, und es ist eine Frage der geistigen Auseinandersetzung und Strömungen der Zeit.

Zum ersten Teil: Ich glaube, daß wir wirksame politische Entscheidungen in Gesetzgebung und Exekutive nur durchsetzen können, wenn wir trotz der Polarisierungen und einer negativen Einschätzung der SPD/FDP weiterhin den Versuch unternehmen, neben der politischen Konfrontation im Parlament und in der Öffentlichkeit über diese Fragen – da, wo es noch möglich ist oder wieder möglich wird, das kann man verschieden bewerten – auch zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Der Gesetzgeber ist ja sowieso notwendig, aber auch die Exekutive. Und man muß also diese Doppelsituation immer sehr deutlich vor Augen sehen. Ich würde unter den jetzigen Vorzeichen dessen, was heute möglich ist, den Beschluß Radikalismus im öffentlichen Dienst als solchen doch positiv bewerten. Wenn natürlich einzelne Regierungen anfangen – und die Pressepolitik in Bonn ging schon am Tage der Beschlußfassung dahin, das wurde schon angedeutet –, davon wieder abzuweichen, ist das auch ein politischer Tatbestand. Nur hat der mit dem Beschluß nichts mehr zu tun, sondern damit, daß manche Regierungen nicht mehr die Kraft haben oder haben wollen, in innerparteilichen Situationen zu praktizieren.

Im übrigen ist das natürlich auch ein Ferment der Klärung und vielleicht der zunehmenden Spannung in der SPD. Ich schätze die Lage zudem so ein, das ist hier ja auch teilweise von den verschiedenen Berichterstattern so bewertet worden, daß wir durchaus ein Interesse daran haben, ohne das vordergründig zu stark zu sagen, daß dieser Klärungsprozeß vor allem in der SPD weitergeht. Wohin er eines Tages geht, wissen wir nicht, ob wir eine Lage wie in Italien, Holland und Dänemark bekommen, daß sich diese Partei einmal spaltet. Sie hat sich ja in einigen westeuropäischen Ländern gespalten. Ob das andere Formen annimmt, ist heute zu früh zu sagen. Ich würde die Möglichkeit der Spaltung, mal auf fünf Jahre vorausgesehen, heute durchaus als eine ernsthafte Möglichkeit zumindest ansehen. Sicherheit gibt es hier nicht.

Aber wir haben ein Interesse daran, daß es zu solchen Auseinandersetzungen in der SPD kommt. Überall da, wo Sozialdemokraten sehr viele Beschlüsse noch vollziehen, ist es auch ein Aktivum, genauso wie das, was Herr Dregger zu Recht gesagt hat, ein Passivum ist. Ich sage das jetzt, ohne auf die Sache im einzelnen weiter einzugehen, weil wir natürlich jetzt bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung ähnliche Probleme kriegen. Die Grenzen – und es ist sehr bedauerlich, daß man das feststellen muß – zwischen Bekämpfung der Kriminalität und politischem Radikalismus sind ja fließend geworden, weil wir zunehmend die Zahl der politisch motivierten Verbrechen haben. Baader-Meinhof ist ja nur ein Begriff für sehr viele Erscheinungen gewesen, und es wäre eine sehr große Täuschung anzunehmen, daß mit der hoffentlich baldigen Erfassung des harten Kerns der sieben oder zehn Leute dieses Problem gelöst wird. Es geht mittlerweile ja wesentlich weiter, wie auch die Erkenntnisse unserer Verfassungsschutzämter und Kriminalpolizei sagen.

Deswegen gehört natürlich auch zu diesem Thema eine Sache wie die Verschärfung des Haftrechts. Die Bundesregierung hat sich jetzt durch unsere Initiative bequemt zu sagen, daß das wohl geschehen muß. Wir sind materiell nicht voll einverstanden, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung und gibt uns die Möglichkeit, in den Parlamenten auch Entscheidungen herbeizuführen. Und ich will noch mal unterstreichen

die Beschleunigung im Strafverfahren usw., andere Dinge, die wir alle hier kennen, d. h. die weitere Ausgestaltung der Rechtsordnung. Wir müssen weiterhin darauf drängen, daß in den gemeinsamen Gremien, wie wir sie etwa von den Ländern in der Bundesregierung haben, abgestimmt mit unserer Fraktion, die Vorlagen auf den Tisch kommen. Jetzt ist natürlich die Neigung vorhanden, dies immer weiter zu vertagen und zu verwässern. Wir müssen darauf drängen, daß überhaupt noch etwas kommt, immer unter der Voraussetzung, daß noch die jetzige Konstellation bis Ende 1973 da ist, und müssen zugleich das kritisieren, was nicht kommt, oder was uns nicht befriedigt. Ich möchte nur die beiden Seiten dieser Angelegenheit aufweisen. Wir dürfen uns nicht auf die eine Seite beschränken. Wir müssen unter den gegebenen Umständen auch konkrete Verbesserungen, soweit sie erreichbar sind, anstreben.

Nächste Bemerkung. Nur kurz, die von Herrn Langguth angeschnittenen Fragen berühren ja z. T. jetzt die aktiven Seiten des Hochschulgesetzes. Wir haben neulich im Präsidium, das ist, glaube ich, den Anwesenden auch bekannt, mit den Kollegen der Länder, dem Herrn Vogel, des Kulturausschusses, und der Fraktion, Herrn Martin, eine Detaildebatte geführt. Ich hoffe, daß es gelungen ist, vor allem auch bei den zuständigen Kollegen der Fraktion, die Meinungsbildung auf eine etwas breitere Basis, RCDS, Junge Union, Hochschullehrer zu stellen.

Man muß abwarten. Ich habe keine Informationen, was diese Woche erbringt. Daß dabei die Frage der Wahlverfahren eine große Bedeutung hat, auch der Wahlverfahren, ist ganz klar. Wir haben in Kiel ein klares Beispiel dafür, wie positive Entscheidungen durch Manipulation wieder korrigiert werden. Herr Langguth, die Sache mit dem Ordnungsrecht wird schwierig. Ich bin persönlich der Meinung – es steht ja auch in den Punkten unserer sachverständigen Kollegen drin, wir können eigentlich nicht darauf verzichten –, daß etwas zum Thema der Freiheit von Forschung und Lehre und der Rechtsstaatlichkeit an der Hochschule konkreter gesagt wird. Das läuft bisher unter dem Begriff Ordnungsrecht. Mir kommt es gar nicht auf die Überschrift an. Mir kommt es darauf an, daß bestimmte, jedenfalls grundsätzliche Regeln in einem solchen Bundesgesetz heute sein müssen. Ich könnte es – uns leuchtet ja ein diese Meinung im Kreis des Präsidiums mit den Kollegen – eigentlich gar nicht verantworten zu sagen, wir machen ein Hochschulrecht und gehen an einer der brennendsten Fragen der Hochschule vorbei, nämlich daß die Rechtsstaatlichkeit z. T. mit Füßen getreten wird. Das kann man nicht machen. Ein wesentlicher Punkt ist die Frage, wie weit man Detailregelungen vorlegt und wie weit man sie auf den Landesgesetzgeber delegiert. Das ist noch eine offene Frage für die Schlußverhandlungen. Aber es müssen bestimmte Normen drin sein, die für die Länder und die Hochschulen verbindlich sind und in der Ausgestaltung vielleicht ein gewisses Maß an Freiheit haben können.

Ich bin auch in der Einschätzung der studentischen Situation darin mit Ihnen einig, wir haben das neulich auch schon gesagt. Wir dürfen jetzt auch nicht wegen übersteigerter Bedingungen leichtfertig oder leichtmütig das Hochschulgesetz scheitern lassen. Das würde z. T. gegen uns ausfallen, weil ja Dinge drin sind wie Studium und Forschung. Aber wir dürfen natürlich auch kein Gesetz machen, das wir nicht verant-

worten können. Und das ist jetzt die Frage, vor der wir in den kommenden Wochen stehen, wo wir eine Menge Öffentlichkeitsarbeit zu leisten haben.

Die letzte Bemerkung, die ich hier machen möchte, ist, daß wir in der Tat – und das ist organisatorisch schwer faßbar, natürlich mit den Einrichtungen, die wir haben, ich denke an unsere verschiedenen Akademien, die uns nahe stehen – auf Kirchen, Bildungswege, die Struktur in der Gesellschaft einwirken und uns planmäßiger in diese Diskussion einschalten. Dafür gibt es kein Rezept, aber das ist eine Forderung, die wir alle vertreten. Ich nenne hier als letztes noch eine Frage, über die wir im Präsidium und Vorstand ja ohnehin mal zu einem geeigneten Zeitpunkt sprechen wollen anhand von Unterlagen. Was mir immer wieder deutlich wird in den Diskussionen, ist folgendes: Ich habe die letzten im privaten Bekanntenkreis am gestrigen Tag in Baden-Württemberg aufgeführt, in Gesprächen mit Schülern aus befreundeten Familien, mit Studenten, die uns befreundet sind. Wenn man die fragt, die 18, 19, 20jährigen, die 22jährigen: Woher kommt es eigentlich, bei euren Klassenkameraden, euren Freunden, den jungen Leuten, obwohl dieser Radikalismus sich im Grunde 15 Jahre lang überlebt hat und als hohl entlarvt ist, daß das immer noch eine Wirkung hat? Was sind eigentlich die wirkenden Kräfte hier? Dann kommt immer wieder der Hinweis auf die Wirkung der Medien. Das ist gar kein Zweifel. Neben der billigen Taschenbuchliteratur von Suhrkamp und Rowohlt, die zu dieser Umweltvergiftung beiträgt, spielen natürlich die Medien eine Rolle.

Wir werden also diese hier erörterten Fragen in der Wirkung auf junge Menschen vor allem einmal fortsetzen müssen in einer besonderen Diskussion über unsere intensivere Medienpolitik, die wir als Partei zu betreiben haben. Wenn es uns nicht gelingt, in den Medien gewisse Veränderungen, wie wollen hier gar nicht zu anspruchsvoll oder zu optimistisch kurzfristig sein, zu erreichen, dann ist natürlich eine Hauptquelle dieses ganzen Trends zur radikalen Attitüde der jungen Generation weiterhin wirksam. Ich nenne dieses Stichwort nur, weil es in einer künftigen Diskussion bei uns einmal ein besonderes Thema werden muß.

Barzel: Ich möchte jetzt gerne selbst etwas sagen. Ich glaube, wir müssen zweierlei Beschlüsse fassen. Einen nach außen, das ist das Papier, was hier liegt, an dem gerade gearbeitet wird. Und einen Beschluß nach innen, weil wir der Bundestagsfraktion und der CSU gegenüber versuchen müssen, zu einer Linie zu kommen. Wir hatten gebeten, weil es in der CSU und in der Bundestagsfraktion starke Tendenzen auf einen Verbotantrag gibt, erst mal die Kirche im Dorf zu lassen und erst mal den Parteivorstand hier zu beschäftigen. Für diesen internen Beschluß schlage ich Ihnen folgendes vor, das ist ganz kurz:

„Die DKP und der Spartakus verfolgen verfassungsfeindliche Ziele. Über die Frage des Verbots hat die Bundesregierung nach pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse zu entscheiden. Die CDU/CSU wird die DKP und den Spartakus mit politischen Mitteln bekämpfen und die geistige Auseinandersetzung mit dem totalitären Kommunismus verstärkt führen. Dabei bleiben wir bereit, diesen Kampf solidarisch mit allen Demokraten zu führen.“ Das ist intern für uns und die Politik wichtig. Das heißt auf deutsch: Wir sind also jetzt nicht für das Verbot, wir erklären,

daß wir verfassungsfeindliche Ziele bekämpfen im Wege geistiger und politischer Auseinandersetzung – die Sache, Verbotsanträge zu stellen, ist Sache der Regierung – nach pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse, die uns ja in dem Umfang gar nicht zur Verfügung stehen. Im Grunde ist das diese Melodie, die wir damals gegenüber dem SDS angewandt haben, wo der Kollege Benda im Kabinett der Großen Koalition, und das ist ein wichtiger Hinweis, das haben damals alle getragen, gesagt hat: Bitteschön, der SDS ist verfassungsfeindlich. Wir sehen aber ab, zum Gericht zu gehen oder einen Verbotsantrag zu stellen, weil wir das politisch bekämpfen wollen. Das ist also ein Zwischenschritt, und der setzt uns nicht in den Zwang, dann übermorgen ein Verbot beschließen zu müssen, weil wir extra unter uns hier auf das pflichtmäßige Ermessen und auf die amtlichen Erkenntnisse hinweisen. Das ist das, was ich für die interne Beschlußfassung vorschlagen würde. An der anderen Sache arbeitet gerade Herr Kraske, er kann es vortragen.

Kraske: Darf ich Sie bitten, diesen Umdruck zur Hand zu nehmen, und ihn wie folgt zu ändern. Es bleibt der Text erhalten bis zur Zeile fünf und endet „sei er nun von rechts, sei er von links aufgetreten, zu verhindern gewußt“. Es kommt dann folgender Einschub: „Die CDU hat die Auseinandersetzung mit den Radikalen immer zunächst als eine geistige Auseinandersetzung in die Zukunft unseres Landes begriffen, und wird dies auch in Zukunft tun.“ Ich schlage vor, an dieser Stelle den hier vorgesehenen Schlußsatz anzuhängen, der wie folgt heißt: „Die CDU bekennt sich insbesondere zur ständigen Diskussion mit der jungen Generation und allen, die auf dem Boden der Verfassung Kritik üben und neue Ideen verwirklichen wollen. Eine konstruktive Politik praktischer Reformen anstelle leerer Versprechungen macht unsere Demokratie glaubwürdiger und stärker.“ Dann geht es im nächsten Absatz des vorgesehenen Textes weiter mit einer minimalen Umstellung. „Der Bundesvorstand der CDU gibt jedoch seiner Besorgnis Ausdruck, daß radikale Kräfte nunmehr in zunehmenden Maße versuchen“ usw. Es bleibt der Ihnen vorliegende Text mit Ausnahme des vorgesehenen Schlußsatzes, den wir vorgezogen haben: „Es wird also auch mit Verharmlosungen ... ist es nicht getan.“ „Es muß im Interesse der Demokratie gehandelt werden.“

Es folgt ein neuer Nachsatz auf Vorschlag von Herrn Dr. Dregger, der das Thema, so wie es hier auch erörtert wurde, erweitert. „Der Bundesvorstand hat sich weiterhin mit dem Anstieg der Kriminalität, insbesondere bei den Gewaltverbrechen und den Rauschgiftdelikten beschäftigt. Er hält es für geboten, daß die dem deutschen Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe, die zu einer wirksameren Verbrechensbekämpfung beitragen sollen, mit Vorrang behandelt werden. Er unterstützt insbesondere den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Verschärfung des Haftrechts gegenüber Serientätern aufgrund der Wiederholungsgefahr und die in die gleiche Richtung zielende Initiative des Bundesrates, die von den Ländern Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angeregt worden ist.“⁷⁶

76 Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung“ (BT-Drs. VI/2558 vom 7. September 1971) sowie der vom Bundesrat am 17. Dezember 1971 beschlossene „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung“

Barzel: Damit liegt auf dem Tisch, was wir zur Beschlußfassung in beiden Richtungen empfehlen. Ich habe einige Wortmeldungen. Ich bitte daran zu denken, daß wir versuchen wollen, in nicht zu ferner Zeit fertig zu werden.

Vogel: Zur Diskussion noch eins, Herr Barzel: Sie wissen, daß der Druck in der Fraktion in dieser Richtung sehr stark ist, daß der Druck innerhalb der CSU sehr stark ist. Ich hielte es für dringend geboten halten, daß in dieser Frage so schnell wie möglich Übereinstimmung mit dem Präsidium der CSU hergestellt wird. Dann erleichtert uns das auch die Diskussion innerhalb der Fraktion, vor allem auch innerhalb des Arbeitskreises eins. Das zu dem Punkt.

Das zweite Problem, das Herr Stoltenberg ausgeführt hat. Herr Stoltenberg, es ist völlig richtig, daß man Gemeinsamkeit suchen soll, wo sie materiell gefunden wird, obwohl uns das in der politischen Auseinandersetzung unseres Spielraums erheblich einengt. Wo die Gemeinsamkeit nur verbal und keine materielle mehr ist und im Grunde genommen dazu dient, einen Streitpunkt aus der Diskussion herauszunehmen, würde ich jedenfalls sehr viel Wert darauf legen, wenn es da vorher doch bessere Abstimmungsmöglichkeiten mit unseren Ländern gäbe, um uns diesen politischen Spielraum zu erhalten. Ich glaube, daß das ganz wichtig ist.

Herr Genscher verfolgt die Taktik mit ziemlichem Erfolg, Probleme, die ihm unangenehm sind, in die Innenministerkonferenz zu bringen, die dort verbal auf eine Gemeinsamkeitslinie zu bringen und dann aus dem politischen Streit herauszuziehen. Das ist die Linie, die er verfolgt, und das erschwert uns ungeheuer in diesem wichtigen Bereich die politische Auseinandersetzung.

Amrehn: Ich möchte nur eine Bemerkung machen zu dem Entwurf für den internen Gebrauch. Da ist ein Gedanke nicht hinreichend berücksichtigt, den Herr Dregger vorhin vorgetragen hat. Die Frage des Verbots der DKP ist nicht nur eine Frage des Ermessens, sondern möglicherweise einer Rechtspflicht. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob man anstelle von Ermessen nicht besser „Entscheidung“ sagt, damit wir uns selbst in einer späteren Argumentation an dieser Stelle nicht finden, es sei eine Entscheidung der Opportunität. Vielleicht werden wir selber mal so argumentieren, aber an dieser Stelle wäre es augenblicklich ein bißchen zu viel Freigiebigkeit für die Bundesregierung. (*Unruhe und Diskussion.*)

Nachdem, was man gerade vorgetragen hat, sind wir eher verpflichtet, ohne Verbotsanträge zu stellen, zu verbieten, uns auf ein opportunes Ermessen zu verlassen. Auf den Punkt wollte ich nur aufmerksam gemacht haben. Es ist einer von den vielen Nebenpunkten DKP, und ein kleiner Nebenpunkt in der ganzen Diskussion, die wir führen.

Barzel: Also nach „pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse zu entscheiden hat“. Das sollte unter Juristen eigentlich keinen Streit auslösen. Bitte? (*Zwischenruf:* Sämtliche Ministerpräsidenten und Innenminister auch auf unserer Seite. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Hinweis ist.)

(BT-Drs. VI/3248); Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. August 1972, BGBl. 1972 I S. 1361).

Dregger: Die Anregung von Herrn Amrehn hat nur Bedeutung für die Frage, ob wir in der Zukunft uns ein Argument erhalten, auch wenn wir noch nicht wissen, ob wir es gebrauchen. Es gibt in der Rechtslehre eine Auffassung, die meint, daß der Innenminister im Gegensatz zur Bundesregierung bei manchen Organisationen keine Ermessensentscheidungen zu treffen hat. (*Diskussion und Unruhe.*) Wenn das intern bleibt, ist das nicht so sehr gravierend. Ich will nur eins sagen. Ich befürchte, daß unsere Professoren nicht die Kraft haben, es anzuwenden. Dann müssen wir überlegen, ob man nicht Richter beauftragt, dieses Ordnungsrecht zu implizieren.

Langguth: Zusätzlichen Passus mit dem verschärften Haftrecht. (*Beifall, Diskussion und Unruhe.* – *Barzel:* Das ist ein guter Hinweis.)

Von Weizsäcker: Die Frage ist auch hier, wenn wir das ausklinken und eine Extraerklärung machen, wäre es nicht besser, nach dem „gehandelt werden“, beim Zusatz von Herrn Kohl mit den beiden bisherigen Schlußsätzen zu bleiben am Ende? Ich finde, die generelle Mitteilung muß nicht behandelt werden. Es ist von uns aus positiver, konstruktiver und klarer, wenn sie von uns aus diese Mitteilungen über die geistige Auseinandersetzung und über die Auseinandersetzung der jungen Generation und so weiter enthält, also der Duktus, der bisher war.

Kraske: Das würde bedeuten, daß wir den Text so lassen, wie er in dem Ihnen vorliegenden Papier aufgeschrieben ist und an der Stelle zweite Seite, vierte Zeile, hinter „im Interesse unserer Demokratie gehandelt“ usw. fortfahren, Absatz „die CDU hat die Auseinandersetzung mit dem Radikalismus immer zunächst als eine geistige Auseinandersetzung begriffen und wird dies auch in Zukunft tun.“

„Wie bekämpfe ich insbesondere“ zur ständigen Diskussion mit der jungen Generation und fortlaufend in dem Ihnen vorliegenden Text. Und es kommt hinzu, daß wir Herrn Weiskirch beauftragen würden, morgen völlig unabhängig eine Erklärung abzugeben: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich auf seiner Sitzung am 13. März in Stuttgart mit dem Anstieg der Kriminalität“ usw. „beschäftigt“.

*Zeitel*⁷⁷: Ich will nur eine Bemerkung machen: Sie fordern an der Universität ein Ordnungsrecht ... (*Barzel:* Verzeihen Sie, darf ich um Aufmerksamkeit für Herrn Zeitel bitten? Es ist fast hier nichts zu verstehen.) Der zweite: Wenn man aber aus anderen Konstruktionen heraus ein Ordnungsrecht meint einbauen zu können, dann bin ich allerdings der Auffassung, sollte man das nicht in die Hände der Hochschule legen, sondern von Richtern. Ob das aber so ausreicht, heute noch, wage ich zu bezweifeln.

Barzel: Wird dazu jetzt das Wort gewünscht, zu dem, was Herr Zeitel jetzt vorgetragen hat? Einer der Herren Berichterstatter?

Hahn: Vor einem Jahr mußten wir im Hochschulrahmengesetz noch eine ganze Reihe Zugeständnisse machen, weil die gesamte politische Situation entsprechend

77 Dr. Gerhard Zeitel (1927–1991), Wirtschaftswissenschaftler; 1955 Promotion, 1955–1960 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen, 1960 Habilitation, 1962 o. Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik, 1970–1973 Rektor der Universität Mannheim, 1969 CDU, 1970–1980 Vorsitzender des Landes- bzw. Bezirksverbands Nordbaden, 1972–1980 MdB, 1977–1987 Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung, 1980–1984 Finanzminister und 1984/85 Kultusminister des Saarlands.

war. Heute würden wir viele dieser Zugeständnisse nicht mehr machen, weil die Situation sich geändert hat. Wir können das Rad natürlich nicht zurückdrehen und mit dem Bericht die Bundestagsfraktion bitten, das nicht in einem Hochschulrahmengesetz zu verabschieden in Punkten, die uns in den Ländern dann nachher unter Umständen festlegen, sondern dann so zu handeln, daß es wirklich ein Rahmen bleibt und die entsprechenden Passagen auf Landesebene nachher einbauen können. Das ist ganz entscheidend.

Barzel: Herr Kollege Hahn, dazu darf ich Ihnen nur sagen, daß wir in der Sitzung des Präsidiums vor 14 Tagen Herrn Vogel als den Sprecher der Kultusminister und Herrn Martin hatten. Wir haben uns auf die neun Punkte verständigt. Was jetzt in der Presse erscheint, ist also ein Schwarzer-Peter-Spiel, aber in den neun Punkten gibt es für uns kein Nachgeben. Das ist doch richtig verstanden?

Hahn: Richtig!

Leinke: Ich wollte nur noch mal ein Wort sagen zu dem Rahmengesetz. (*Unruhe und Diskussion.*) Wenn es ins Rahmenrecht nicht hineinkommt, werden es, wie ich die Länder kenne, viele bestimmt unterschiedlich machen. Ich meine, ich spreche aus einer langen Erfahrung.

Schwarz-Schilling: Ich möchte zu dem, was Herr Kollege Hahn gesagt hat, etwas aus der Sicht eines Mannes, der in der CDU in der Opposition steht, sagen, daß das natürlich eine Minimallösung ist. Daß in den Rahmengesetzen nicht drin steht, was entsprechende Hochschulgesetze bei CDU-Ländern verhindert. Wir müssen natürlich großen Wert darauf legen, daß zumindest gewisse Normen in diesem Gesetz enthalten sind, die von Sozialdemokraten regierte Länder dazu zwingen, ihre katastrophalen Hochschulgesetze zu verändern.

Ich darf noch eins dazu sagen. Ein kontroverser Punkt ist die Frage der verfaßten Studentenschaft. Dazu kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Denn in dem Moment, wo ich die aufgabe, hat der Staat auch keine Aufsichtsmöglichkeiten mehr über die Dinge, die sich in der Studentenschaft abspielen. Daß sie nicht richtig funktionieren, ist eine ganz andere Frage. Aber damit begibt man sich natürlich der Möglichkeit, auf radikale studentische Organisationen, die ja dann genau so aus dem Boden schießen werden, ohne daß sie verfassungsgemäß sind, gar keine Aufsichtsmöglichkeiten mehr ausüben zu können.

Der nächste Punkt, der wesentlich ist, ist meines Erachtens, weil wir dort unsere Auffassung verändert haben: Wir haben von einer funktionsgerechten Mitbestimmung der verschiedenen Gruppen bisher gesprochen. Wir gehen jetzt über in der Frage der Hochschulen zur Mehrheit der Hochschullehrer in allen Organen. Ich möchte sagen, daß wir aus den Erfahrungen in Hessen, wir haben gerade eine Bereisung der Universitäten gemacht, das letztere für richtig halten, weil nämlich im Moment verschiedenste Sachfragen überhaupt nicht mehr geklärt werden können, weil die Verfahrensfragen, in welches Organ es hineinkommt, abschließlich nach der Frage, wie dieses Organ zusammengesetzt ist, beschieden wird. Das heißt, wenn es in einem Organ entschieden werden soll, wo Hochschullehrer die Mehrheit haben, dann wird es dort gar nicht erst hingelenkt von den verschiedenen Gremien. Es bleiben also verschiedenste

Punkte auf diese Weise stets ungeklärt, und ein Spiel des Hin- und Herschiebens von einem Organ zum anderen setzt ein und klärt keine Sachfrage mehr. Insoweit wäre also dieser Punkt damit ausgeräumt.

Ich darf noch ein drittes sagen: Das Quorum halte ich für unbedingt notwendig zusätzlich zur Briefwahl, allerdings muß auf die Frage des Wahlverfahrens kolossal achtgegeben werden, weil wir z. B. in Hessen mit viel, viel Kampf von der CDU her das Quorum eingeführt haben, es aber in Marburg durch schlechte Wahlverfahren total unterlaufen worden ist. Die Frage der Einheitsdiskussion ist auch nicht richtig geklärt worden in dieser Marburger Sache, daß Einheitslisten praktisch die Aufhebung der Wahl erfordert, weil das keine demokratische Wahl ist. Insoweit ist da also jetzt Klarheit.

Ich darf noch zum Schluß eine Frage ansprechen, die Herr Stoltenberg aufgeworfen hat, mehr Informationspolitik in die einzelnen vopolitischen Gremien. Ich glaube, wir sollten uns ganz besonders konzentrieren auf die Schulen. Ich bin auch der Auffassung, daß wir die nächsten fünf Jahre in den Universitäten fundamental nicht viel ändern können. Aber es ist im Moment notwendig, auf die Curricula einzuwirken, die im Moment jetzt überall im Entstehen begriffen sind, die Frage der Lehrerbildung und der Grundzüge des politischen Unterricht, die überall jetzt auch formuliert werden. Ich habe die große Sorge, daß wir dort gar nicht mehr den Anschluß gewinnen und daß es unsere Aufgabe wäre, zu bestimmten Formulierungen, bestimmten Wortdefinitionen, die bereits alle das Vokabular der Linken dort enthalten, ganz klar in einfacher Form bestimmte Themen fast flugblattartig zu bearbeiten, und die CDU dabei gar nicht zu erwähnen, sondern nur die Frage eines kritischen Nationalismus in diese Diskussion hineinzubringen, um den jungen Schülern die Möglichkeit zu geben, gegen die bereits immer stärker vorkommende Indoktrinierung der Lehrer von sich aus mit Argumenten Stellung nehmen zu können. Das ist also ein ganz großes Programm, was meines Erachtens anlaufen müßte. Das möchte ich hier nur einmal dazu sagen.

Vogel: Zu den meisten Punkten, die wir haben, ist die Mehrheitsempfehlung des Rechtsausschusses nicht ganz unwichtig zu wissen: Ordnungsrecht, erstens, das Initiativrecht nicht nur bei den Hochschulorganen, sondern sowohl bei den einzelnen Betroffenen als auch bei einigen von der Landesregierung zu stellenden Organen, mit Ermittlungsbefugnissen außerhalb der Hochschule. Und das zweite selbstverständlich die rechtliche Überprüfung.

Barzel: Herr Langguth auf die Fragen von Herrn Schwarz-Schilling.

Langguth: Nach Fragen der verfaßten Studentenschaft kann man ja dann auf Termine zurückgreifen. In Berlin ist schließlich die verfaßte Studentenschaft abgelöst worden. Das ist ja auch SPD-Programm, Ablösung der verfaßten Studentenschaft, auch wenn die SPD zur Zeit davon nicht mehr sehr viel sagt. Aber die konsequente Folge danach war, daß sich dann faktisch alles in die Fachbereiche übertragen hat. Ich weiß nicht auswendig, wie viele Fachbereiche in Berlin sind, aber ich hätte gedacht, so an die dreißig. Also daß sich dann praktisch auf die Fachbereiche eine Entwicklung übertragen hat, die nicht mehr gesamtuniversitär steuerbar war, und die es auch demokratischen Kräften ziemlich unmöglich gemacht hat, die Sache politisch zu bewerten.

Also, es hat auch echte Nachteile, um das klar zu sagen. Wir als Verband vertreten die Ansicht, Aufrechterhaltung einer verfaßten Studentenschaft, wobei es da immer problematisch ist, es geht ja mehr um die Form der Organisation als um die Frage der Beitragshöhe. Und darum geht es letztlich.

Es muß also erstens gewährleistet sein, daß die Geldmittel auch tatsächlich überprüft werden, wie sie ausgegeben werden. Da muß ich sagen, daß das vielfach nicht getan wird, was an Geldern herausgeschleudert wird. Und wie auf diese Weise linksradikale Gruppen finanziert werden, kann man hier nur andeutungsweise sagen. Zweitens muß man auch argumentieren: Wir müssen die verfaßte Studentenschaft ablösen, und dann ist die Mitbestimmung direkt in dem akademischen Gremium. Ich glaube, daß man das kombinieren muß. Daß man sagen muß, in den akademischen Gremien, in den Konventen sollten die studentischen Fraktionen das Studentenparlament und dann diesen AStA bilden. Ich will das jetzt nicht weiter erläutern. Es hätte aber den Vorteil, wenn man das mit Briefwahl und mit Listenwahl macht, daß dann zumindest einmal gewährleistet wäre, daß eine ordentliche Wahl stattgefunden hat. Denn auch das ist ja nicht gewährleistet. Ich schätze, daß mindestens 40 oder noch mehr Prozent aller Wahlen manipuliert sind. Das heißt, wenn das Wahlen wären, die gesamtuniversitär wären, dann würde dies kontrollierbar sein.

Insofern meine ich, kann man mit einem vernünftigen Modell, das ich jetzt hier nicht erläutern will, das würde im Moment zu weit führen, am Modell der verfaßten Studentenschaft Entscheidungen erhalten, aber nur, wenn es tatsächlich auf radikale Änderungen hinausläuft.

Barzel: Damit ist dieser Punkt abgeschlossen. Ich gehe davon aus, daß wir die beiden Beschlüsse entsprechend gefaßt haben. Punkt Verschiedenes. Das Wort wird nicht gewünscht.⁷⁸

78 Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07-001-921; UiD Nr. 11 vom 16. März 1972 „Sorge um den Rechtsstaat und die Stabilität“.